

**Blätter des Bundes der
Religiösen Sozialistinnen
und Sozialisten
Deutschlands e.V.**

2–3/10

**Juli 2010 · 63. Jahrgang
Einzelverkauf 8,– €**

Hoffnung trotz der Krisen

**Heinrich Bedford-Strohm
Vom Weltgericht**

**Wieland Zademach
Hoffnung als Reiseplan – Ernst Bloch**

**Franz Segbers
Soziale Sicherheit für alle**

**Christoph Butterwegge
Die Armut ist gewollt**

**Willy Spieler
Sozialethische Alternativen zum Neoliberalismus**

**Reinhard Gaede
„Solange die Erde steht ...“**

**Jürgen Schübelin
Kinderrechte für Honduras**

Rezensionen

Bundesnachrichten

**CHRISTIN
CHRIST UND
SOZIALISTIN
SOZIALIST**

CUS

KREUZ UND ROSE



IMPRESSUM

**CuS. Christin und Sozialistin/
Christ und Sozialist. Kreuz und Rose.**
Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands, erscheint seit 1948.

Herausgeber:

Bund der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V., gegründet 1919/1926

Vorstand:

Michael Bschorr, Reinhard Gaede,
Norbert Voß, Bernd Zielmann

Redaktion:

Dr. Reinhard Gaede (v.i.S.d.P.)
Wiesestr. 65, D-32052 Herford
Tel. 0 52 21/34 25 56
cus@brsd.de, reinhard-gaede@gmx.de
Michael Bschorr

Redaktions-Beirat:

Friedrich W. Bargheer, Blomberg
Heiko Bluhm, Lauffen a.N.
Hartmut Futterlieb, Bad Hersfeld
Fritz Hufendiek, Berlin
Elmar Klink, Bremen
Helmut Pfaff, Frankfurt
Norbert Voß, Rösrath
Wieland Zademach, Unkel
Bernd Zielmann, Hattingen

CuS/BRSD im Internet:
www.BRSD.de

Webmaster:

Darius Dunker, Aachen

Erscheinungsweise vierteljährlich

Abonnements:

Norbert Voß, Altvolberg 20,
51503 Rösrath, Tel. 0 22 05/79 37,
n.voss@redezeit.de

Preise:

Einzelheft € 6,-, Doppelnummer
€ 8,-, Jahresabonnement Inland:
€ 20,- pro Jahr, Ausland: Europa
€ 24,-, Welt € 28,50. Förder-
abonnement € 25,- oder mehr.
Kündigungen werden zum Jahresende
wirksam. Bitte überweisen Sie den
Betrag jeweils zum Jahresbeginn an
den BRSD e.V., KD-Bank, BLZ 350
601 90, Konto-Nr. 2 119 457 010
Internationale Überweisungen:
IBAN DE 15350601902119457010
BIC GENODED1DKD

Gestaltung & Layout:

Thomas Biedermann,
Kreativ-Schmie.de, Hamburg
www.kreativ-schmie.de

Druck:

Ordensgemeinschaft der Armen-
Brüder des heiligen Franziskus
Sozialwerke e.V., Beschäftigungshilfe

ISSN 0945-828-X

Christ und Sozialist / Christin und Sozialistin

INHALT

Editorial3

Heinrich Bedford-Strohm

Vom Weltgericht – Bibelarbeit, Mt. 25, 31–464

Wieland Zademach

Hoffnung als Reiseplan –

Ernst Bloch, 125. Geburtstag16

Franz Segbers

Soziale Sicherheit für alle24

Christoph Butterwegge

Die Armut ist gewollt28

Willy Spieler

Sozialethische Alternativen zum Neoliberalismus.....30

Reinhard Gaede

Solange die Erde steht – Predigt, Gen. 8,2244

Jürgen Schübelin

Kinderrechte für Honduras50

Rezensionen

Friedrich Wilhelm Bargheer

Das wilhelminische Kaiserreich54

Ulrich Duchrow

Die Linke im Epochenbruch56

Reinhold Fertig

Erlösung aus der Sklaverei58

Bundesnachrichten

Aufruf, Bündnis: Wir zahlen nicht für eure Krise.....61

Der BRSD auf dem Ökumenischen Kirchentag

in München 201064

Bilder- und Fotonachweis66

Autorennachweis67

Editorial

Hoffnung trotz der Krisen“ ist das Thema dieses Sommerheftes. Von Krisen sind wir umgeben: Finanzkrise, infolgedessen Krise der Verschuldung von Staat, Ländern und Kommunen, Gefährdung des Sozialstaates, Klima-Krise, Ölpest im Golf von Mexiko, Anwachsen statt Verringerung des Hungers in der Welt, Vertrauenskrise bei der katholischen Kirche. „Damit ihr Hoffnung habt“ war die Losung des Ökumenischen Kirchentags in München, an die auch wir uns halten wollen (vgl. Bundesnachrichten). Auf dem Kirchentag hat *Heinrich Bedford-Strohm* seine Bibelarbeit zu Matth. 25,31-46 (Vom Weltgericht) gehalten. Gegen Argumente der Entschärfung bleibt gültig: Was Christus bietet, gebietet er auch, nämlich Gerechtigkeit, Barmherzigkeit. Der Richter identifiziert sich mit den geringsten Brüdern und Schwestern. Hoffnung ist auch das Thema von *Wieland Zademachs* Artikel, der Ernst Bloch zum 125. Geburtstag gewidmet ist. Auf das Werden der Welt als Heimat und auf die Heimkehr des Menschen zu sich selbst bezieht sich die größte aller Visionen. Blochs „subversive Bibellektüre“ sieht die Prophezeiungen als Ermutigung der Unterdrückten. Ihnen widmet *Franz Segbers* auch seinen Vortrag über soziale Sicherheit. Gegenüber einer Verengung von Arbeit auf Erwerbsarbeit propagiert er ein neues Leitbild „Ganze Arbeit für alle – für Männer und Frauen“. *Christoph Butterwegge* untersucht den Zusammenhang zwischen Armut und Herrschaftssicherung und diagnostiziert eine Gefahr für die Demokratie. *Willy Spieler* kann aus seiner Erfahrung von fast 30 Jahren als Redakteur unserer Schweizer Schwesterzeitschrift „Neue Wege“ eine umfassende Analyse des neoliberalen Kapitalismus vorlegen und sozioethische Alternativen nennen.

Auch die gegenwärtige Klimakrise entspricht der Ausbeutungs-Mentalität des neoliberalen Kapitalismus. Um das ökologische Thema aus christlicher Sicht anzugehen, hat diese Doppelnummer noch eine zweite Predigt. „Solange die Erde steht ...“ (Gen. 8,22) war das Thema eines Gottesdienstes anlässlich von Veranstaltungen zur Ausstellung „Klima der Gerechtigkeit“. „Es sind radikale Änderungen des menschlichen Wirtschaftens und Lebens notwendig, um die Folgen des Klimawandels noch zu verlangsamen und abzumildern“, schreibt Jochen Motte im Katalog zur Ausstellung der *Vereinigten Evangelischen Mission (VEM)*. Christinnen und Christen in aller Welt können einander über die Gefahren für unsere Lebensgrundlagen informieren und von einander lernen, wie wir unter Gottes Regenbogen die Schöpfung besser bewahren können. Über die Hilfe für Kinder in Honduras berichtet unser Bundesfreund *Jürgen Schübelin*. Der Beitrag war zugunsten seines Artikels über Haiti (vgl. CuS 1/2010) zurückgestellt worden.

Mit Wünschen für schöne Sommertage



V.L.: Helmut Pfaff, Friedrich Wilhelm Bargheer, Reinhard Gaede, Michael Bschorr, Elmar Klink, Fritz Hufendiek, Wieland Zademach

Reinhard Gaede

Euer/Ihr Reinhard Gaede

Bibelarbeit zu Mt 25, 31-46

Vom Weltgericht

Von Heinrich Bedford-Strohm

Liebe Schwestern und Brüder, es gibt – das wage ich zu behaupten – wenige Bibeltexte, die wachen Christenmenschen ans Herz gehen wie die berühmte Passage über das Weltgericht, die heute Grundlage unserer Bibelarbeit ist. Wer diesen Text liest oder hört, der spürt, dass es hier nicht einfach um irgendeine moralische Belehrung geht. Dass es hier nicht zuallererst um die Frage geht: was muss ich tun, um ein guter Mensch zu sein. Oder: wie kriege ich mein schlechtes Gewissen angesichts des Elends der Welt los? Nein, hier geht es um den Kern unserer Existenz. Hier geht es um Sein oder Nicht-Sein. Hier geht es um gelingendes Leben oder die Verfehlung von gelingendem Leben. Hier geht es um Gottesnähe oder Gottesferne. Wer den Text liest oder hört, spürt das.

Und es ist schwer, dieser in uns aufsteigenden Frage auszuweichen: Wo komme ich eigentlich in diesem Szenario vor? Gehöre ich zu denen auf der rechten oder zu denen auf der linken Seite? Da ist also diese Unruhe, diese bange Frage, ob ich mir im Hinblick auf meine Gottesbeziehung etwas vormache, ob dieses Vertrauen, dass Gott mich trägt, dass Gott auf meiner Seite ist, dass Gott sich mir in Liebe zuwendet, ob dieses Vertrauen vielleicht nur Wunschdenken ist?

Das ist die eine Seite, die diese Szene vom Weltgericht möglicherweise wachruft. Aber das ist auch die andere Seite: Die Szene hat auch etwas Faszinierendes. Denn sie gibt unserer Sehnsucht nach Gerechtigkeit in eindringlicher Weise eine Sprache. Wir leiden ja am Unrecht dieser Welt. Wir leiden

ja darunter, dass Menschen hungern und dürsten und niemand ihnen zu essen gibt. Wir leiden ja darunter, dass Menschen krank sind und keiner sich um sie kümmert. Wir leiden ja darunter, dass Fremde Aufnahme suchen und sie auf Lager treffen, die eher Gefängnissen gleichen als Herbergen. Und weil wir unter all dem leiden, deswegen hat es geradezu etwas Tröstliches zu wissen: Gott lässt alle diese Menschen, die in Not sind, nicht allein. Christus stellt sich an ihre Seite und sagt. Was euch getan wird, das wird auch mir getan. Eine kraftvollere Antwort auf unsere Sehnsucht nach Gerechtigkeit kann es eigentlich gar nicht geben, als dass Gott, der Schöpfer der Welt, am Ende der Zeiten selbst Gerechtigkeit schafft und das Unrecht offen zutage kommen lässt und es heilt, indem die Wahrheit ans Licht kommt und Konsequenzen hat.

Ja, das Gleichnis vom Weltgericht ist eine kraftvolle Antwort auf unsere Sehnsucht nach Gerechtigkeit. Wenn da nicht diese bange Frage wäre, auf welcher Seite wir eigentlich zu stehen kommen ...

Das Beunruhigende an dem ganzen Text sind ja die Antworten, die die Kandidatinnen und Kandidaten für den Weg zur Rechten oder zur Linken auf Jesu Worte geben. Zu denen, die ins ewige Feuer gehen, sagt Jesus als Begründung: „Ich bin hungrig gewesen, und ihr habt mir nicht zu essen gegeben, ich bin durstig gewesen, und ihr habt mir nicht zu trinken gegeben, ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich nicht aufgenommen, ich bin nackt gewesen, und ihr habt mich nicht gekleidet, ich bin krank und im Gefängnis gewesen, und ihr habt mich nicht besucht.“ Und sie antworten: und sagen: „Herr, wann haben wir dich

hungrig oder durstig gesehen oder als Fremden oder nackt oder krank oder im Gefängnis und haben dir nicht gedient?“

Sie wissen nicht, was sie falsch gemacht haben sollen. Sie haben nicht gemerkt, wo sie das von Christus verheißene gelingende Leben verfehlt haben. Sie sind ehrlich überrascht und verwundert. Und fast hat man das Gefühl, ihnen geschehe Unrecht, weil sie das ja auch gar nicht wissen konnten.

Offensichtlich ist es so, dass wir Menschen so in unseren geschichtlichen Kontexten verhaftet sind, dass wir gar nicht merken, was falsch läuft. Wie – so fragen wir heute – wie konnten rechtschaffene Bürger in Deutschland mit ansehen, wie Millionen ihrer jüdischen Mitbürger, Nachbarn, Schulkameraden, Kollegen, in den Tod geführt wurden? Wie konnten sie nur?

Und ich frage mich immer: was ist die Frage, die man unserer Generation in 90 Jahren stellen wird. Ich versuche mich hineinzuversetzen in die Zukunft. Wie werden die Menschen an der Schwelle zum 22. Jahrhundert über uns heute reden? Und ganz besonders: Wie werden sie über uns Christenmenschen reden, die wir hier in diesen Tagen wieder zu Hunderttausenden zusammen sind?

Hören Sie dazu einen imaginären Pressebericht aus dem „Global Electronic Observer“ dem mit 2 Milliarden Abonnenten weltweit größten Nachrichtenmedium des 22. Jahrhunderts. Der Bericht ist in der Ausgabe vom 15. Januar des Jahres 2100 zu finden: *Aufarbeitung der Geschichte gefordert*

Bei einer internationalen Milleniums-Konferenz im südafrikanischen Cape Town haben führende Historiker gestern eine neue Anstrengung zur Aufarbeitung der Geschichte des 21. Jahrhunderts gefordert. Der weltweit renommierte deutsche Historiker Michael Misakwani erinnerte an die massive Verletzung der Menschenrechte, die

die ganze erste Hälfte des 21. Jahrhunderts gekennzeichnet habe. Misakwani, der selbst afrikanische familiäre Wurzeln hat, wies insbesondere auf das unsägliche Leid hin, das der Mangel an Nahrung und medizinischer Grundversorgung in vielen Ländern Afrikas verursacht habe. Heute unvorstellbare 25 000 Tote seien damals aus Armutsgründen jeden Tag zu beklagen gewesen. Schon damals sei klar gewesen, dass es auf der Welt genug Nahrungsmittel und Medizin gebe, um jedem Menschen ein Existenzminimum und medizinische Versorgung zu garantieren. Insbesondere im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts sei der Reichtum in Teilen der Welt sprunghaft angestiegen, ohne dass die Ressourcen zur wirksamen Bekämpfung der Armut genutzt worden seien. Auch die Weltwirtschaftskrise des Jahres 2008 habe nur für ein vorübergehendes Nachdenken gesorgt. Das garantierte weltweite Grundeinkommen, auf das heute jeder Erdenbürger und jede Erdenbürgerin Anspruch habe, sei damals von vielen noch als illusionäre Idee gesehen worden, obwohl die Ressourcen dafür schon damals dagewesen seien. Die Religionsgemeinschaften hätten zwar immer wieder die weltweiten Ungerechtigkeiten angeprangert. Viele ihrer Mitglieder hätten aber damals an den Schaltstellen der Macht gesessen, ohne dass sie die durch Armut bedingten massiven Menschenrechtsverletzungen gestoppt hätten. Bis heute, so Misakwani, habe die historische Wissenschaft noch nicht wirklich aufgearbeitet, wie es dazu kommen konnte.

Der Harvard-Historiker John Obama, ein Nachfahre des ersten schwarzen Präsidenten der USA, wies auf die Komplexität der wirtschaftlichen Zusammenhänge in den damaligen ersten Jahrzehnten der Globalisierung hin. Die wirtschaftliche Dynamik sei so groß gewesen, dass die humanitäre

Dynamik damit nicht Schritt gehalten habe. Viele der damals führenden Ökonomen und Politiker seien ernsthaft davon überzeugt gewesen, dass sich die Überwindung der Armut von selbst einstellen werde, wenn wirtschaftlichen Aktivitäten möglichst wenig Grenzen auferlegt würden. Sie seien sich deswegen der moralischen Fragwürdigkeit des herrschenden Wirtschaftssystems gar nicht bewusst gewesen.

Einen besonderen Akzent setzte die chinesische Kirchengeschichtlerin Ka Wee Yan. Yan, die bei der Konferenz die OECC (One Ecumenical Church of Christ) vertrat, analysierte in ihrem Vortrag die Rolle der Kirchen. Die damals noch in verschiedenen Konfessionen getrennten Kirchen – so Yan – seien zum einen häufig so sehr mit sich selbst beschäftigt gewesen, dass sie die moralische Brisanz der existierenden Zustände unterschätzt hätten. Zum anderen habe trotz der schon damals vorhandenen Medien die unmittelbare Konfrontation mit dem täglichen Elend und Tod gefehlt. Viele Christinnen und Christen hätten schon damals engagiert geholfen, wenn sie persönlich mit Leid konfrontiert gewesen seien. Die weltweiten Ungerechtigkeiten hätten sie aber für unüberwindbar gehalten, so wenig das im Rückblick nachvollziehbar sei. Yan plädierte dafür, sich nicht auf dem Erreichten auszuruhen. Man habe zwar in den letzten Jahrzehnten die Voraussetzung dafür geschaffen, dass jeder Mensch auf Erden ein materiell sorgenfreies Leben führen könne. Die vollständige Integration der Technik in das menschliche Leben im 21. Jahrhundert habe aber neue Herausforderungen für das zwischenmenschliche Zusammenleben geschaffen.

Auch verschiedene andere Diskussionsbeiträge der Tagung plädierten dafür, Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Das 21. Jahrhundert habe in der neueren Ge-

schichte eine besondere Stellung, nur zu vergleichen mit dem Zeitalter der Reformation in Europa. Damals seien politische und religiöse Konstellationen entstanden, die Jahrhunderte nachgewirkt hätten. Das 21. Jahrhundert könne als Zeitalter der weltweiten „Transformation“ bezeichnet werden, das den Durchbruch zu einer echten Weltgesellschaft gebracht habe.“

So weit der fiktive Pressebericht aus dem „Global Electronic Observer“ des Jahres 2100. Manchmal verhilft erst die Distanzierung vom Gewohnten, Selbstverständlichen, die Unselbstverständlichkeit, in der wir leben, zu verstehen.

Der fiktive Bericht über die Historikerkonferenz im Jahr 2100 führt uns mitten in die Diskussion um die Frage, wie das Gleichnis vom Weltgericht eigentlich auszulegen ist. Wie bei jeder Bibelauslegung besteht die Gefahr, dass wir das, was wir selbst gerne aus den biblischen Texten herauslesen wollen, eben einfach in sie hineinlesen. Die Bibel ist dann letztlich nichts weiter als eine Legitimationsbeschafferin für etwas, was wir die ganze Zeit schon einmal sagen wollten und jetzt endlich einmal mit der größtmöglichen Autorität sagen können.

Verdächtig – das kann man als Grundregel für die Beurteilung von Auslegungen biblischer Texte formulieren – sind Auslegungen in der Regel dann, wenn sie uns jede Zumutung ersparen. Das gilt selbst für klassische Trosttexte, in denen gerade die Kraft, die sie geben, immer auch Konsequenzen – vielleicht revolutionäre Konsequenzen! – für unser Leben hat. Das gilt aber erst recht für Gerichtstexte wie das Gleichnis vom Weltgericht, bei denen die Zumutung uns geradezu anspringt. Ich habe diese Zumutung in den Blick zurück aus der Zukunft auf unsere Zeit heute zu

fassen versucht und auf die großen Weltprobleme bezogen.

Ich will sechs Beispiele dafür nennen, wie man durch fein differenzierte Auslegungen sich diese Zumutung am Ende doch vom Leibe halten kann. Sie werden merken, dass in jeder dieser Auslegungen immer auch ein Stück Wahrheit enthalten ist. Und dennoch wohnt ihnen eine Tendenz inne, uns den Text am Ende doch vom Leibe zu halten.

1) *Die religiöse Entschärfung*

Sie interpretiert den Text als eindrucksvolles Beispiel für die Ausweglosigkeit einer Rechtfertigung durch gute Werke. Man kann eben wirklich nie seinen Mitmenschen immer so begegnen, dass man sich sicher auf der Seite derer zu Rechten wähnen darf, die ins ewige Reich eingehen. Das Gerichtsgleichnis – so diese Auslegung – will uns mit dieser Aussichtslosigkeit konfrontieren. Es will uns zeigen, wie aussichtslos jeder Versuch der Selbst-Rechtfertigung des Menschen ist. Es will zeigen, dass wir uns eigentlich nur Christus in die Arme werfen können und auf seine Vergeltung hoffen können. In religiöser Hinsicht erkennt diese Auslegung sicher etwas Richtiges. Aber die ethische Zumutung bleibt auf der Strecke.

2) *Die wissenschaftliche Entschärfung*

Durch historisch-kritische Beweisführung wird die Distanz zwischen dem Sitz im Leben des Textes vor knapp 2000 Jahren und der heutigen Lebenswelt so lange eingeschränkt, dass der Text seine Dringlichkeit im Hinblick auf uns heute verliert. Da werden mit Hilfe der Methoden historischer Bibelkritik verschiedene Textschichten freigelegt, da werden Zusätze zum Text identifiziert, da wird ein bestimmter historischer Gemeindekontext identifiziert, der natür-

lich mit den großen Menschheitsfragen unserer Zeit heute erst einmal gar nichts zu tun hat. Und am Ende ist von der Leidenschaft dieses Textes nichts mehr übrig geblieben, weil man ihn historisch-kritisch gezähmt hat. Auch die wissenschaftliche Erforschung des Textes ist natürlich von hohem Wert. Und niemand sollte sich zurücksehnen zu einem Umgang mit der Bibel, der ihre historische Kontextualisierung einfach ignoriert. Aber die wissenschaftliche Auslegung darf sich mit der historisch-kritischen Analyse nicht zufrieden geben. Sonst bleibt das Eigentliche auf der Strecke, nämlich die Zumutung, die in der Frage liegt, was dieser Text für uns heute eigentlich bedeutet.

3) *Das Komplexitätsargument*

Das Komplexitätsargument entschärft den Text, indem es ihn für das Handeln in den Strukturen unserer modernen Lebenswelt für irrelevant erklärt. Für das persönliche Handeln im sozialen Nahbereich – so sagt diese Auslegung – enthält er durchaus eine Handlungsorientierung. Im Prinzip ist also anzuerkennen, dass aus dem Gleichnis die Notwendigkeit folgt, im Sinne der Armen zu handeln. Und persönlich sollen wir dem auch durch karitatives Engagement entsprechen. Die moderne Weltwirtschaft ist aber so komplex geworden, dass keinerlei politische Handlungsanweisung aus dem Gleichnis zu gewinnen ist. Dieses Argument sieht richtig, dass eine direkte politische Anwendung des Textes auf heute ohne Kenntnis komplexer Zusammenhänge nicht möglich ist. Angesichts der Tatsache, dass heute das Schicksal der Armen in engem Zusammenhang mit den Mechanismen der Weltwirtschaft steht und den betroffenen Menschen niemals nach-

haltig geholfen werden kann, ohne dass sich auch die Strukturen ändern, läuft dieses Argument aber auf eine drastische Entschärfung der Zumutung des Textes hinaus. Weil er angesichts der Komplexität der Dinge nicht direkte politische Handlungsanweisungen ergibt, wird er individualisiert und im Hinblick auf entscheidende Handlungszusammenhänge letztlich für irrelevant erklärt.

4) *Das Systemargument*

Spiegelbildlich zum Komplexitätsargument liegt das Systemargument. Es sagt nämlich umgekehrt, dass der Aufruf zum persönlichen Handeln, den viele in dem Gleichnis sehen, in die Irre führt. Der Fehler – so sagt diese Auslegung – liegt im politischen System. Und das politische System würde man nur stützen, wenn man individuell hilft. Von dieser Auslegung her werden mediale Spendenaktionen für Afrika, in denen Menschen oft aus ehrlicher Anteilnahme und Betroffenheit etwas von ihrem Geld abgeben, von vornherein diskreditiert. Es ist auch sicher richtig, dass karitative Hilfe so fehlgeleitet werden kann, dass sie die wirklich nötigen Veränderungen eher verhindert als ermutigt. In einer pauschalen Abqualifizierung persönlicher Hilfe steckt aber wohl auch wieder eine Entschärfungsstrategie. Man erspart sich die persönliche Zumutung und die Konsequenzen für den eigenen Geldbeutel dadurch, dass man alles exklusiv auf die politische Ebene hebt.

5) *Das Anreizargument*

Das Anreizargument kann viele gute Gründe für sich in Anspruch nehmen. Und ich bin ziemlich sicher, dass Sie, wenn Sie in „Mt-25-Situationen“ sind, es genauso wie ich regelmäßig im Kopf haben. Es sagt nämlich: Wenn ich einem bedürftigen Menschen in einer bestimm-

ten Situation das gebe, was er erbittet, helfe ich ihm gar nicht wirklich, denn es entfällt für ihn der Anreiz, sich selbst zu helfen. Er verlässt sich darauf, im Zweifelsfall immer die Hilfe zu bekommen, die er braucht und hat daher gar keinen Anreiz, auf eigene Füße zu kommen. Wenn ich die Anreize richtig setzen will, darf ich manchmal gerade nicht helfen. Während meiner Zeit in Südafrika ist mir ein Flyer der Stadt Kapstadt in die Hände gefallen, in dem die Menschen, und vermutlich besonders die Touristen, mit Nachdruck darum gebeten wurden, bettelnden Straßenkindern nichts zu geben! Die Begründung war genau das Anreizargument. Und wer wollte dem widersprechen? Ich bin nicht sicher, wieviele derjenigen, die den Kindern aufgrund des Anreizarguments nichts geben, den Hinweis, der auf den Flyer auch noch steht, wirklich befolgen: Da steht nämlich: geben Sie Geld an die vielen Organisationen, die sich um diese Kinder so kümmern, dass ihnen wirklich geholfen wird. Kümmern Sie sich selbst um diese Kinder, indem sie bei diesen Organisationen mitarbeiten! Die meisten werden mit einem beruhigten Gewissen weitergehen und erst mal nicht mehr an die Kinder denken. Ich wage zu behaupten, dass in der Wahrheit des Anreizarguments immer auch die Versuchung steckt, es zur Entschärfung der Zumutung von Mt 25 zu nutzen. Und selbst wenn ich kein Geld in die Hand des bettelnden Kindes gebe. Die Zumutung, und das sage ich jetzt bewusst in der Sprache der Frömmigkeit, dass mir in ihm der Heiland begegnet sein könnte, die darf ich nicht aus meinem Herzen fernhalten.

6) *Das Zuständigkeitsargument*

Das Zuständigkeitsargument hält die

Zumutung des Weltgerichtsgleichnisses von uns fern, indem es den Hilfebedarf, durchaus auch in seiner ganzen Drastik, zwar anerkennt, aber andere Akteure benennt, die den Bedarf befriedigen. Mir ist dieser Gedanke jedenfalls sehr vertraut. Es begegnen uns Menschen, die unsere Hilfe brauchen. Sie begegnen uns in Situationen, wo wir uns ihnen schon aus Zeitgründen gar nicht zuwenden können. Eigentlich müsste uns angesichts von Mt 25 das Herz brennen. Aber es gibt ja glücklicherweise die Diakonie. Es gibt ja glücklicherweise eine Institution in unserer Kirche, die genau darauf spezialisiert ist und dafür zuständig ist, Gefangene zu besuchen, Arme zu unterstützen, sich um Kranke zu kümmern und Fremde zu betreuen. Und es ist eine Institution, die das professionell macht, die es viel besser kann als wir Stümper, die am Ende mit unserem guten Herzen vielleicht genau das Falsche machen, das denen in Not vielleicht überhaupt nicht hilft. So lautet das Zuständigkeitsargument. Natürlich steckt da etwas Wahres drin! Und genau deswegen ist es vielleicht die machtvollste Strategie zur Entschärfung der Zumutung des Weltgerichtsgleichnisses. Um in der Bildsprache der Gerichtstradition zu bleiben: Dass die Diakonie im Himmel einen ganzen großen Palast gebaut bekommt, weil sie für die Geringsten der Brüder und Schwestern Christi immer da war, da nützt denen wenig, die draußen vor der Tür stehen, weil sie die Begegnung mit Christus eben immer den Spezialisten überlassen haben.

Wir haben jetzt sechs Gründe gehört, mit denen wir gerne die Zumutungen, die das Gleichnis vom Weltgericht für unsere eigene Existenz zu bedeuten scheint, entschär-

fen. Und einige dieser Gründe waren auch keine schlechten Gründe.

Und dennoch verfehlen sie alle die Kernaussage des Gleichnisses. Sie verfehlen die die Kernaussage des Gleichnisses, weil sie die Verantwortung wegschieben. In dieser Hinsicht ist das Gleichnis aber gerade glasklar. Es stellt zur Rede. Es schreibt Verantwortung zu. Jesus sagt: „Ich bin hungrig gewesen, und ihr habt mir nicht zu essen gegeben, ich bin durstig gewesen, und ihr habt mir nicht zu trinken gegeben, ich bin ein Fremder gewesen, und ihr habt mich nicht aufgenommen, ich bin nackt gewesen, und ihr habt mich nicht gekleidet, ich bin krank und im Gefängnis gewesen, und ihr habt mich nicht besucht.“

Verantwortung heißt: Ich werde danach gefragt, wie ich mich verhalten habe. Und



ich habe eine Antwort darauf zu geben. Das ist Ver-ant-wort-ung.

Schon das wäre eindringlich genug, wenn Christus in dieser großen Rechenschaft sagen würde: Ihr habt den Armen nicht beigestanden, ihr habt die Kranken alleine gelassen, ihr habt den Fremden die kalte Schulter gezeigt. Schon das wäre Grund zum Innehalten. Aber der Text geht noch viel weiter. „Was ihr den Geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan!“

Es geht gar nicht nur um soziales Engagement. Es geht gar nicht nur um das Eintreten für Humanität. Es geht gar nicht nur um die schlichte Achtung der Menschenwürde. Es geht um den Kern des Glaubens. Es geht um Gott. Es geht um Christus. Es geht um Gericht und Heil!

Dieses Gleichnis fegt all die Auffassungen weg, die Religion auf Erbaulichkeit reduzieren wollen. Natürlich geht es bei dem Glauben um Trost. Natürlich geht es um Kraft. Natürlich geht es um Gnade. Aber es geht eben nicht nur um Trost. Es geht nicht nur um Kraft. Es geht nicht nur um Gnade. Die Gnade ist keine billige Gnade. Denn das Unrecht kommt die Armen, die Nackten, die Fremden, die davon betroffen sind, teuer zu stehen. Da kann auch die Gnade keine billige sein. Sie kann gar nicht billig sein, denn den Preis müssten die zahlen, denen Unrecht geschieht.

„Jesus Christus ist Gottes Zuspruch und Anspruch auf unser ganzes Leben“ – hat die Barmer Theologische Erklärung in der Zeit des Nationalsozialismus formuliert ... Genau das ist die Botschaft des Gleichnisses vom Weltgericht. Ihr könnt Christus nur im Gesamtpack haben – sagt Matthäus, der sie in seinem Evangelium für uns aufgeschrieben hat – darin zu uns. Und ihr könnt auch nicht sagen: Das Eigentliche ist der Gottesdienst und das Gebet und die Bezie-

hung zu Christus. Und erst dann kommt die Ethik, erst dann kommt die Gerechtigkeit, erst dann kommt die Politik. Das könnt ihr nicht sagen, denn was ihr dem Geringsten seiner Brüder und Schwestern getan habt, das habt ihr Christus selbst getan.

Ihr redet heute – höre ich Matthäus sagen – von den Kernkompetenzen der Kirche, die wieder ins Zentrum gehören. Und ihr meint damit den Gottesdienst – und was gäbe es Schöneres als einen kraftvollen Gottesdienst! Aber wie in aller Welt könnt ihr denn den Gottesdienst in der Kirche als den Kern des Glaubens und die tätige Leidenschaft für Gerechtigkeit als bloßen Zusatz verstehen? Habt ihr nicht kapiert, was die Propheten euch seit Tausenden von Jahren immer wieder eingeschärft haben? „Ich bin euren Feiertagen gram und verachte sie und mag eure Versammlungen nicht riechen. Und wenn ihr mir auch Brandopfer und Speisopfer opfert, so habe ich kein Gefallen daran und mag auch eure fetten Dankopfer nicht ansehen. Tu weg von mir das Geplärr deiner Lieder; denn ich mag dein Harfenspiel nicht hören! Es ströme aber das Recht wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach!“ (Amos 5,21–24). Der Prophet Amos hatte eine sehr genaue Intuition dafür, was zu den Kernkompetenzen des Volkes Gottes gehört. Und wenn ihr es immer noch nicht verstanden habt, dann lasst euch diese große Vision von Christus und seinem Gericht zu Herzen gehen, die ich euch aufgeschrieben habe. Der Dienst an den Armen und Notleidenden ist Dienst an Christus selbst!

So höre ich Matthäus, der die Geschichte vom Weltgericht für uns aufgeschrieben hat, rufen. Die Spiritualisierung des Glaubens ist genauso falsch wie seine Ethisierung. Wir verstehen die ganze Kraft, die

von Christus ausgeht, überhaupt erst, wenn wir die Not der Armen kennen und wenn wir erfahren haben, wie von der Beziehung mit den Armen eine heilende Kraft ausgeht.

Aber wen meint Matthäus eigentlich mit den „Brüdern“, die wir heute gemeinsam mit den Schwestern nennen? In der Auslegung dieses Textes ist immer wieder die These vertreten worden, es handele sich nur um die christlichen Schwestern und Brüder“. Der Ausdruck „Brüder“ – so das Hauptargument – komme bei Matthäus in den meisten Fällen als Bezeichnung für die Zeuginnen und Zeugen Jesu Christi vor. Wo einer in der Gerichtsszene landet, hinge dann davon ab, wie er sich Christen gegenüber verhalten hat.

Aber das ist nicht überzeugend; denn dass das Wort „Brüder“ sonst häufig für die Glaubensgenossen verwendet wird, heißt ja noch lange nicht, dass es auch an dieser Stelle so gebraucht wird. Nirgendwo ist von christlichen Armen, von christlichen Nackten, von christlichen Fremden, von christlichen Gefangenen die Rede. Viel mehr spricht dafür, dass Jesus – wenn es um die Hilfe in Not geht – hier genauso die Grenzen von Religionen und Konfessionen überschreitet, wie er es im Gleichnis vom barmherzigen Samariter so eindrucksvoll vor Augen malt. Es ist eben nicht der eigene Glaubensgenosse der dem Überfallenen hilft, sondern der Fremde aus Samaria.

Und es ist ja kein Zufall, dass es hier um ein Weltgericht geht. „Alle Völker werden vor ihm versammelt werden“ – heißt es zu Beginn. Keiner legt in der Szene ein Bekenntnis ab. Und diejenigen, die Christus als Bruder begegnet sind, haben es nicht mal gemerkt. Sie haben einfach geholfen, weil jemand in Not war. Sie haben nicht geholfen, um irgendwelche Punkte fürs Reich Gottes zu sammeln. Sie haben nicht gehol-

fen, weil sie vor anderen gut dastehen wollten. Sie haben einfach um der anderen willen geholfen. Und genau darin sind sie Christus begegnet. Dieses Gleichnis taugt nicht zur Einteilung der Menschen entlang von Glaubensgrenzen. Dieses Gleichnis bekräftigt die Selbstverständlichkeit einer Mitmenschlichkeit, die sich von der Not der anderen anrühren lässt und gar nicht anders kann als zu helfen. Insofern spricht es über etwas, was nicht speziell die Christen angeht, sondern was sich zwischen allen Menschen guten Willens, von welchen weltanschaulichen Überzeugungen auch immer sie her kommen, abspielt.

Nun ist es aber doch Christus, der hier im Blick ist, wenn vom Menschensohn die Rede ist, der da kommt, und vom König, der zu den einen zur Rechten sagt: „Kommt her, ihr Gesegneten meines Vaters, ererbt das Reich, das euch bereitet ist von Anbeginn der Welt!“ und der zu den anderen zur Linken sagt: „Geht weg von mir, ihr Verfluchten, in das ewige Feuer, das bereitet ist dem Teufel und seinen Engeln!“ Eine reine Ethisierung des Gleichnisses verfehlt deswegen etwas Entscheidendes. Wir können über dieses Gleichnis nicht sprechen, ohne auch über das Gericht zu sprechen und die Frage, was die Rede vom Gericht eigentlich bedeutet, ob wir so eigentlich heute noch reden können oder ob wir diese alten Gerichtsvorstellungen nicht lieber auf den Müllhaufen der Tradition werfen sollten.

Ich glaube, es wäre ein Riesenfehler, wenn wir diese Gerichtsvorstellungen ad acta legen und uns einen Kuschelgott konstruieren würden, der uns am Ende wirkliche Zumutungen eben erspart. Es hat schon seinen Grund, dass Gericht mit Gerechtigkeit zu tun hat. Wenn es kein Gericht gäbe, dann käme die Wahrheit über das Unrecht nie ans Licht. Der Bochumer

Theologe Gregor Etzelmüller hat in einem vor kurzem erschienenen Beitrag zum Gleichnis vom Weltgericht diesen Text als Überwindung von „sekundärer Viktimisierung“ bezeichnet. Dieser Fachbegriff hat im Zusammenhang mit der aktuellen Missbrauchsdebatte eine traurige Aktualität bekommen. Er besagt, dass die Opfer von Gewalt ein zweites Mal zum Opfer werden, wenn das Unrecht, das ihnen geschehen ist, einfach vergessen wird. Und das Schlimmste wäre, wenn dieses Unrecht nicht nur bei den Menschen in Vergessenheit geraten würde, sondern auch noch bei Gott. Wenn Opfer von sexuellem Missbrauch, die nicht zuletzt dadurch innerlich zerstört worden sind, weil die Wahrheit nie ausgesprochen werden durfte und dieses Geheimnis sie aufzufressen drohte, wenn sie nun auch bei Gott vergessen werden, dann ist das die Hölle. Dann gehen sie tatsächlich durch die Hölle. Und damit gehen die Falschen durch die Hölle!

Die Opfer der Geschichte dürfen nicht ein zweites Mal sterben, weil sie vergessen werden. Sie haben Anspruch auf Wahrheit und damit auf Gerechtigkeit. Deswegen wäre das Aufgeben der Vorstellungen vom Gericht in der christlichen Theologie eine Bankrotterklärung. Wenn wir Mt 25 auf ein soziales Reformprogramm reduzieren würden, wäre ein entscheidendes Element des Textes verfehlt. Wir brauchen die Vorstellung vom Gericht, weil sie uns Sprache gibt für die letzten Dinge und den Stellenwert von Wahrheit und Gerechtigkeit in den letzten Dingen.

Deswegen muss nun am Schluss auch noch von der schwierigsten, von der brisantesten Frage die Rede sein, die Mt 25 stellt. Was wird aus uns in alledem werden? Wenn es nach dem geht, was wir den Geringsten unserer Brüder und Schwestern getan oder nicht getan haben, dann könnte

es sein, dass ziemlich viele von uns oder sogar wir alle miteinander keine besonders guten Karten haben. Der fiktive Pressebericht aus dem „Global Electronic Observer“ des Jahres 2100 hat uns eine Ahnung davon gegeben, welche Fragen uns einmal gestellt werden könnten.

Die Frage, wie wir diese Szene des Weltgerichtes eigentlich verstehen sollen und was eigentlich mit denen passiert, die nach Aussage unseres Textes keine gnädige Aufnahme finden, wird zu einer ziemlich existentiellen Frage. „Geht weg von mir, ihr Verfluchten, in das ewige Feuer, das bereitet ist dem Teufel und seinen Engeln!“. Wird es so kommen? Und für wen wird es so kommen?

Ich glaube, man kann die Worte, die da gesagt werden, nicht trennen von dem, der sie sagt. Sie werden gesprochen von einem, der selbst Opfer von Gewalt geworden ist, von einem, der weiß, wie furchtbar Gewalt ist.

Deswegen geht es hier nicht um die Gewaltphantasien eines Richters, sondern es geht ausschließlich um Gerechtigkeit, noch präziser: um rettende Gerechtigkeit. Ich verstehe die Gerichtstexte der Bibel als Warnschilder. Ich will das an dem Warnschild verdeutlichen, das Sie alle kennen, das man manchmal vor kurvenreichen Strecken an der Straße sieht. Man sieht darauf ein Auto, das ins Schleudern geraten ist und wahrscheinlich gleich am nächsten Baum landet. Dieses Schild steht natürlich nicht am Straßenrand, damit die Autos ins Schleudern geraten, sondern damit sie sicher durch die kurvenreiche Strecke kommen! Derjenige, der das Schild aufgestellt hat, möchte, dass die Autofahrer am Leben bleiben und eben nicht am Baum landen!

Und genauso ist es mit den biblischen Texten. Sie wollen mit den Bildern vom ewigen Feuer und der Hölle gerade verhindern,

dass die Menschen so leben, dass das Leben zur Hölle wird.

Wenn es sich bei den Gerichtstexten nicht um göttliche Gewaltphantasien handelt, sondern um das Aufdecken der Wahrheit und die Wiederherstellung von Gerechtigkeit, dann kann der ewige Tod, der mit dem Bild der Hölle beschrieben wird, nicht das letzte Wort sein. Genauso wenig kann einfach eine Allversöhnung behauptet werden, bei der der Gesichtspunkt der Gerechtigkeit am Ende doch wieder verschluckt würde. Ich glaube, wir werden zur Rechenschaft gezogen. Am Ende der Zeiten werden wir vor Gott stehen, so wie es das Gleichnis beschreibt. Und die Wahrheit wird aufgedeckt werden. Wir werden erkennen, wo in unserem Leben wir überall Unrecht getan haben, vielleicht ohne es zu merken. Wir werden in aller Klarheit sehen, was wir den Geringsten unserer Brüder und Schwestern getan oder eben nicht getan haben. Da, wo wir die Betroffenen waren, werden wir eine große innere Befreiung spüren, weil die Wahrheit endlich ans Licht kommt. Da, wo wir selber verantwortlich waren, werden wir erschrecken. Wir werden in aller Klarheit sehen, was wir anderen angetan haben, und uns wird eine große Scham erfassen. Und diese Scham ist die Hölle.

Wie können wir mit alledem jetzt leben? Sie spüren jetzt vielleicht die Wucht alles dessen, was ich gesagt habe. Zuerst ist dieser beunruhigende Text selbst zu Wort gekommen. Dann haben wir in dem fiktiven Pressebericht gehört, wie kommende Generationen uns vielleicht einmal sehen werden und welche kritischen Fragen sie möglicherweise an uns stellen werden. Dann haben wir sechs mögliche Strategien und Argumente genauer in den Blick genommen, mit denen wir versuchen, die Zumutungen dieses Textes zu entschärfen. Und schließlich haben wir zu verstehen versucht,

warum die biblische Gerichtsvorstellung, wie sie in dem Gleichnis zum Ausdruck kommt, bleibend wichtig ist und warum wir sie eben nicht auf den Müllhaufen der Geschichte werfen sollten. Man könnte, wenn man das alles hört, wenn man das mit wachem Herzen an sich ranlässt, tatsächlich schwermütig werden, weil es einfach keinen Weg heraus aus dieser Schuld zu geben scheint.

Warum geht es mir so anders? Warum lebe ich, auch im Angesicht des Gleichnisses vom Weltgericht, gerne? Warum habe ich kein schlechtes Gewissen, wenn ich mir etwas gönne? Warum habe ich Hoffnung für die Welt?

Ich will die Antwort ganz persönlich geben. Ich wüsste nicht, wie ich mit meiner eigenen Verwicklung in Ungerechtigkeit anders umgehen könnte als auf der Basis meines christlichen Glaubens. Denn der christliche Glaube sagt: Du kannst ganz nüchtern auf dich selbst schauen. Du kannst dem schonungslos ins Gesicht sehen, worin du die Bestimmungen, die Gott dir als sein gutes Geschöpf gegeben hat, verfehlst. Die Alten haben dafür das Wort „Sünde“ geprägt. Und du kannst dich gleichzeitig von ganzem Herzen geliebt, gewollt und angenommen fühlen. Das ist der Kern der alten biblischen Rechtfertigungslehre. Und sie ist etwas ungeheuer Kostbares. Sie ist für mich der Schlüssel für das Tor in die Freiheit eines Christenmenschen.

Die Frage, die wir völlig zu Recht zunächst haben, lautet: Wie soll das gehen? Wie soll ich all dem, worin ich meine Bestimmung verfehle, in die Augen sehen und mich trotzdem von ganzem Herzen annehmen? Die biblische Tradition – insbesondere Paulus – gibt darauf eine Antwort, die manche heute wie die Gerichtsvorstellung als unzeitgemäß aufgeben wollen. Ich glaube, das wäre ein großer Fehler. Es ist

die Vorstellung vom Sühnopfer Christi, die Vorstellung also, dass Christus stellvertretend unsere Sünden auf sich genommen hat und uns damit freigemacht hat. Diese Vorstellung ist in der Theologiegeschichte so entstellt worden, dass ich verstehen, wenn manche sie heute aufgeben wollen. Wenn man meint, dass Gott, um seinen Zorn zu besänftigen, ein Menschenopfer braucht und deswegen Christus opfert, dann kann man das tatsächlich nur als Gewalt- und Todesphantasie zurückweisen. Aber die paulinische Vorstellung hat in Wirklichkeit ja einen ganz anderen Sinn. Sie drückt die Unendlichkeit der Liebe Gottes aus. Gott gibt keinen anderen hin. Gott gibt sich in Christus selbst für die Menschen hin. Gott sagt zu uns: Das Unrecht, was ihr tut, hat Konsequenzen. Man kann es nicht auf sich beruhen lassen. Schon um der Opfer willen. Aber ich nehme die Konsequenzen stellvertretend für euch auf mich. Das sind die Gedanken Gottes. Und deswegen nimmt Christus unsere Sünden mit ins Grab, lässt sie im Grab und kommt durch die Auferstehung neu ins Leben und nimmt uns in die Freiheit dieses neuen Lebens mit.

Das ist nichts Abstraktes. Das ist nichts Spekulatives. Ich habe solch eine kleine Christuserfahrung einmal als Lehrer im Religionsunterricht gehabt. Da hatte ich einen Schüler, der die ganze Zeit gestört hatte, erneut dabei erwischt, wie er einen Gegenstand durch die Klasse geworfen hatte. Die Mitteilung nach Hause war endgültig fällig. Da meldete sich ein Mitschüler und sagte: Ich war's. Obwohl ich es besser wusste, habe ich das akzeptiert. Er nahm stellvertretend die Schuld des Mitschülers auf sich und sprach ihn damit frei. Jedes Mal, wenn über die Vorstellung vom stellvertretenden Sühnopfer Christi diskutiert wird, denke ich an den betroffenen Schüler und wie er sich wohl gefühlt haben mag, als der Mit-



Sieger Köder, Sieben Werke der Barmherzigkeit

schüler stellvertretend für ihn die Schuld übernommen hat. Wahrscheinlich war er ungeheuer dankbar, und er wird es als großes Zeichen der Zuneigung empfunden haben, dass der Mitschüler das für ihn gemacht hat.

Paulus sagt nun: Diesen Weg in die Freiheit bietet dir Gott jeden Tag an. Du musst dich nicht mehr länger selbst rechtfertigen und zeigen, warum dich keine Schuld an der Not der anderen trifft. Du bist gerechtfertigt, weil Gott in Christus alles auf sich selbst genommen hat, was man dir vorwerfen könnte. Es ist eine fremde Vorstellung, aber wo du dir das wirklich aus Herzen nimmst, wo du das wirklich glaubst, da kannst du mit einer Freiheit durchs Leben gehen, die dir niemand anders geben kann und die dich aus tiefster Seele froh macht.

Das ist die paulinische Rechtfertigungs-

lehre. Sie ist überhaupt nichts Abstraktes. Sie mag auf den ersten Blick fremd klingen, aber sie antwortet auf eine Bedrängnis der Seele, die wir Menschen heute ganz genauso haben wie die Menschen vor 2000 Jahren. Und sie verwandelt die Wucht, mit der uns das Gleichnis vom Weltgericht mit Not und Unrecht konfrontiert, in Liebes-Energie für die Welt.

Wir lieben unser Leben und lassen Menschen, die in Not sind, Anteil daran haben, wo wir es aus freiem Herzen können.

Wir entdecken das Glück, das es bedeutet, wenn einem anderen geholfen wurde und wir eine Rolle dabei spielen durften.

Wir nehmen die Dankbarkeit anderer für die Hilfe, die wir geben konnten, an und freuen uns darüber.

Wir engagieren uns voller Hoffnung für eine andere Welt, weil wir wissen, dass es Gottes Schöpfung ist und Gott seine Schöpfung nicht alleine lassen wird.

Wir treten – etwa über Amnesty International – konkret für Marginalisierte und Verfolgte ein und setzen damit Zeichen.

Wir streiten für eine Ordnung in Wirtschaft und Politik, die die biblische Option für die Armen zu ihrem grundlegenden Maßstab macht.

Wir denken nach über unser Leben und über unseren Lebensstil, wir lassen uns verunsichern, wir gehen mit uns in ganz wörtlichem Sinne ins Gebet, aber wir wissen in alledem um den felsenfesten Grund, auf dem wir stehen, wenn wir auf Christus vertrauen und unser Leben in Gottes Hand legen.

Keiner hat das große Vertrauen und die große Freiheit, die daraus erwächst, so ein-drucksvoll zum Ausdruck gebracht wie der Liederdichter Paul Gerhardt, dessen 400. Geburtstag wir an vielen Orten vorletztes Jahr gefeiert haben. Er ist – jedenfalls im Protestantismus – fast so etwas wie der Mr.

Kirchenlied geworden – und auch viele katholische Schwestern und Brüder lieben seine Lieder. Der Grund ist die große Geborgenheit und Liebe zum Leben, die trotz aller erfahrenen Not aus seinem Christusglauben herausströmt.

In einem Lied, das wir jetzt gleich vom Posaunenchor hören werden, heißt es:

- 1) Ist Gott für mich, so trete gleich alles wider mich; so oft ich ruf und bete, weicht alles hinter sich. Hab ich das Haupt zum Freunde und bin geliebt bei Gott, was kann mir tun der Feinde und Widersacher Rott?
- 4) Der, der hat ausgelöschet, was mit sich führt den Tod; der ists, der mich reinwäschet, macht schneeweiß, was ist rot. In ihm kann ich mich freuen, hab einen Heldenmut, darf kein Gerichte scheuen, wie sonst ein Sünder tut.
- 5) Nichts, nichts kann mich verdammen, nichts nimmt mir meinen Mut; die Höll und ihre Flammen löscht meines Heilands Blut. Kein Urteil mich erschrecket, kein Unheil mich betrübt, weil mich mit Flügeln decket mein Heiland, der mich liebt.

Liebe Schwestern und Brüder, das Gleichnis vom Weltgericht mutet uns viel zu. Aber der Richter, der da beschrieben wird, schenkt uns noch viel mehr. Christus bietet uns an, ihm in den Geringsten zu begegnen. Worauf warten wir?

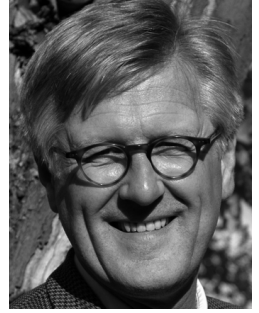
Rosemarie Müllers Bild vom Weltgericht auf Seite 9 zeigt unter einem dürrn Ast des Lebensbaums: Die Erdkugel droht zu bersten unter der Bosheit von Gewalt, Raub und Habgier. Aber unter den Füßen des Weltrichters wächst das Gras wieder, neben ihm blüht der Baum und geschehen die Werke der Barmherzigkeit: Eine Frau tröstet, Hände helfen, eine liebende Umarmung streut Blumen, Menschen

*teilen ihr Brot, das Kind mit der Katze zeigt
die Liebe zum Tier. Erlöste steigen zum himm-
lischen Raum, der ausgefüllt ist von Tauben,
den Symbolen des Geistes und des Friedens.*

*Heinrich Bedford-Strohm – geboren 1960 in
Memmingen, verheiratet mit der Psychothera-
peutin Deborah Bedford-Strohm, Kinder: Jonas,
Lennart, Nathan.*

*Studium der evangelischen Theologie in Erlan-
gen, Heidelberg und Berkeley/USA, 1992 bis
1994 Vikariat in Heddesheim, 1997 bis 1999
und 2001-2004 Pfarrer an der Stadtkirche St.
Moriz in Coburg, Promotion und Habilitation in
Heidelberg, 1999–2001 Professur in Gießen,
seit 2004 Professor für Systematische Theolo-
gie an der Universität Bamberg, Mitarbeit beim
ÖRK, Vorlesungen in USA und Südafrika, seit*

*April 2000 Mitglied
der Sozial-Kammer
der EKD und kirchli-
cher Kommissionen,
seit 2005 Vorsitzen-
der der Gesellschaft
für Evangelische
Theologie, seit 2008
Direktor der Die-
trich-Bonhoeffer-
Forschungsstelle,
Autor zahlreicher
Werke, Träger aka-
demischer Auszeichnungen.*



**Heinrich Bedford-
Strohm**

Hoffnung als Reiseplan des Wissens

Ernst Bloch zum 125. Geburtstag

Wieland Zademach

Zeitlebens war Ernst Bloch angetrie-
ben vom kritischen „Geist der Uto-
pie“. Auf der Wanderschaft des Le-
bens macht ihn seine politisch-philoso-
phische Zeitzeugenschaft zum Emigranten
aus dem faschistischen Nazideutschland,
zum Rückkehrer ins vermeintlich bessere
sozialistische Ostdeutschland und wieder
zum Emigranten nach Westdeutschland.
Auch diesem hält er kritisch das Gegenbild
einer freien und gerechten Gesellschaft vor,
dessen Konturen Gestalt gewinnen aus
dem „ketzerischen Erbe“ der jüdisch-christ-
lichen Tradition. Mit seiner „Ontologie des
Noch-Nicht-Seins“ hat er ein in die Zu-
kunft weisendes Hoffnungspotential frei-
gesetzt, dessen Impulse noch lange nicht
abgegolten sind. Diesen Impulsen soll in

diesem Beitrag ein wenig nachgespürt wer-
den, um sie aufzugreifen im Hinblick auf
ihre heutige Aktualität.

In seinem vielleicht wichtigsten Spät-
werk, der „*Tübinger Einleitung in die Philo-
sophie*“ spricht Ernst Bloch vom „Reiseplan
des Wissens“ auf der Fahrt durchs Leben:
„Ein Mensch nimmt sich mit, wenn er wan-
dert. Doch ebenso geht er hierbei aus sich
heraus, wird um Flur, Wald, Berg reicher...
Schlecht wandern, das heißt, als Mensch ...
dabei unverändert bleiben. Ein solcher
eben wechselt nur die Gegend, nicht auch
sich selber an und mit ihr“(1).

Blochs Werke aus über 70 Jahren schöp-
ferischer literarischer Arbeit bilden Wege
oder Schneisen hinein in das riesige Ge-
birge natürlich-historisch-menschlicher
Existenz. Wege, die gewandert werden, um
die größte nur mögliche humane Vision zu

erschauen: das Werden der Welt zur Heimat.

Ausgangspunkt und Ziel

Ernst Blochs Lebenswerk lebt von der Ausgangsspannung zwischen der aufeinander bezogenen Unvollkommenheit des Ich und der Welt. Das Leiden am eigenen „Zu wenig“ stellt sich zugleich dar als ein Leiden am „Noch nicht“ der Welt, in der wir leben. Nur der kann das eigene Sein und Bewusstsein hin zu einem echten Bei-Sich-Selbst-Sein verändern, der dabei auch die Welt verändert hin zu dem, wozu sie angelegt ist: zu unserem Heim in wahrhaft allen, auch kosmischen Dimensionen.

Nicht weniger als eine utopische Identitätsphilosophie wollte Bloch begründen und dazu auch eine eigene Logik und Ontologie. Dabei hat er das alttestamentlich-jüdische, das christlich-ketzerische, das utopische Erbe dieser Vision nie verschwiegen oder verdrängt. Vielmehr hat er den großen Propheten, den ketzerischen und widerständigen Denker neuen Raum bereitet und ihren unbedingten messianischen Anspruch sehr ernst genommen.

Was Ernst Bloch als die drei Wesenszüge des „jüdischen Weltgefühls“ bezeichnete, das sind auch Züge und Stufen seines eigenen Denkens: „Zuerst das eifernde, völlig willensmäßige Verhalten gegen die Welt; danach der Drang auf die Verwandlung des Lebens zur Reinheit, Geistigkeit und Einheitlichkeit, womit der Gerechte die Schlüsselgewalt über das Obere erlangt; und schließlich – mit überweltgroßen Visionen – das ebenso wohl motorische als prägnant historische, unbildliche, unnatürliche Gerichtetsein auf ein noch nicht da seiendes messianisches Ziel über der Welt“ (2). Zugleich aber hat er Literatur, Kunst und Musik sowie die neuen Wissenschaften der Psychologie und der Psycho-

analyse, unzählige Phänomene des Alltags und der Technik durchforscht, um Hinweise und „Zeugnisse“ zu finden für den „Wärmestrom“ der Geschichte, für eine Tendenz alles Menschlichen hin zu einer echten authentischen Existenz und alles Natürlichen und Sozialen hin zur „Heimat“. Dabei war Blochs Schaffen immer ein Schreiben gegen allzu viele und fast übermächtige Entwicklungen hin zu moderner Barbarei, eisiger Kälte, Fremdheit und

Lüge.



Ernst Bloch

Breiter und tiefer hat selten jemand gesucht und gegraben, und wohl wenige haben mehr beigebracht. Der Wanderer Bloch ist so selbst zum Kompass ge-

worden für Hoffnung in seinem, unserem Land. Hin zu sich und uns ist er, dabei anders werdend, doch bei sich geblieben.

Blochs Marx-Interpretation

Wie bei vielen großen Geistern, so kommt auch bei Ernst Bloch dem eigentlichen Erstlingswerk die Funktion eines Schlüsselwerks zur Gesamtheit seines Denkens zu. Während der ersten Weltkriegsjahre entstanden und 1918 erschienen, ist „Geist der Utopie“ durch und durch geprägt von dem Doppelmotiv der Revolte und der Hoffnung. Nahezu alle philosophischen Hauptthemen seines Spätwerks klingen hier bereits an: das Motiv des „Noch-nicht-Bewussten“ ebenso wie die gegen Ende des Werks vollzogene Verbindung der utopischen Wunschinhalte mit dem

„sozialistischen Gedanken“. Aus seiner Doktorarbeit von 1908 in Würzburg, in der er sich über „das Problem der modernen Erkenntnistheorie“ kritisch mit dem Neukantianismus Rickerts auseinandergesetzt hatte, übernimmt er den seinerzeit im Rezeptionskontext von Kierkegaard, Bergson, Nietzsche und Simmel stehenden Begriff der „gelebten Gegenwart“ und erweitert diesen zu einer „Metaphysik unseres Dunkels“. Der existentiell-vitalistische Begriff der Würzburger Dissertation wird sich später noch weiter entwickeln zum „Dunkel des gelebten Augenblicks“, als welcher er dann in Blochs Haupt- und Grundbuch, dem „Prinzip Hoffnung“, zu einem zentralen Denkmotiv wird. Dieses existentielle „Dunkel“ bildet für Bloch die Vorstufe für die Entstehung der „Tagträume“, welche mittels der Kategorie „Möglichkeit“ in Praxis umgesetzt werden – später dann immer definiert als eine weltverändernde Praxis mit dem Telos der Herstellung eines „besseren Weltzustands“ in Solidarität und Gerechtigkeit. Das theoretische Fundament für eine künftige „Ontologie des Noch-Nicht-Seins“ war gelegt.

Die Vorstellung, Menschen und Welt hätten einen gemeinsamen Fluchtpunkt möglicher und wahrer Existenz, zu dem sie hinstreben, ist eine Vision, die auf einer Hoffnung aufbaut, die sich als Gewissheit fühlt. Und wer mit dieser wohl größtmöglichen aller Visionen antritt – dem Werden der Welt zur Heimat und der Heimkehr des Menschen zu sich –, der hat es schwer, will er sich nicht lediglich im Bereich des subjektiv Gewünschten, des individuell Imaginierten, der haltlosen Phantasiewelt einrichten. Jahrzehntelang hat Ernst Bloch den Versuch unternommen, dieser Falle zu entgehen – intellektuell wie politisch. Intellektuell hat er sich dem Marxismus zugewandt, und politisch ist er ein Bündnis mit

dem Kommunismus und der Sowjetunion eingegangen – das erste auf Dauer, das zweite auf lange Zeit.

Dabei ist Blochs Hinwendung zum Marxismus in den Jahren 1918 bis 1920 nicht etwa das Ergebnis einer abrupten Kehrtwendung, sondern vielmehr das schlüssige Produkt eines lange andauernden Reifungsprozesses, bei dem sich sozialistische Ideen im Kern seines Werkes entfalten und eine Adaption der Grundprinzipien des historischen und dialektischen Materialismus durch seine eigene praktische Philosophie allmählich vonstatten geht. Je länger je mehr brauchte er geradezu Marxens geniale Verschmelzung von radikalem Emanzipationsanspruch mit wissenschaftlich nüchterner Analyse und der Sicherheit, in der Arbeiterbewegung jenes historische Subjekt gefunden zu haben, das genauso unvermeidlich, notwendig wie willentlich weltgeschichtlicher Akteur dieser Emanzipation ist. Bloch „wollte glauben, dass die kälteste Untersuchung die heißeste Vision begründen kann“(3).

Der Prozess der Aneignung des Marxschen Werks durch Bloch war geprägt von Faszination und Abwehr zugleich. Marx wird für Bloch zum intellektuellen Garanten seiner eigenen Vision. Marxens Werk wird gelesen als die Denkmöglichkeit einer gesellschaftlichen Veränderung, welche die Grundstrukturen einer Welt transzendiert, die noch keine Heimat ist. Als die Denkmöglichkeit einer Veränderung, die aus der Not und Bedürftigkeit realer historischer Subjekte erwächst und Gewalten freisetzt, um „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“(4). Schrittweise verwandelte Bloch Marxens geschichtsphilosophisches Paradigma in die tragende Säule seiner eigenen Weltsicht. Er hält Marxens An-

nahme von der wirtschaftsrevolutionären Rolle des Proletariats unhinterfragt für richtig. Bloch übernimmt auch die These, dass das Proletariat als unterste ökonomische Klasse des Kapitalismus zugleich jene Klasse sei, die zur emanzipatorischen Überwindung des Kapitalismus fähig und letztlich auch bereit sei. Zugleich aber wendet sich Bloch gegen die Reduktion dieser Emanzipation auf eine neue Wirtschaftsordnung: „Der Nullpunkt äußerster Entfremdung, wie das Proletariat ihn darstellt, wird nun zur dialektischen Umschlagstelle letzthin; gerade im Nichts dieses Nullpunkts lehrt Marx unser All zu finden“ (5).

Unübersehbar ist das Vorbild für diese Denkfigur: Jesu schmählicher Tod am Kreuz und seine Auferstehung. Ernst Bloch prophezeit eine Art von Allianz zwischen der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, einer „verwandten Kirche“ und dem utopischen Messianismus des Chassidismus: „Nur so hat die Gemeinschaft Raum, sich frei erwählend über der lediglich entlastenden Gesellschaft und kommunistisch durchorganisierten Sozialwirtschaft, in gewaltfreier, weil nicht mehr klassenhafter Ordnung. Denn es ist so, wie der Baalschem sagt, dass erst dann der Messias kommen kann, wenn sich alle Gäste an den Tisch gesetzt haben; dieser ist zunächst der Tisch der Arbeit, jenseits der Arbeit dann aber sogleich der Tisch des Herrn; die Organisation der Erde besitzt im philadelphischen Reich ihre letzthin ausrichtende Metaphysik“ (6).

Gesellschaftliches Eigentum und bewusste Organisation der Wirtschaft nach einem einheitlichen Plan sind also für Bloch zwar notwendige, aber keinesfalls hinreichende Bedingungen des Sozialismus. Die eigentliche sozialistische Ordnung ist für ihn die einer neuen Kirche, die auf dem Unterbau einer planmäßig organisierten Ökonomie

aufbaut, aber in ihr weder Zielpunkt noch Sinngrundlage hat. Die soziale Philosophie der Emanzipation entwickelt sich weiter zum Erlösungsgedanken durch die Verwirklichung der kommunistischen Utopie. Auch als Marxist kämpfte Bloch dagegen, „dass mit der Wolke auch die Feuersäule der Utopie liquidiert werden könnte, und fasst sein eigenes Verständnis von Marxismus nun in die Worte: „Marxismus ist nicht keine Antizipation, sondern das Novum einer prozesshaft-konkreten Antizipation“ (7). In dieser Chiffre ist Blochs eigene Re-Vision des Marxschen Erbes zusammengefasst.

Zeit-Mannigfaltigkeit

In der „Tübinger Einleitung in die Philosophie“ erörtert Bloch unter dem Titel „*Differenzierungen im Begriff Fortschritt*“ das Verhältnis von Fortschritt und Geschichte in sehr grundsätzlicher Weise. In diesem Essay konfrontiert er das zeitgenössische Bild von der Fragwürdigkeit des Fortschritts mit all seinen negativen Nebeneffekten mit einer tiefer gehenden Analyse von Begriff und Ziel der Geschichte. Hierbei gelangt Bloch zur Theorie einer „elastischen Zeitstruktur“ in der Geschichte: „Zeit ist nur Zeit dadurch, dass etwas geschieht, und nur dort, wo etwas geschieht“ (8). Ihr Wesen kommt also erst durch die Struktur des Geschehens zum Ausdruck.

Es gibt eine signifikante Differenz zwischen der subjektiv erlebten Zeit unserer Existenz und der objektiven, metrisch-formalen Zeit, die, als Uhrzeit, nur die regelmäßige, mechanische Progression kennt. Dieser Zeit, wie sie im Produktionsprozess unserer modernen Gesellschaften veranlagt wird, stellt Bloch eine „Tendenzzzeit“ entgegen, die im Unterschied zu jener eine „sehr qualitative also, keine an sich neutrale Uhrzeit“ (9) ist. Als teleologische Zeit stellt dieser qualitative Zeitbegriff den nur quan-

tifizierten Zeitbegriff der mathematisch-physikalischen Wissenschaften in Frage.

Diese revolutionäre Neudefinition der Zeit als „qualitative Erlebniszeit“ weist große Ähnlichkeit auf mit der eschatologischen, das Werden betonenden jüdischen Zeitauffassung – hinter dem brennenden Dornbusch ruft Jahwe dem Mose zu: Ich bin, der ich sein werde. Blochs Originalität besteht darin, dass er die neue Zeitdimension in seine marxistische Geschichts- und Zeitauffassung einbringt: diese ist nun orientiert an der zugleich religiös-messianischen wie auch profanen Vorstellung, dass das „Telos der Geschichte“ in der Zeitstruktur der Menschheitsgeschichte wirksam ist. Auch die „Kairos-Zeit“ eines Thomas Münzer als eine Zeit, die „in sich entsteht“, die „erfüllt“ ist, speist sich aus dieser Quelle. Diesem visionären Revolutionär hat Ernst Bloch ja eine Aufsehen erregende Biographie gewidmet, die zum Beginn einer neuen Sicht wurde nahezu auf das gesamte Zeitalter der Reformation.

Nach Blochs Überzeugung bleibt auch der geschichtliche Fortschritt nicht unberührt von diesen „Tendenzkräften“. Philosophisch geht es um Kritik der Universalgeschichte als Fortschrittskritik, ohne die universale Utopie eines Humanum preiszugeben. In Analogie zu seinem Konzept der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen entwickelt Bloch in seiner Geschichtstheorie die Dimension des Multiversums, der Vierräumigkeit als Vielzeitigkeit – gegen einen bloßen Multikulturalismus und eine pure Fortschrittslinearität: „Der Fortschrittsbegriff duldet keine `Kulturkreise`, worin die Zeit reaktionär auf den Raum genagelt ist, aber er braucht statt der Einlinigkeit ein breites, elastisches, völlig dynamisches Multiversum, einen währenden und oft verschlungenen Kontrapunkt der historischen Stimmen. So lässt sich, um

dem riesigen außereuropäischen Material gerecht zu werden, nicht mehr einlinig arbeiten, nicht mehr ohne Ausbuchtungen der Reihe, nicht mehr ohne komplizierte neue Zeit-Mannigfaltigkeit“ (10). Es geht darum, den „Zielinhalt“ der Geschichte zu bestimmen als „kein bereits definitives, sondern einzig ein noch nicht manifestes, ein konkret-utopisches Humanum“. Dieses „Eschaton im Zielpunkt des Fortschritts“ ist keineswegs deckungsgleich „mit dem bereits manifesten Menschen-Resultat und dem seiner kosmischen Umwelt“. Es kann sich nur „in der Verlängerungslinie auch des bisher weitest vorgeschobenen human-natürlichen Zielpunkts“ manifestieren, „das heißt, es liegt in der fernsten, obzwar der wissenschaftlichen Antizipation nicht verschlossenen Immanenz realer Möglichkeit von Menschen und Natur“ (11).

In seinem letzten großen Werk *„Experimentum Mundi“* befasst sich der fast 90-Jährige noch einmal mit dieser Problematik und nähert sich wiederum der theologisch-philosophischen Auffassung einer „messianischen Zeit“; vor allem, wenn er unterstreicht, dass die Kategorie der Zeit wesentlich die Kategorie ist, die eben „nicht nur die Furcht, sondern auch die Hoffnung nährt“. Die Zeit ist so „der Helfer einer objektiv-realen Möglichkeit, auch einer schlechten, gewiss, doch von Haus aus, das heißt, vom sich positiv gewinnen wollenden Jetzt her, ist sie der Fortschrittsraum zu möglich Gutem“ (12). Mit dieser qualitativen Neubestimmung der Zeit hat Bloch nicht nur den Zeitbegriff entformalisiert, sondern ihm neue Dimensionen hinzugefügt. Die solchermaßen „verräumlichte Zeit“ wird darüber hinaus zum Vehikel für die mögliche Realisierung des „Fortschritts zum möglich Besseren“ und damit für die Hoffnung auf die Durchsetzung einer gerechteren Gesellschaftsordnung in der Geschichte.

Atheismus im Christentum

Mitten hinein in die bewegten Sechzigerjahre des politischen Aufbruchs, die sich auch in Kirche und Theologie abbildeten, platzte wie ein Meteorit Ernst Blochs religiöses Hauptwerk „Atheismus im Christentum“ (13). Den Faden, den er 50 Jahre zuvor im „Geist der Utopie“ zu spinnen angefangen und im „Thomas Münzer“ zu einem ersten Netzwerk geknüpft hatte, den nimmt er hier wieder auf und fasst ihn zusammen zur religionsphilosophischen „Summa“ im Rahmen seines Gesamtwerks. Wie der Untertitel „Zur Religion des Exodus und des Reichs“ schon andeutet, geht es ihm auch hier um den Auszug aus unterdrückenden Strukturen, aus denen er sich aufmachen will in Richtung auf den „Vorschein“ des „Reichs der Freiheit“. Niedergeschlagen haben sich hier die leidenschaftlichen Diskussionen während seines amerikanischen Exils mit Paul Tillich, dem religiösen Sozialisten, ebenso wie die Kontakte in Tübingen zu Ernst Käsemann, Hans Küng oder Jürgen Moltmann und Walter Jens.

Dabei kann Blochs Bibelinterpretation höchst orthodoxe Glaubensinhalte mit Recht für sich in Anspruch nehmen: Jesu wahre Menschheit und seine Passion als eine „Liebe“, die leidend sich durchsetzt – ein „moralisch zu betreibendes Paradox“, Jesu Auf-erweckung, Himmelfahrt und Wiederkunft als die drei „Wunschmysterien“, in denen die Wahrheit steckt, dass die Menschen an diesem „Tribun des Menschgemäßen“ den Sieg über die „härteste Anti-Utopie ... gegen den Tod“ erkannt und gefeiert haben; oder auch Jesu Homöousie – seine Wesensgleichheit mit Gott-Vater, die die alte Kirche ihm zuschrieb – als den „revolutionärsten Topos ... den je ein Stifter ... innehatte“ (14).

Getreu seiner Aussage, „das Beste an der Religion“ sei, „dass sie Ketzer hervorruft“ (15),

bestand Blochs Absicht darin, „atheistische Elemente“ in der christlichen Religion und Religionsgeschichte aufzuweisen. So vor allem im Buch Hiob, das „voll von Anklage ist, in dem der Mensch mit all seiner Not, seinen Geschwüren, seinem Leid, seiner Krankheit und seiner Sorge anklagend erscheint und unaufhörlich die Faust ballt – eine kommunistische Faust“ (16). Blochs nonkonformistische Hermeneutik der Inhalte des religiösen Bewusstseins ist von der Absicht geleitet, die verschiedenen Manifestationen eines religiös motivierten Bewusstseins herauszustellen, die in der Bibel wie in der Religionsgeschichte aufweisbar sind, jedoch von der offiziellen Theologie entweder mehr oder weniger totgeschwiegen oder ihrer revoltierenden Elemente durch spiritualistische Umin-terpretation beraubt wurden. Dieser „subversiven Bibellektüre“ geht es vor allem darum, die Prophezeiungen des Alten Testaments als Ermutigung der Unterdrückten zu begreifen in ihrer Revolte gegen die Unterdrücker.

Damit aber führt Ernst Bloch einen theore-
tischen Zwei-Fronten-Kampf: einmal gegen konservative Religionsauffassungen und entsprechende Frömmigkeitspraktiken, die den Menschen seiner Autonomie berauben und ihm in autoritärer Weise moralisch-religiöse Regeln, Normen und Verhaltensweisen aufzwingen; zum anderen gegen die freidenkerische Verbannung und Verachtung alles Religiösen durch einen dogmatischen atheistischen Vulgärmaterialismus, der nicht in der Lage ist, die „atheistischen“ und revolutionären Elemente in bestimmten Manifestationen des religiösen Bewusstseins zu erkennen. Ohne Bloch als „latenten“ oder „anonymen Christen“ vereinnahmen zu wollen, ist hier der Sinngehalt des christlichen Glaubens „atheistisch“ erneuert wie kaum je in einer „Dogmatik der Rechtgläubigkeit“.

Mit seiner Parteinahme für die „Biblia pauperum“ kommt Bloch in der Tat zu der paradoxen Haltung, als marxistischer Philosoph für die Befreiungstheologie zu plädieren, etwa wenn er formuliert: „Deshalb gibt es den entschiedensten Affekt in der Bibel genau gegen die oben mit ihrem Priestergott, gibt es nur hier Aufruf zur Revolte dagegen. Mit Krieg den Palästen, Friede den Hütten, gegen den Schmuck der Altäre, und der Arme leidet bitteren Hunger“ (17). Die Befreiungstheologie hatte im Laufe der Sechzigerjahre vor allem in Lateinamerika als „Ecclesia pauperum“ Partei ergriffen für die Revolte der vom Weltkapitalismus ausgehungerten Massen. Entsprechend positiv war das Echo, das Ernst Bloch hier bei den Vertretern der Befreiungstheologie wie Gustavo Gutierrez, Ernesto Cardenal und den Brüdern Leonardo und Clodovis Boff auslöste.

Vordenker einer neuen Moderne

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion zerstoßen endgültig alle Hoffnungen und Illusionen, die in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“ gekeimt hatten, darunter auch die von Bloch bis zu seinem Lebensende genährte Hoffnung, die kommunistisch-autoritären Regime ließen sich in demokratisch-sozialistischer Gestalt erneuern – fortan war der Marxismus nahezu weltweit obsolet geworden und marginalisiert. Mit dem Ende planwirtschaftlicher Organisationsmodelle konnte sich ein Kapitalismus neoliberaler Ausprägung als alternativlos darstellen und weitgehend durchsetzen. Erst in jüngster Zeit, wo immer deutlicher wird, dass ein brutaler werdender „Turbokapitalismus“ nicht die Lösung von Problemen wie den „Überlebensfragen“ von Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung bedeutet, sondern ein gravierender Teil dieser Probleme selbst ist, nun erst erscheint die Zeit

reif für Lösungsansätze, die hinausreichen über gescheiterte Sozialismus- wie auch Kapitalismusmodelle.

Im Sinne des „processus confessionis“ – wie ihn der Reformierte Weltbund 1997 in Debrecen auf seiner Vollversammlung proklamiert hat und dem sich zwischenzeitlich der ÖRK wie auch der Lutherische Weltbund angeschlossen haben – geht es um die Überwindung des real existierenden neo-liberalistischen Kapitalismus. Um nichts weniger geht es, als um „einen verbindlichen Prozess der wachsenden Erkenntnis, der Aufklärung und des Bekenkens im Hinblick auf wirtschaftliche Ungerechtigkeit und ökologische Zerstörung“. Es geht um ein Benennen des Götzendienstes, der um den globalen und totalen Markt zelebriert wird. Letztlich geht es darum, die mammonsüchtige bürgerliche Gesellschaft heute mit dem prophetischen Nein einer „Reich-Gottes-Verträglichkeit“ herauszufordern und auch die angeblich „christlichen Werte“ dieser Gesellschaft radikal in Frage zu stellen. Heute und hier wäre Ernst Bloch nicht nur ein wichtiger und wohl auch willkommener Diskussionspartner, sondern ein notwendiger Bundesgenosse im Kampf um eine Welt, die den Namen Heimat für alle Menschen verdient.

Mit seinem „unzeitgemäßen“ Denken könnte sich Bloch gerade heute als Vordenker erweisen. Das in ihm steckende Korrekturpotential könnte als Möglichkeitssinn zurückgewonnen werden in einer Zeit, die in ihrem eindimensionalen Ökonomismus kaum noch über Träume, Utopien oder Visionen von einem authentischen Leben verfügt und die offenbar noch gar nicht daran denkt, sich Gedanken zu machen darüber, was denn eine Gesellschaft zusammenhalten soll, der allmählich die Arbeit als Sinnstiftung ausgeht; zumal dann, wenn die Bereitschaft fehlt, die vorhandene Arbeit und darüber hinausge-

hende, notwendige Beschäftigungen gerecht aufzuteilen. Aus Blochs Denken ließen sich Impulse gewinnen für eine reflexive Modernisierung nicht jenseits von Marxismus, Christentum, Aufklärung und Romantik, sondern integrativ: Marxismus und Christentum, Aufklärung und Romantik einbeziehend. Anregungen zuhauf finden sich bei Ernst Bloch zur Auseinandersetzung mit der Grundfrage aller Kultur, dem „Widerspruch zwischen Arbeiten und Genießen“; um die Versöhnung der Gegensätze von Werktag und Sonntag, von „sauren Wochen und frohen Festen“ geht es ihm, um die Vermittlung „zwischen dem Glück der Sinne und dem Frieden der Seele“ (18).

Hoffnung will gelernt werden

Eine Trendwende erscheint notwendig: weg vom Zeitalter der alles zergliedernden, zerteilenden, angeblich objektiven Wissenschaft, wie es von Kopernikus, Kepler und Galilei vorbereitet und von Newton und Descartes in Szene gesetzt wurde – hin zu einer Epoche, die wissenschaftliches Denken zu einer ganzheitlichen, dynamischen, auch die spirituelle Dimension des Menschen erfassenden Weltsicht ausweitet.

Viele Anzeichen sprechen dafür, dass wir uns gegenwärtig in einer „Scharnierphase“ befinden, wie Roger Martelli die Gegenwart charakterisiert: „vergleichbar den Jahren um 1848 und 1917“ (19). Politisch drückt sich das aus in einer Abkehr vieler Menschen von den etablierten Parteien, ja von Parteien überhaupt; stattdessen finden vermehrt Bewegungen Zulauf und Akzeptanz, wie es sich insbesondere bei den Sozialforen in Porto Alegre und anderswo zeigt. Bewegungen wie ATTAC und viele andere in unterschiedlichen Schattierungen sind sich einig in ihrer Kritik an der neoliberalen Globalisierung und in der Überzeugung: „Eine andere Welt ist möglich“. Es gilt, das „Experi-

mentum Mundi“ neu zu gestalten; mit Martelli: „Da der Globus das Aufmarschgebiet der Konzerne und Staatsmächte ist, aber die Welt, Mundus, die Welt der Menschen, können wir die Lexik (sc. die Fachsprache) spalten und der kapitalistischen Globalisierung die solidarische Mundialisierung der sozialen Bewegungen für ein nachhaltiges Zusammenleben auf der Erde entgegensetzen“ (20). Ernst Bloch hätte seine helle Freude. Auch wenn längst noch nicht klar ist, wo die Reise hingehen soll. Aber der „Kairos“ scheint da. Wege entstehen oft erst beim Gehen, und ein Stück weit ist sicherlich der Weg schon das Ziel.

Auch die Kirche bekennt einen Geist, der die Welt nicht nur interpretiert, sondern verändert. Der heilige Geist ist ein Geist, der befreit, der die Armen und Entrechteten aufrichtet und in Bewegung setzt, der sogar durch den Tod hindurch Leben schafft. Dieser Geist kann und will mobilisieren für eine illusionslose Hoffnung, was die „Mächte dieser Welt“ angeht. Aber mit Verheißung, dass der Versuch, eine Gesellschaft ohne Armut und in Gerechtigkeit zu bauen, immer eine Zukunft hat – auch gegen den Augenschein, ja gegen alle Hoffnung. Hoffnung will gelernt sein als Reiseplan des Wissens. Dazu kann man bei Ernst Bloch trefflich in die Schule gehen.

Anmerkungen

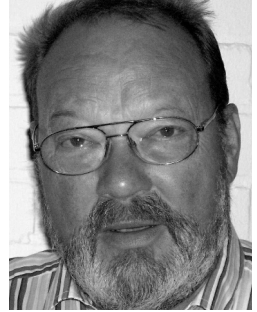
1. Ernst Bloch, *Tübinger Einleitung in die Philosophie, Gesamtausgabe (GA)*, Bd. 13, Frankfurt/M. 1970, S. 49f.
2. Zitiert in: Ernst Bloch, *Viele Kammern im Welthaus. Eine Auswahl aus dem Werk*, hg. von Friedrich Dieckmann und Jürgen Teller, Leipzig 1994, S. 49.
3. Michael Brie, *Zwischen Wärmestrom und Kälteschock. Blochs befreiende Spurenlese und die Befreiung der sozialistischen Visionen aus dem Gefängnis stalinistischer*

- Hörigkeit, in: „Utopie kreativ“
Nr. 153/154, Berlin 2003, S. 724.
4. Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, in: MEW, Bd.1, S. 385.
5. Das Prinzip Hoffnung, GA, Bd.5, 1959, S. 160f.
6. A.a.O., S. 307.
7. A.a.O., S. 726.
8. Tübinger Einleitung in die Philosophie, a.a.O., S. 129.
9. A.a.O.
10. A.a.O., S. 161.
11. A.a.O., S. 147.
12. Experimentum Mundi. Frage, Kategorien des Herausbringens, Praxis, GA, Bd.15, 1975, S. 107.
13. Atheismus im Christentum. Zur Religion des Exodus und des Reichs, GA, Bd.14, 1968.
14. A.a.O., S. 181, 225 und 231.
15. A.a.O., S. 15.
16. Zitiert nach A. Münster, Ernst Bloch. Eine politische Biographie, Berlin/Wien 2004, S. 338.
17. Atheismus im Christentum, a.a.O., S. 21.
18. Zitiert nach Volker Caysa, Bloch – (k)ein toter Hund, in: „Utopie kreativ“, a.a.O., S. 701.
19. Zitiert nach Wolfgang Fritz Haug, Was tun? Die verwandelte Wiederkehr einer

Gründungsfrage, in: „Utopie kreativ“, Nr. 161, Berlin 2004, S. 203.

20. A.a.O.

Dr. Wieland Zademach, Jahrgang 1943, Pfarrer der Ev.-Luth. Kirche in Bayern. 1971 Promotion: „Marxistischer Atheismus und die biblische Botschaft von der Rechtfertigung des Gottlosen“ (Düsseldorf 1973). Gemeindepfarrer in Oberfranken. Von 1989 bis 1997 Geschäftsführer der ACK in Bayern, danach Ökumenebeauftragter im Kirchenkreis Nürnberg. Im Ruhestand Dozent an der Seniorenuniversität in Frankfurt/Main. Buchveröffentlichungen: „Eurokommunismus – Weg oder Irrweg“, München 1979. „Glasnost und Perestroika – Hoffnung für diese Welt!, Essen 1987. Hrsg. von „Reich Gottes für diese Welt – Theologie gegen den Strich“, Waltrop 2001; „Treue zur Tradition als Aufbruch in die Moderne“, Waltrop 2005; „Kirche der Zukunft – Kirche in der globalen Welt“, Frankfurt 2008. Mitglied im Redaktionsbeirat von CuS.



Wieland Zademach

Soziale Sicherheit ohne Erwerbsarbeit

Von Franz Segbers

Wer nicht arbeitet, soll trotzdem essen.“ Diese Antwort geben immer mehr Menschen auf die seit Jahrzehnten nicht eingelösten Zusagen der Politiker, die Arbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen, und auf deren unbestreitbare Unfähigkeit, existenzsichernde Arbeit für alle wieder herzustellen. Die bundesdeutsche Regierung setzt gar zur Schaffung neuer Ar-

beitsplätze auf eine Verlängerung der wöchentlichen und vor allem auch der Lebensarbeitszeit. So offensichtlich widersinnig ist dieses Argument, dass Angst und Verzweiflung viele taub und stumm gemacht haben müssen, so dass sie nicht weithin hörbar aufschreien. Hartz IV hat das Grundrecht auf sinnvolle Arbeit in einen Zwang zur Arbeit um jeden Preis und zu jedem Preis verkehrt und ist die Chiffre für die Umwandlung arbeitsloser Arme in arbeitende Arme.

Das Bundesverfassungsgericht hatte in seiner Entscheidung vom 9. Februar 2010 festzustellen, dass die Hartz IV genannte umstrittene Grundsicherung für Arbeitsuchende mit dem Menschenwürdeartikel und dem Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes unvereinbar sei, denn jeder Hilfebedürftige habe das Recht auf ein soziokultu-



Käthe Kollwitz: Heimarbeit

relles Existenzminimum.¹ Damit wurde der Kernbestand der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen nach nur fünf Jahren annulliert. Die lange Zeit von Hartz IV hat ein Flachland an Resignation und Lähmung hervorgebracht, allenfalls unterbrochen von trotzigem Rufen einiger weniger, die dem Arbeitszwang nach Hartz IV das Recht auf ein bedingungsloses und repressionsfreies Grundeinkommen entgegengesetzt haben. Es soll jedem Bürger, jeder Bürgerin eine Mindestsicherung garantieren und ihre Freiheit wieder herstellen, eine angebotene Erwerbsarbeit auch ablehnen zu können, und die Bereitschaft zu einer zivilgesellschaftlichen Arbeit wecken. Auch ohne Erwerbsarbeit soll ein jeder in Würde leben können.

Das Leben hat eine unverlierbare Würde noch vor jeder Leistung

Was ist die Frage, auf die das Grundeinkommen eine Antwort darstellt? Geht es um die soziale Sicherheit, die Zukunft der Arbeit, die Aufwertung der ganzen Arbeit oder um den Sozialstaat? Entscheidend für die Haltung zum Grundeinkommen ist letztlich das Menschenbild. Ist der Mensch von sich aus zur Produktivität und Aktivität fähig oder muss er durch Zwang und Druck dazu getrieben werden? Im Sozialwort haben die Kirchen 1998 ein „Menschenrecht auf Arbeit“ als Anspruch des Menschen auf „Lebens-, Entfaltungs- und Beteiligungschancen“ (Ziff. 151) bekräftigt. Dieses Menschenrecht sei erst im Industriezeitalter auf Erwerbsarbeit verengt worden. Diese Verengung hat Hartz IV noch auf die Spitze getrieben und die Menschen auf Arbeitsmärkte getrieben, die keine die Existenz sichernden Arbeitsplätze in ausreichender Anzahl bereitstellen.

Wenn aber die Aussage, die Wirtschaft sei für den Menschen da und nicht der Mensch für das Wohlergehen der Wirtschaft, keine Leerformel sein soll, dann bedeutet die Sicherstellung der grundlegenden Rechte der Menschen keine belastenden Kosten, die vom Ertrag der Wirtschaft abgehen. Umgekehrt: Die Wirtschaft erfüllt genau dann ihren Zweck. Ihr Zweck besteht darin, die grundlegenden Rechte der Menschen sicherzustellen, wie sie auch in den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten des Sozialpaktes der UNO formuliert sind: Ein Recht auf Leben, Nahrung, Versorgung, Bildung.² Diese Rechte fußen auf der Überzeugung der christlich-jüdischen Ethik von der Würde des Menschen als einem Bild Gottes (Gen 1,26ff.) und tragen zur menschenwürdigen Gestaltung der Lebensverhältnisse aller nach Maßgabe gleichberechtigter solida-

rischer Freiheit bei. Diese Menschenrechte kommen jedem und jeder ohne Vorleistungen oder Vorbedingungen zu. Das Leben selber ist unverdient. In der jüdisch-christlichen Ethik ist die Überzeugung tief verankert, dass der Mensch unter allen Umständen das Recht zu leben hat. Dieses Recht gilt unbedingt, ist angeboren, unveräußerlich und unantastbar – ist also an keine Voraussetzungen gebunden. Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist dann ein Anspruch, der nicht auf einem Leistungs- und Gegenleistungsprinzip beruht. Wer aber eine Sozialleistung an eine Gegenleistung bindet, der untergräbt diese grundlegende menschenrechtliche Voraussetzung der Freiheit des Menschen. Gegen ein gnadenloses System, das immer mehr Reichtum für wenige produziert, immer mehr Menschen in Armut trotz Erwerbsarbeit zwingt und die übrigen für überflüssig erklärt, steht ein christliches Menschenbild, das auf ein unverdientes Recht auf Leben pocht.

Die Arbeit gehört zum Menschen wie das Fliegen zum Vogel, heißt ein Wanderzitat, das Martin Luther zugeschrieben wird, aber auch in päpstlichen Enzykliken zu lesen ist. Martin Luther hatte nicht Erwerbsarbeit, sondern alle menschlichen Arbeiten im Sinn, die im Dienst am Mitmenschen stehen. Arbeit ist die tätige Teilnahme an der Gesellschaft. In diesem Sinn heißt es im Sozialwort der Kirchen, dass die Gesellschaft dadurch humaner und zukunftsfähiger werden kann, dass auch unabhängig von der Erwerbsarbeit die Chancen für einen gesicherten Lebensunterhalt, für soziale Kontakte und persönliche Entfaltung erhöht werden (Ziff. 152).

Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit: Tätigsein für eine humane Welt

Die elementare Bestimmung des Sinns

menschlichen Handelns beschränkt sich nicht auf die Erwerbsarbeit, auch wenn sie sich als dominant behauptet, sondern gilt genauso für andere Formen von Arbeit, welche die Gesellschaft und das Zusammenleben der Menschen benötigt: Eigenarbeit, Arbeit für das Gemeinwesen, soziale, kulturelle und politische Arbeit. In Zeiten des Überflusses der Wenigen und der Armut der Vielen müssen diese vier Formen von Arbeit, nämlich Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Sorge- oder Familienarbeit und zivilgesellschaftliche Arbeit, den drei Arten des Einkommens in einem neuen Gesellschaftsvertrag neu zugeordnet werden: Erwerbseinkommen, Transfereinkommen und Kapitaleinkommen. Wenn gesellschaftlich weniger Erwerbsarbeit für das ökonomisch Notwendige gebraucht wird, wären die Menschen wirklich „freigesetzt“, endlich die vielen gesellschaftlich notwendigen Arbeiten aufzunehmen, zu denen in Zeiten des Übermaßes an Erwerbsarbeit die Zeit bislang nicht reichte. Die Verengung der Arbeit auf Erwerbsarbeit muss durch das neue Leitbild der „Ganzen Arbeit für alle – für Männer und Frauen“ durchbrochen werden.

Die ganze Arbeit für alle, also nicht nur Erwerbsarbeit, sondern auch Eigenarbeit, zivilgesellschaftliche Arbeit und Sorge- oder Familienarbeit und zwar gleichberechtigt für Männer und Frauen, ist das neue Leitbild eines menschlichen Lebens mit Zeit für die Erledigung des Notwendigen, des sich Sorgens um das Leben und um seinen Nächsten, um die eigene Entwicklung, um die politische Gestaltung und die Gesellschaft und die notwendige Muße.

Zwischenschritte auf dem Weg zu einem Grund-Einkommen

Das Grund-Einkommen ist kein fertiges Programm, sondern eine Idee, die den Re-

formpfad und die Richtung angibt, in die wir uns bewegen wollen. Das Grund-Einkommen ist ein Feld der Auseinandersetzung, aber auch eine Forderung, die den Auseinandersetzungen eine Richtung geben kann. Die Maximalforderung, hier und heute ein bedingungsloses Grund-Einkommen für alle einzuführen, wäre deshalb eher schädlich denn nützlich. Nicht umsonst fordern auch manche Sozialstaatsverächter ein Grund-Einkommen und wollen sich so des ungeliebten Sozialstaates entledigen. Die Ausgeschlossenen und Erwerbslosen wollen sie allenfalls mit einer Stilllegungs-Prämie alimentieren. Von solcher neoliberalen Grund-Einkommens-Befürwortung ist klar und deutlich ein emanzipatorisches Konzept als Alternative zu unterscheiden, das in Zwischenschritten den jetzigen Sozialstaat weiterentwickeln und ausbauen will.

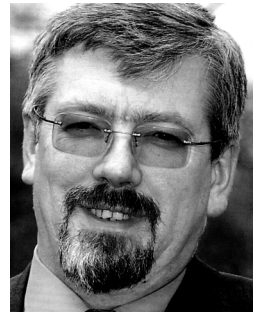
Solche Zwischenschritte wären beispielsweise ein Kinder-Grund-Einkommen von 500 Euro, das nach vorliegenden Berechnungen Kinderarmut um 80 Prozent reduzieren, also fast beseitigen könnte. Oder eine Art „Elternzeit“ für die Pflege, ähnlich der Elternzeit für die Kinderbetreuung, wie sie die Diakonie gefordert hat. Ein solches Grund-Einkommen für die Betreuung von Pflegebedürftigen wäre eine Alternative zur Privatisierung der Pflege, wie sie der Familienministerin Schröder vorschwebt. Der zeitweilige Rückzug vom Arbeitsmarkt für Kindererziehung, Pflege von Angehörigen oder auch politische Aktivitäten brauchen ein Grund-Einkommen. Solche Ansätze für ein partielles Grund-Einkommen würden den existierende Sozialstaat nicht ersetzen, sondern könnten an bestehenden sozialstaatlichen Arrangements anschließen und diese im Sinne eines emanzipatorischen Projektes mit Blick auf ein bedingungsloses Grund-Einkommen weiterentwickeln.

So verstanden ist die Forderung nach einer sozialen Absicherung aller auch ohne Erwerbsarbeit keine Trautänzerei, sondern eine Alternative zur Zuspitzung der Hartz IV-Arbeitsgesellschaft und weist den Weg in eine humanere und gerechtere Gesellschaft, die Platz für alle hat.

Anmerkungen

- 1 BVerfG, 1 BvL 1/09 vom 9.2.2010.
- 2 Vgl. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICE-SCR), 1966, Art. 11.

Prof. Dr. Franz Segbers, Universität Marburg, Referent für Ethik im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau/Frankfurt, geb. 08.08.1949 in Gelsenkirchen, Studium der katholischen Theologie und der Sozialwissenschaften an der Universität Münster/Westfalen, Mitarbeiter in der Betriebsseelsorge in Frankfurt/Höchst, Promotion in Sozialethik an der Universität Würzburg zum Tarifvertragsrecht und einer sozialetischen Bewertung von Streik und Aussperrung, Dozent für Theologie und Sozialethik an der Evangelischen Sozialakademie Friedewald, Habilitation in Evangelischer Sozialethik an der Universität Marburg, 2004: Berufung zum außerplanmäßigen Professor für Sozialethik, Universität Marburg. 2005/2006 Vorsitzender der LIGA der freien Wohlfahrtsverbände in Rheinlandpfalz, Geschäftsführer Bündnis soziale Gerechtigkeit in Hessen, Mitorganisator des 1. und des 2. Hessischen Sozialforums.



Franz Segbers

Die Armut ist gewollt

Von Christoph Butterwege

Armut ist ein merkwürdiges Phänomen: Niemand will davon betroffen sein, bejaht sie offen oder wünscht sie anderen. Gleichzeitig wähnt fast jeder Beobachter in ihrer Existenz eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, wenn nicht gar für das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu sehen. Und obwohl zumindest ein so reiches Land wie die Bundesrepublik ihre sozialökonomischen Entstehungsursachen beseitigen könnte, wenn der politische Wille dazu vorhanden wäre bzw. entsprechende Anstrengungen unternommen würden, gibt es sie immer noch, ja seit geraumer Zeit sogar in wachsendem Maße.

Wie ist dieses Paradox zu erklären? Armut entsteht nicht trotz, sondern durch Reichtum. Bertolt Brecht hat es während des Zweiten Weltkrieges in einem Vierzeiler folgendermaßen ausgedrückt: „Armer Mann und reicher Mann / standen da und sah’n sich an. / Und der Arme sagte bleich: / Wär’ ich nicht arm, wärst du nicht reich.“ Deshalb kann Armut im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht durch zunehmenden Reichtum beseitigt werden. Beide sind vielmehr systembedingt und konstitutive Bestandteile des Kapitalismus. Schon Georg Friedrich Wilhelm Hegel hatte in seiner „Rechtsphilosophie“ festgestellt, „dass bei dem Übermaße des Reichtums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist, d.h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern.“

Manche neoliberale Ökonomen vertreten mehr oder weniger offen die Position, dass

sich der Armut am effektivsten vorbeugen lässt, indem man den Reichtum vergrößert. Nach der „Pferdeäpfel-Theorie“ muss man, um den Spatzen etwas Gutes zu tun, die Vierbeiner mit dem besten Hafer füttern, damit die Spatzen dessen Körner aus ihrem Kot herauspicken können. Reichtumsmehrung statt Armutsverringerung – so lautete auch das heimliche Regierungsprogramm der Großen ebenso wie der rot-grünen Koalition. Besser wäre es, die Spatzen direkt zu unterstützen. Dasselbe gilt für die Armen, denen sehr viel eher geholfen wäre, wenn sie nicht als „Faulpelze“ und „Sozialschmarotzer“ diffamiert, sondern durch eine Politik der Umverteilung von oben nach unten besser gestellt würden.

Herrschaftssicherung als Hauptfunktion der Armut

Schon immer verkörperten die Armen ein „soziales Worst-case-Szenario“ für Gesellschaftsmitglieder, die sich nicht systemkonform verhielten; ihnen blieb jedoch (fast) immer die Hoffnung, ihre Lage durch eigene Anstrengungen und/oder glückliche Fügungen des Schicksals zu verbessern. Auch wenn diese Erwartungen fast nie erfüllt wurden, steckte darin ein wichtiger Lebensimpuls, der sonst schwer vergleichbare Gruppen miteinander verband, weil soziale Grenzfunktionen zumindest prinzipiell – wiewohl real eben nur im Ausnahmefall – überwunden werden konnten. Armut diente also der Disziplinierung, Motivierung und Loyalitätssicherung. Die (Angst vor der) Armut war ausgesprochen nützlich für den Fortbestand des politischen und Gesellschaftssystems.

Armut erscheint in einer Gesellschaft, die



Käthe Kollwitz: Unter dem Brückenbogen

den Wettbewerb bzw. die Leistung geradezu glorifiziert und letztere mit Prämien, Gehaltszulagen oder Lohnsteigerungen prämiert, als funktional, weil sie nur das Pendant dessen verkörpert, was die Tüchtigen und daher Erfolgreichen in des Wortes doppelter Bedeutung „verdient“ haben. Armut ist systembedingt, d. h. Strukturmerkmal und Funktionselement einer kapitalistischen Marktgesellschaft im Zeichen der Restrukturierung fast aller Lebensbereiche nach dem Konkurrenzparadigma und neoliberalen Modellvorstellungen. Sieht man im Neoliberalismus ein gesellschaftspolitisches Großprojekt, das mehr soziale Ungleichheit schaffen will, ist die Armut weder ein unsozialer Kollateralschaden der Globalisierung noch ein wirtschafts- und sozialpolitischer Betriebsunfall.

Sozial ausgegrenzte Minderheiten nutzen sowohl den Herrschenden als auch dem bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, denn sie führen den Nicht-armen plastisch vor Augen, was ihnen bei einer grundlegenden Veränderung ihrer Lebensweise oder bei einer Loyalitätsverweigerung droht. Ohne den im Verweigerungsfalle zu erwartenden sozialen Abstieg, dem

die abhängig Beschäftigten entgehen möchten, weil sie in der Nachbarschaft sehen, welche Entwürdigungen damit verbunden sind, entfielen für sie das zentrale Motiv, sich tagtäglich dem Lohnarbeitszwang und dem Direktionsrecht der Unternehmer bzw. ihrer Manager zu unterwerfen.

Armut ist für die Aufrechterhaltung der bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnisse erforderlich, hält sie doch unmittelbar Betroffene, Erwerbslose und Arbeitnehmer/innen gleichermaßen unter Kontrolle. Armut dient als politisch-ideologisches Druckmittel, materielles Disziplinierungsinstrument und soziale Drohkulisse zugleich: Sie demonstriert jenen Menschen, die arm sind, dass ihre Leistungsfähigkeit und/oder -bereitschaft nicht ausreicht hat, um sich zu etablieren, und sie demonstriert jenen Menschen, die nicht arm sind, dass ihre Loyalität weiterhin nötig ist, um nicht abzustürzen.

Armut als Gefahr für die Demokratie

Dies bedeutet weder, dass Armut immer von jedem einzelnen politisch Verantwortlichen gewollt, noch dass sie für das bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem völlig ungefährlich ist. Vielmehr bildet Armut sozialen Sprengstoff und eine Gefahr für die Demokratie, weil diese mehr beinhaltet, als dass Bürger/innen alle vier oder fünf Jahre zur Wahlurne gerufen werden, weil sie nämlich auch einschließt, dass sie gleichberechtigt an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen teilnehmen. Hierzu müssen sie über die materiellen Mittel verfügen, um auch in ferner gelegenen Orten stattfindende politische und Bildungsveranstaltungen sowie Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen zu besuchen. Eine allein erziehende Mutter, die nicht weiß, wie sie eine

bevorstehende Klassenfahrt oder teure Schulmaterialien für ihre Kinder bezahlen soll, wird sich kaum an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen beteiligen können.

Sofern unsere Analyse richtig und Armut mehr ist als ein zufälliges Ereignis im Leben von Menschen, die „nicht mit Geld umgehen können“, nämlich systemimmanent, kann man den Betroffenen schwerlich die Schuld daran zuschieben und dem Problem weder mittels moralischer Appelle an Wohlhabende noch mittels karitativer Maßnahmen beikommen. Vielmehr muss der Reichtum angetastet werden und eine Umverteilung von oben nach unten stattfinden, wenn die Armut wirksam bekämpft werden soll. Grundvoraussetzun-

gen dafür wären die Wiedererhebung der Vermögensteuer und eine stärkere Besteuerung großer Erbschaften.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge lehrt Politikwissenschaft an der Universität zu Köln.

Kürzlich ist sein Buch „Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird“ (Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York; 378 Seiten, 24,90 EUR) erschienen.



Christoph Butterwegge

Sozialethische Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus*

Von Willy Spieler

1. Kapitalismuskritik

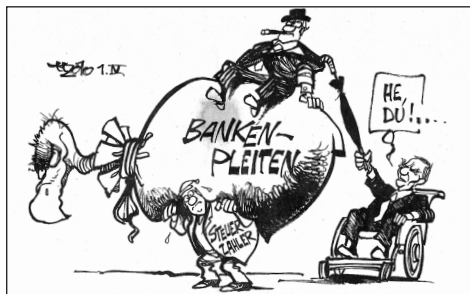
1.1. Die Krise hinter den Krisen

Der Kapitalismus hat seine Krisen. Die größte aller Krisen unserer Gesellschaft ist jedoch der Kapitalismus selbst, jedenfalls der heutige neoliberale Kapitalismus, der immer neue und immer schlimmere Krisen hervorbringt. Von welchen Krisen reden wir heute? Im Frühsommer 2007 war da die Subprimekrise in den USA. ‚Subprime‘ meinte zweitklassige Hypotheken, die erst noch auf handelbare Papiere, sog. Derivate, übertragen wurden. Sie sind undurchschaubare Finanzprodukte, ihr Marktwert davon

abhängig, dass die Leute an ihn glauben. Anders gesagt: Sie sind Wetten auf die Massenpsychologie des Marktes. Es gab in den USA aber auch eine Subprime-Bevölkerung, jene 60 Prozent, deren Löhne in den letzten Jahren gesunken sind. Sie kompensierten den Einkommensschwund, indem sie sich bei den Reichen verschuldete. Die Subprimekrise war insofern das Resultat einer Kräfteverschiebung im Verhältnis von Arbeit und Kapital, eine Gerechtigkeits-Krise.

Die Subprimekrise führte zur Finanzkrise. Genauer gesagt: Die Subprimekrise brachte die Finanzkrise an den Tag und eine bereits vorhandene Finanzblase zum Platzen. Schon lange kreisten täglich um

die 2 Billionen Dollar mit Lichtgeschwindigkeit um den Erdbreis. Ein Wirtschaftsredakteur der Neuen Züricher Zeitung (NZZ) schwärmte bereits 1996 vom „internationalen Kapital, das rund um den Erdball auf die Suche nach dem ‚besten Wirt‘ geht, das weltweit vergleicht und evaluiert und das gerade aus seiner Heimatlosigkeit Effizienz und Schnelligkeit schöpft“. Nur 5 Prozent von diesen 2 Billionen Dollar bedienen die Realwirtschaft. Diese war offenbar ein ‚schlechter Wirt‘, denn sie warf weniger Gewinn ab als die Finanzmärkte. Das globale Finanzvermögen hat sich in diesem Casino von 1980 bis 2007 von 12 auf 196 Billionen Dollar versechzehnfacht (SPIEGEL 20/2009). Gebläht wurde die Blase durch den immer grösseren Reichtum der Reichen, Privatisierungen von Staatsbetrieben und öffentlichen Dienstleistungen, Ersparnisse der Kleinaktionäre, vor allem aber durch die Pensionskassen, die weltweit 30 Bio. Dollar verwalten.

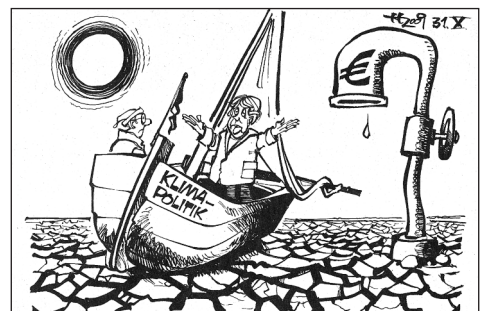


„Wenn Du das wenigstens mittragen könntest!“

Wie weiter? Regierungen und Notenbanken haben inzwischen Billionen in die Finanzmärkte gepumpt. Eine zynische Finanzelite dankt es dem Steuerzahler, indem sie mit seinem billigen Geld umgeht, als ob nichts gewesen wäre. DER SPIEGEL schrieb schon im November des letzten Jahres: „Die alte Gier ist wieder da und die

alte Hybris auch.“ Das Magazin zitiert den Chef von Goldman-Sachs (Lloyd Blankfein): „Ich bin bloss ein Banker, der Gottes Werk verrichtet.“ Die Banker wollen von einer Krise nichts mehr wissen, denn sie wissen nun, um Josef Ackermann zu zitieren, „dass der Staat in systemischen Banken Krisen der Aktionär der letzten Instanz bleibt“. Mit dieser formidablen Staatsgarantie im Rücken lässt sich weiter drauflos spekulieren, risikolos und verantwortungslos. Der Handel mit Derivaten boomt wieder. Die Realwirtschaft hat das Nachsehen. Nicht nur die Aktien steigen, sondern auch die Arbeitslosenzahlen. Aus der Finanzkrise wird eine Wirtschaftskrise.

Damit haben wir zwei weitere und weit schlimmere Krisen noch nicht einmal erwähnt: die Umweltkrise und die Hungerkrise. Es ist geradezu obszön, wenn heute die Finanz- und Wirtschaftskrise gegen die Umweltkrise ausgespielt wird. Wir sitzen auch gegenüber der Natur auf faulen Krediten. Wenn wir mehr Rohstoffe und mehr Klima in Anspruch nehmen, als die Natur hergibt, dann zerstören wir unsere eigenen Lebensgrundlagen und mehr noch diejenigen der nachfolgenden Generationen. Wäre die Natur eine Bank, die Staaten hätten sie schon längst gerettet.



„Ebbe!“

Die aktuell schlimmste Krise aber ist die Hungerkrise. Täglich sterben 47.000 Menschen den Hungertod. Im Vorjahr hat die Zahl der Hungernden erstmals die Milliardengrenze überschritten. „Das 21. Jahrhundert droht zum Hungerjahrhundert zu werden“, hieß es in der Pressekonferenz der Welthungerhilfe im Oktober 2009. Die FAO hat das Millenniumsziel einer Halbierung der Armut bis 2015 bereits abgeschrieben. [Sollte dieses Millenniumsziel wider Erwarten doch noch erreicht werden, dann kämen die 600 Millionen, denen es bis 2015 besser gehen würde, vielleicht auf 2 Dollar pro Tag, was dem Einkommen von heute 3 Mrd. Menschen oder der Hälfte der Weltbevölkerung entspricht. Aber diese Hälfte ist immer noch arm!]

Ist der gegenwärtige Kapitalismus an allem schuld? Natürlich verursacht dieser Kapitalismus den Hunger und die Klimakatastrophe nicht monokausal, als ob es keine anderen Ursachen gäbe. Aber es gibt auch ein Tun durch Unterlassen. So erklären die Regierungen zwar ihre Absicht, die CO₂-Emissionen bis 2050 zu halbieren. Zur Durchsetzung aber fehlt dann doch wieder der politische Wille, wie sich am Klimagipfel in Kopenhagen gezeigt hat.

Auch zur Beseitigung des Welthungers stünden alle notwendigen Ressourcen zur Verfügung, da die Weltlandwirtschaft heute schon genügend Nahrung für 12 Milliarden Menschen produzieren könnte. Der Milliarde der Hungernden aber fehlt schlicht das Geld, um sich Nahrung zu kaufen. Und ihre Länder sind im Würgegriff einer gigantischen Auslandsschuld, die sie daran hindert, Hunger und Armut wirksam zu bekämpfen.

Wenn das herrschende System, genannt Kapitalismus, gegenüber der Klima- und Hungerkatastrophe versagt, dann ist dieses System selbst eine Katastrophe. Das Sy-

stem wäre am allerwenigsten das, was es von sich zu sein behauptet: effizient. Die Frage stellt sich, ob der Kapitalismus in der Lage ist, die nötigen Kurskorrekturen herbeizuführen. Dazu müsste er sich von der Ideologie abwenden, die ihm heute mehr denn je zugrunde liegt. Denn die Krise des Kapitalismus ist vor allem und zuerst eine geistige, eine moralische Krise. Auch diese Krise hat einen Namen, sie heißt Neoliberalismus.

1.2. Kapitalismus, Sozialethik, prophetische Kritik (Definitionsfragen)

Hier halte ich inne und frage, wie wir Kapitalismus und Sozialethik überhaupt definieren wollen.

Zum Kapitalismus: Er ist ein Wirtschaftssystem, das dem Kapital die alleinige Verfügungsmacht über die Unternehmungen zuspricht, die Maximierung der Profite möglichst uneingeschränkt zulässt und die Gesetze des Marktes absolut setzt. Ist das nun aber die Definition des Kapitalismus und nicht vielmehr des Neoliberalismus? Oder ist der global sich ausbreitende Neoliberalismus der zu seinem Wesen gelangte (oder in sein Wesen zurückgekehrte) Kapitalismus? Heute scheint es so: Unternehmen, die der öffentlichen Hand gehören, sollen privatisiert werden. Profite, die durch Gesetze und Gesamtarbeitsverträge eingeschränkt sind, sollen ‚entfesselt‘, liberalisiert werden. Der Markt ist von Auflagen des Gemeinwohls zu entbinden, zu deregulieren. In Bezug auf die Definition des Neoliberalismus besteht weitgehend Konsens. So spricht z.B. auch die katholische Kirche in ihrer Soziallehre vom „ungehemmten Liberalismus, nach dem der Profit der eigentliche Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, der Wettbewerb das oberste Gesetz der Wirtschaft, das Eigen-

tum an den Produktionsmitteln ein absolutes Recht, ohne Schranken, ohne entsprechende Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft darstellt“ (Populorum progressio, Nr. 26).

Nach meiner Definition wäre ein sozial temperierter Kapitalismus kein Kapitalismus. Auch wäre Deutschland kein kapitalistisches Land. Es hat die Soziale Marktwirtschaft entwickelt, die der Maximierung der Profite und dem Wettbewerb durchaus Grenzen gesetzt hat: durch Steuergerechtigkeit einerseits und durch Sozialleistungen andererseits, aber auch durch Mitbestimmungsrechte der Arbeitenden wie nirgendwo sonst in Europa. Dennoch nagt die neoliberale Ideologie auch an diesem Modell, wie die Diskussion um Hartz IV zeigt. Im Lager der Arbeitgeber gibt es Stimmen, die selbst das deutsche Modell der Mitbestimmung rückgängig machen möchten, indem sie es als Irrtum der Geschichte abtun (Michael Rogowski, ehemaliger Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie BDI). Ich meine allerdings, dass jeder Kapitalismus diese wirtschaftsliberale Tendenz aufweist und sich der Schranken des Gemeinwohls zu entledigen sucht. Es braucht Gegengewichte durch starke Gewerkschaften, soziale Parteien, Gerichte, die den Sozialstaat hüten, heute insbesondere auch durch eine Globalisierung der Gerechtigkeit.

Zur Definition der Sozialethik: Diese befasst sich mit den gesellschaftlichen Strukturen. Wie Menschen sich gut oder schlecht verhalten können, so können die von ihnen geschaffenen Strukturen mehr oder weniger gerecht, mehr oder weniger ungerecht, sogar ‚böse‘ sein. Es gibt „sündige Strukturen“, wie die Theologie der Befreiung und selbst eine päpstliche Sozialenzyklika von 1987 sagen (Sollicitudo rei socialis, Nr. 36). Dazu gehören Marktmechanismen, die als

‚Sachzwänge‘ daherkommen und mit fatal-fatalistischer Wirkung die Reichen reicher und die Armen zahlreicher machen (ärmer können die Hungernden schon gar nicht mehr werden). Sozialethik ist somit sozialstrukturelle Ethik. Ein Beispiel ist Ragaz’ Definition des Kapitalismus, die zugleich dessen sozialstrukturelle Kritik enthält: „Der Kapitalismus bedeutet eine gewisse internationale Organisation des Erwerbslebens, nur eben eine solche, die nicht auf Schaffung möglichst freier Wirtschaftsgemeinschaften, sondern auf möglichst umfassende Ausbeutung der Natur und des Menschen berechnet ist.“.

Unterscheiden sollten wir zwischen einer philosophischen und einer theologischen Sozialethik. Im politischen Diskurs argumentiere ich im Sinne einer ‚weltlichen‘ Sozialethik. Im Diskurs unter Christenmenschen ist die theologische Sozialethik wohl selbstverständlich. Sie kann auch in eine prophetische Sozialkritik übergehen. Diese spricht nicht mit der wissenschaftlichen Kompetenz eines sozialethischen Instituts, sondern mit ‚Vollmacht‘, wie Blumhardt und Ragaz zu sagen pflegten. Sie meinten damit ein besonderes Charisma des Heiligen Geistes.

Dann heißt es ‚wissenschaftlich‘ eher ungeschützt: „Es ist unmöglich, das Wohnen Gottes unter den Menschen mit den heutigen wirtschaftlichen Ordnungen zusammen zu denken. Denn diese bedeuten eine Welt der gegenseitigen Ausbeutung, die Welt Christi aber ist eine Welt der Liebe. Die kapitalistische Gesellschaft ist von dem Prinzip des Räubertums getragen – das Ideal des Gottesreichs ist die Bruderschaft.“

Auch dies ist ein Ragaz-Zitat. Es stammt aus dem Buch „Weltreich, Religion und Gottesherrschaft“ von 1922. Hat Ragaz nicht übertrieben? Gemessen an dem, was heute abläuft, sind seine prophetischen

Worte von unverminderter Aktualität. Es tönt denn auch wie ein Echo auf Ragaz, wenn der Reformierte Weltbund 2004 in Accra erklärt: „Die Zeichen der Zeit sind alarmierender geworden und bedürfen der Interpretation. Die tieferen Wurzeln der massiven Bedrohung des Lebens sind vor allem das Produkt eines ungerechten Wirtschaftssystems, das mit politischer und militärischer Macht verteidigt und geschützt wird. Wirtschaftssysteme sind eine Sache von Leben und Tod.

Wir leben in einer skandalösen Welt, die leugnet, dass Gottes Aufruf zum Leben allen Menschen gilt.

Wir glauben, dass die Integrität unseres Glaubens auf dem Spiel steht, wenn wir uns gegenüber dem heute geltenden System der neoliberalen wirtschaftlichen Globalisierung ausschweigen oder untätig verhalten.“

Die Zitate sind dem Dokument „Bund für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit“ entnommen. Auch der Reformierte Weltbund zeigt hier Mut zur prophetischen Kritik. Vor allem die Deutung der Zeichen der Zeit erinnert an die von Ragaz umschriebene Aufgabe der Propheten, „Gott in den grossen Wendungen der Geschichte, und besonders in ihren Katastrophen, zu verstehen. – Solche Katastrophen sind besonders immer wieder über die Weltreiche gekommen. Diese sind, oft nach kurzem Glück und Glanz, dahingestürzt. Gott duldet solche Größen nicht. Ganz besonders ist es das Element des Egoismus und der Macht und Gewalt, das zur Katastrophe führt.“

1.3. Die neoliberale Ideologie als Hauptursache der Krise

Neoliberalismus ist die Ideologie, die Markt, Kapital und Profit totalisiert und

damit totalitär wird. Tina, There is no alternative, sagte Lady Thatcher. Das Accra-Dokument klagt an: „Diese Ideologie, die von sich behauptet, es gäbe zu ihr keine Alternative, verlangt den Armen und der Schöpfung unendliche Opfer ab und verspricht fälschlicherweise, die Welt durch die Schaffung von Reichtum und Wohlstand retten zu können. Sie tritt mit dem Anspruch auf, alle Lebenssphären beherrschen zu wollen und verlangt absolute Gefolgschaft, was einem Götzendienst gleichkommt.“

Eine Marktwirtschaft, die sich den Kriterien des Sozialen oder Ökologischen entzieht, setzt sich selber absolut. Sie duldet keine ihr fremden Instanzen neben sich oder gar über sich. Das macht sie fundamentalistisch und gewalttätig. Sie wird zum Götzen – wie alles Endliche, das sich verabsolutiert, heisse es nun Staat, Nation, Partei oder auch Kirche. „Götze Markt“ heißt der zutreffende Titel eines befreiungstheologischen Buches von Franz J. Hinkelammert und Hugo Assmann, das schon 1992 erschienen ist.

Die Devise des Neoliberalismus könnte heißen: Habgier ist gut, teilen ist schädlich. Er verteufelt alles Soziale, das dem Markt Grenzen setzen könnte. „Soziale Gerechtigkeit sei ein Schlagwort des Sozialismus“, sagt Friedrich August von Hayek (1899–1992). Für ihn ist eine „soziale Marktwirtschaft keine Marktwirtschaft, ein sozialer Rechtsstaat kein Rechtsstaat, [...] soziale Demokratie keine Demokratie“. Hayek ist die Leitfigur der Neoliberalen geworden, die von der Wirtschaftsredaktion der NZZ bis zu Tschechiens Václav Klaus von einer „Marktwirtschaft ohne Adjektive“ träumen. Wenn sie überhaupt noch von ‚Solidarität‘ oder ‚sozialer Verantwortung‘ sprechen, dann nur, um diese Maximen an den Markt zu delegieren. Ein deutscher Ökonomiepro-

fessor namens Hermann Sautter erklärt: „Der Markt sorgt in objektiver Weise für Solidarität, auch wenn die einzelnen das gar nicht so empfinden.“ Karl Homann, der sich als Wirtschaftsethiker bezeichnet, behauptet (in seiner ‚Neuen Interaktionsökonomik‘), die „Wettbewerbslogik“ bedeute das „beste bisher bekannte Mittel zur Verwirklichung der Solidarität aller Menschen“. Darum sei „Wettbewerb solidarischer als Teilen“.

Es gibt für diesen Neoliberalismus auch keine Unternehmensethik, denn die einzige Anforderung an ein Unternehmen liegt in der Steigerung des Profits. Milton Friedman, der US-amerikanische Protagonist des Neoliberalismus, hat schon 1970 den berühmt-berüchtigten Satz ausgesprochen: „The social responsibility of business is to increase its profits.“ Ebenso gut oder schlecht könnten wir sagen, die einzige Aufgabe der Arbeitnehmenden sei es, mehr Lohn zu erzielen.



Der schwarz-gelbe Weihnachtsmann

Ich karikiere den Neoliberalismus also nicht, wenn ich ihm die Devise unterstelle: Habgier ist gut, teilen ist schädlich. Hinter dieser Ideologie steht der Glaube an die ‚Unsichtbare Hand‘ des Adam Smith (1723-1790), die alle Interessen der wirtschaftenden Subjekte in ein stets neues Gleichge-

wicht bringt. Diese Interessen mögen noch so egoistisch motiviert sein, sie dienen letztlich dem Gemeinwohl. Smiths Zeitgenosse Bernard de Mandeville (gest. 1773) hat in seiner satirischen Bienenfabel denn auch die privaten Laster zu öffentlichen Wohltaten erklärt. Private vices – public benefits. Oder mit den Worten von Keynes, der nach der Weltwirtschaftskrise 1929 meinte:

„Der Neoliberalismus ist insofern ein Spiegelbild des Historischen Materialismus, als er wie dieser an eine Unvermeidlichkeit des Geschichtsverlaufs glaubt, die auf dem Primat der Produktivkräfte gründet.“ Der Markt sei unser Schicksal. Dieses verlange Opfer, aber wir erbrächten sie für eine bessere, eine lichte Zukunft. „Das Diktat des weltweiten Wettbewerbs“ hat zur Folge, „dass sich auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene und auf lange Frist die Konflikte und Härten weitgehend auflösen“, verkündete die NZZ schon 1996. Und der Novartis-Chef, ein ehemaliger Chirurg, sagte etwa zur selben Zeit der Financial Times in der Sprache seines angestammten Berufs: „Arbeitsplatzabbau ist wie ein chirurgischer Eingriff. Du weißt, es tut weh, aber es ist zu Deinem Besten. Am schlimmsten ist, langsam und nicht tief genug zu schneiden.“

Dieser Neoliberalismus ist überhaupt kein neuer Liberalismus, sondern ein Rückfall in den alten Wirtschaftsliberalismus, der die sozialen Verwerfungen früherer Krisen, vor allem auch der Weltwirtschaftskrise von 1929 verursachte. Neu war der Neoliberalismus, als unter dieser Bezeichnung in der jungen BRD die Soziale Marktwirtschaft begründet wurde. Einer ihrer Vordenker, Alfred Müller-Armack, Staatssekretär in der ersten Adenauer-Regierung, warnte davor, in die Marktwirtschaft „rätselhafte Gleichgewichtskräfte hineinzugeheimnissen. Das Zutrauen in die Selbstthei-

lungskräfte der Wirtschaft“ sei durch die Wirtschaftskrisen längst widerlegt worden. Die Marktwirtschaft sei „kein Vollautomat“, sondern lasse sich mit „einem der Bedienung und Steuerung bedürftigen Halbautomaten vergleichen“. Die marktwirtschaftliche Ordnung müsse dem Gemeinwohl untergeordnet, d.h. durch eine „übergreifende Lebensordnung“ bestimmt werden.

Nach 1989 hatte der Mohr seine Pflicht getan. Soziale Marktwirtschaft war die kapitalistische Trumpfkarte im Kalten Krieg gewesen. Nach dessen Ende konnte das konkurrenzlos verbliebene System damit beginnen, seine Logik hemmungslos durchzusetzen. Ein NZZ-Leitartikel „Später Nachruf auf die Sowjetunion“ Ende 1996 meinte, „die soziale Herausforderung, welche die Sowjets lanciert“ hätten, sei jetzt „hinfällig“ geworden. Im Systemwettbewerb mit den so genannten sozialistischen Staaten habe der Kapitalismus noch beweisen müssen, „dass die eigene Seite dem Einzelnen auch an sozialem Schutz unvergleichlich mehr bot“. Heute sei dieser Wettbewerb „nicht einmal eine Erinnerung mehr wert“.

Warum ist die neoliberale Ideologie die Hauptursache der heutigen Krisen? Weil die nationalen und insbesondere die globalen Akteure in Wirtschaft und Politik diese Ideologie sowohl mental verinnerlicht als auch real durchgesetzt haben. Der globale Markt, insbesondere der global am weitesten fortgeschrittene Finanzmarkt, erhielt so den Vorrang vor jeder staatlichen, jeder demokratisch legitimierten Wirtschaftspolitik. Beim World Economic Forum 1996 in Davos sagte Hans Tietmeyer, der damalige Präsident der Deutschen Bundesbank, den anwesenden Regierenden in aller Welt: „Von nun an stehen Sie unter der Kontrolle und Herrschaft der Finanz-

märkte!“ Der Bericht verzeichnet lang anhaltenden Beifall der Staatsmänner und Staatsfrauen.

Das eben ist die Dialektik der Deregulierung, dass sie der Wirtschaft erlaubt, nicht nur ihr Kapital, sondern auch ihre Macht zu mehren. Deregulierung schlägt so um in neue Regulierung, aber jetzt nicht mehr in eine Regulierung der Wirtschaft durch die Politik, sondern in eine Regulierung der Politik durch die Wirtschaft. Diese gibt dem Staat den Tarif durch, nicht nur den Steuertarif, sie beansprucht vielmehr die volle Definitionsmacht über das Gemeinwohl, das auf bloße Profitverträglichkeit reduziert wird. Das aber ist eine sozial-ethisch unzulässige Form der Annexion politischer Macht durch Gebilde, die keine demokratische Legitimation besitzen.

Wo sind eigentlich die echten Liberalen, die nicht von Hayek, sondern von Montesquieu ausgehen? Sie hätten allen Grund, die Gewaltenteilung neu zu denken. Die heutige Herausforderung kommt von der ökonomischen Macht, die Politik und Demokratie immer mehr ins Abseits drängt. Die Art und Weise, wie Kapital und Macht akkumuliert werden, erinnert an den Kernsatz in Montesquiues Abhandlung « De l'Esprit des lois: C'est une expérience éternelle que tout homme qui a du pouvoir est porté à en abuser; il va jusqu'à ce qu'il trouve des limites. » Zu deutsch: „Es ist eine immerwährende Erfahrung, dass jeder Mensch, der Macht hat, dazu neigt, sie zu missbrauchen. Er geht soweit, bis er an Grenzen stößt.“ Und das heißt: bis man ihm Grenzen setzt.

2. Sozialethische Alternativen

Der Neoliberalismus setzt den Profit vor den Menschen, das Kapital vor die Arbeit, den Markt vor das Gemeinwohl, das

Wachstum vor die Nachhaltigkeit und – wenn es sein muss – die Gewalt vor Demokratie und Frieden. Diese Perversion jeder ethischen Ordnung bezeichnet der Neoliberalismus als ‚Ordnungspolitik‘. Demgegenüber vertrete ich eine Sozialethik, die einen anderen fünffachen Vorrang begründet: den Vorrang des Menschen vor dem Profit, der Arbeit vor dem Kapital, des Gemeinwohls vor dem Markt, der Nachhaltigkeit vor dem quantitativen Wachstum sowie der Demokratie und des Friedens vor der Gewalt.

2.1. Vorrang des Menschen vor dem Profit

Für jede Ethik gilt Immanuel Kants kategorischer Imperativ, den Menschen als Zweck an sich selbst zu achten und niemals als Mittel zu gebrauchen. Ähnlich hat Ragaz vor hundert Jahren „das Recht und die Würde des Menschen“ zum „oberste(n) Ziel der sozialen Bewegung“ erklärt. „Die Befreiung des Menschen aus der Macht der Sachen, die Unterwerfung auch der wirtschaftlichen Mächte unter das sittliche Recht der Persönlichkeit – kann es einen grösseren Freiheitskampf geben?“ Aber anders als Kant rekurriert Ragaz auf die biblisch verbürgte Gottebenbildlichkeit des Menschen und spricht von der „göttlichen Mitgift eines unbedingten Wertes“. Auch hierin zeigt sich der Unterschied zwischen einer philosophischen und einer theologischen Sozialethik.

Wenn die neoliberalen Ideologen den Vorrang des Profits vor dem Menschen behaupten, dann tun sie es mit der ideologischen Rabulistik, nach welcher der Markt das Gemeinwohl und die Solidarität von selbst hervorbringt, wenn man ihn nur machen bzw. seine Akteure nur ihre eigenen Interessen verfolgen lässt. Gesetzt, das sei so, dann wäre die Gier nach Geld, nach

Boni, nach Eigenkapitalrenditen von 20, 25 und mehr Prozent nicht eine Entgleisung des Systems, sondern dessen Konsequenz. Aber systemkonform heißt nicht weltkonform. Private vices sind eben nicht public benefits. In welcher Welt leben wir, wenn im Krisenjahr 2009 insgesamt 140 Mrd. Euro für Boni bezahlt wurden, das waren 10 Prozent mehr als 2007, im Jahr vor der Krise. Ragaz sah in solcher Gier einen eigentlichen Götzendienst. Dieser versuche, den „Drang nach der Absolutheit durch die Anhäufung von Besitz zu stillen, durch den Besitz, der Macht und Ehre verheisst. Darum wird besonders Mammon der grosse Gegengott.“

Es gibt eine eigentliche Dialektik zwischen ‚Gier nach Profit‘ und Strukturen, die von dieser Gier geprägt werden, aber auch wieder auf sie zurückwirken. Das eben sind ‚Strukturen der Sünde‘. Sie produzieren und reproduzieren Mechanismen, die Reiche noch reicher und Arme noch zahlreicher machen. Auch das schweizerische Bankgeheimnis gehört als Steuerhinterziehungsgeheimnis zu diesen Mechanismen.

Gegen die System gewordene Profitgier gilt es nicht nur national, sondern auch global vorzugehen: durch die Verhinderung der Steuerflucht und die Schließung der Offshore-Finanzplätze, auch durch eine Devisentransaktionssteuer. Diese, Tobin-Tax genannt, würde auf alle grenzüberschreitenden Finanztransaktionen eine Steuer zu einem niedrigen Satz erheben. So würde ein Steuersatz von 0,1 Prozent jährlich gegen 150 Mia. Dollar einbringen. Damit liesse sich nicht nur die Armut bekämpfen oder in den Klimaschutz investieren, sondern erst noch die Überliquidität der Finanzmärkte abbauen.

Den Vorrang des Menschen vor dem Profit hat der Ökumenische Rat der Kirchen

schon 1975 in Nairobi zum Hauptziel einer neuen Weltwirtschaftsordnung erklärt. Dieses Hauptziel wurde wie folgt formuliert: „Niemand darf seinen Wohlstand vergrößern, solange nicht alle das Existenzminimum haben.“

Ja, und was geschieht, wenn der Profit der einen zum Hunger, ja Verhungern der anderen führt? Die katholische Kirche erinnert in einem solchen Fall an das Recht auf Mundraub, das schon die scholastische Moraltheologie kannte. In der Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils lesen wir: „Wer aber sich in äußerster Notlage befindet, hat das Recht, vom Reichtum anderer das Benötigte an sich zu bringen.“ (Gaudium et spes, Nr. 69)

2.2. Vorrang der Arbeit vor dem Kapital

Das einzige Kriterium, das sich der ideologische Marktradikalismus gefallen lässt, ist dasjenige der Effizienz. Aber was ist das Ziel der Effizienz? Etwa Arbeit für alle? Etwa das Ende des weltweiten Hungerproblems? Etwa die Abwehr der Klimakatastrophe? Nein, es ist der „Unternehmenserfolg“, der laut NZZ „am ökonomischen Wert gemessen werden soll“, der für die Eigentümer geschaffen wird, also am so genannten Shareholder Value.

Aktionärsinteressen gehen vor. Sie legitimieren den Abbau von Arbeitsplätzen, auch wenn das Unternehmen satte Gewinne verzeichnet. Hauptsache, die Gewinne können noch höher ausfallen. Das ist die Perversion dieser sog. ‚Ordnungspolitik‘: Nicht der Mensch steht im Mittelpunkt der Wirtschaft, schon gar nicht der arbeitende Mensch, sondern das Kapital, dem fast alles erlaubt zu sein scheint.

Es bewahrheitet sich einmal mehr die Erkenntnis, die Ragaz’ Mitredaktor Lukas Stückelberger vor hundert Jahren formu-

liert hat: „Der Kapitalismus ist eine unpersönliche Macht, die Arbeit ist das Persönlichste, was es gibt, und so lange das Unpersönliche über das Persönliche dominiert, kann von sittlichen Beziehungen keine Rede sein.“ In der Tat: Der arbeitende Mensch engagiert sich im Produktionsprozess mit seiner ganzen Person, mit seinen beruflichen und menschlichen Fähigkeiten sowie mit einem hohen Anteil an Lebenszeit. Demgegenüber leistet die Seite des Kapitals keinen wirklich existentiellen Einsatz. Sie investiert nur Geld- und Sachmittel, trägt eigenes Risiko nur mit dem Vermögen, in grösseren Unternehmungen nur bis zur Höhe des eigenen Anteils (Aktien). Kapital ist eben nur Mittel, die Arbeit des arbeitsfähigen Menschen hat dagegen mit dessen Würde zu tun. Anders gesagt: Die Würde des Menschen ist nicht abhängig von Kapital, wohl aber von sinnvoller Arbeit.

Der letzte Papst, Johannes Paul II., hat dem Vorrang der Arbeit vor dem Kapital eine ganze Enzyklika gewidmet, die zum Beispiel fordert, „dass das Kapital der Arbeit diene und nicht die Arbeit dem Kapital“. Oder: „Man darf die Produktionsmittel nicht gegen die Arbeit besitzen; man darf sie auch nicht um des Besitzes willen besitzen, denn der einzige Grund, der ihren Besitz rechtfertigt, ... ist dieser, der Arbeit zu dienen.“ Die Enzyklika heisst „Von der Würde der Arbeit (Laborem exercens)“ und ist 1981 erschienen, um die damalige polnische Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc zu unterstützen.

Dass es auch anders als heute üblich geht, beweist die weltweit grösste Produktivgenossenschaft mit inzwischen 100.000 Beschäftigten. Mondragón mit Sitz in der gleichnamigen Stadt im spanischen Baskenland. Mondragón ist der grösste Konzern im Baskenland, der fünftgrösste in Spanien.

Zu ihm gehören 220 Unternehmen, die ebenfalls genossenschaftlich verfasst sind. Das oberste Management wird demokratisch gewählt, sein Maximallohn darf das Siebenfache des niedrigsten Lohnes nicht überschreiten. Der Arbeitsplatz ist gesichert. Müssen Arbeitskräfte entlassen werden, so wird ihnen im Umkreis von 50 Kilometern ein neuer gleichwertiger Arbeitsplatz angeboten. Eine eigene Bank sorgt dafür, dass ‚Mondragón‘ bislang alle Wirtschaftskrisen gemeistert hat. Das Kapital steht im Dienst der Arbeit, nicht umgekehrt.

Die Botschaft aus Mondragón auf der Homepage des Konzerns lautet:

„Die Ökonomie wird erst ökonomisch, die Demokratie erst demokratisch, wenn die Ökonomie demokratisch wird.“

Es ist wohl kein Zufall, dass Mondragón von einem katholischen Priester, José Arizmendiarieta, gegründet wurde. Auf Geheiss seines Bischofs sollte er nach dem Spanischen Bürgerkrieg die Situation in der Baskenstadt beruhigen. Mit Worten war es nicht getan, so gründete er eine kleine Fabrik zur Herstellung von Parafinöfen, gab ihr eine genossenschaftliche Form, die sich immer weiter ausbreitet, heute zu einem Hightechunternehmen, einer Ladenkette, einer eigenen Bank und einer eigenen Universität. (vgl. CuS 4/2009, S. 45–47, die Redaktion)

Sozialethisch gesprochen geht es nicht so sehr um die Rechtsform der Genossenschaft als vielmehr um das Prinzip der Partizipation aller Menschen an den Gütern, die sie benötigen, und an den Entscheidungen, die sie betreffen. Ragaz spricht vom „Grundgedanken eines demokratischen Geistes [...] auf allen Gebieten, nicht bloss auf dem politischen“, daher auch von der „Übertragung der Demokratie auf das Wirtschaftsleben“, und verwendet mitunter den Ausdruck „industrielle Demokratie:

Industrielle Demokratie bedeutet, dass auch der letzte Handlanger Anteil habe an der Ordnung der Arbeit, die Arbeit als die seinige betrachten dürfe, weil er in der Arbeitsgemeinschaft Bürger ist.“

Diese Sozialethik widerspricht der neoliberalen Ideologie, dass der Mensch sich aufspalten lasse in einen Staatsbürger und einen Wirtschaftsuntertan. Es kann nicht im Staat ein anderes Menschenbild gelten als in der Wirtschaft, dort ein demokratisches des aufrechten Gangs, hier ein fremdbestimmtes der kapitalistischen Autokratie. Es gibt ein Entweder-Oder: Entweder Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche als Konsequenz des neoliberalen Menschenbildes oder aber Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche als Konsequenz des sozialethischen bzw. partizipativen Menschenbildes.

Dass die Wirtschaft ordnungspolitisch vom Menschen, von seiner Arbeit her gestaltet, ja umgestaltet werden müsste, war in den 1980er Jahren eine weit verbreitete Überzeugung. Ich zitiere prominente Stimmen von damals:

„Wir Arbeiter müssten uns als Hausherrn dieser Erde und dieser Betriebe fühlen, und so werden wir arbeiten.“ Das sagte Lech Walesa in seiner berühmten Rede vom 31. August in der Lenin-Werft zu Danzig.

„Im gesellschaftlichen Bewusstsein setzt sich immer mehr der einfache und klare Gedanke durch, dass ein Mensch nur dann in seinem Haus Ordnung schaffen kann, wenn er sich dort als Hausherr fühlt. Aus diesem Grund ist die Weiterentwicklung der Demokratie in der Produktion die wichtigste Richtung bei der Vertiefung und Erweiterung der sozialistischen Demokratie insgesamt.“ Der Satz stammt aus der nicht weniger berühmten Rede Michail Gorbatschow vor dem ZK der KPdSU am 27. Januar 1987.

Und: „Von Sozialisierung kann man nur dann sprechen, wenn der Subjektcharakter der Gesellschaft garantiert ist, das heisst, wenn jeder den vollen Anspruch hat, sich zugleich als Miteigentümer der grossen Werkstätte zu betrachten, in der er gemeinsam mit allen anderen arbeitet.“ Johannes Paul II. schrieb es in seiner Enzyklika *Laborem exercens* vom 14. September 1981.

2.3. Vorrang des Gemeinwohls vor dem Markt

Peer Steinbrück hat am Ende seiner Amtszeit als Finanzminister gefragt: „Ist dieses System eigentlich das, was uns die Gesellschaft noch zusammenhält, oder fliegt uns das Ganze auseinander?“ Den Bankern hat dieser „Genosse Raubein“ gesagt: „Wenn Sie nicht wollen, dass Ihnen die Autos angezündet werden, dann müssen Sie auf das Gemeinwohl achten.“ (SPIEGEL 20/2009)

Gemeinwohl kommt vor dem Markt. Die Krise hat auch bei uns in der Schweiz gezeigt, wohin es führt, wenn nicht dem Gemeinwohl, sondern dem Markt der Vorrang eingeräumt wird. Der Fall Union de Banques Suisses (UBS) brachte es an den Tag. Noch bevor die ehemalige Bankgesellschaft mit dem Bankverein zur UBS fusionierte, warnte die Bankenkommission: „Der Marktanteil der Grossbanken im Inland hat im Laufe des letzten Jahrzehnts ein Ausmass erreicht, welches einem Systemrisiko gleichkommt, das durch die angekündigte Fusion der UBS mit dem Schweizerischen Bankverein (SBV) noch zusätzlich an Bedeutung gewonnen hat.“ Das war Ende 1997.

Wenn die Aufsichtsbehörde die UBS-Fusion dennoch zuließ, dann in Rücksicht auf die Stellung des Unternehmens, das im internationalen Wettbewerb (Kartellgesetz, Art. 10 Abs. 4) angeblich nicht groß genug sein konnte. Die neoliberale Gehirnwäsche

hatte ihre Wirkung getan. Der Staat schwang die Globalisierungskeule, derweil er selbst voll in die Globalisierungsfalle tappte. Er hat sich nicht nur selbst entmachtet, sondern ist mit der Kapitulation vor dem globalen und totalen Markt selber das grösste Systemrisiko eingegangen, wie sich heute zeigt.

Weltmarkt hin, neoliberaler Fundamentalismus her – jetzt verlangt das Gemeinwohl, die Grossbanken zu regulieren. Das ‚too big to fail‘ darf keine indirekte Staatsgarantie mehr sein. Es gibt aber auch das ‚too big to be managed‘, das Dinosauersyndrom, wenn vor lauter Masse das Gehirn überfordert wird. Megaunternehmen können an ihrer eigenen, nicht mehr überblickbaren, nicht mehr steuerbaren Größe zugrunde gehen. Wenn der Markt in zehn Jahren noch immer Englisch spricht, sagt er vielleicht wieder „Small is beautiful.“ Solange können wir nicht warten. Das spekulative Investmentbanking muss eingedämmt, der Finanzsektor zu einer öffentlichen Dienstleistung an der Realwirtschaft werden. Nötig sind mehr denn je staatlich kontrollierte Banken, die erst noch für genügend Wettbewerb sorgen.

Es braucht nicht Notoperationen, um das System neu zu justieren. Es braucht ein neues Fundament, das den gesellschaftlichen Reichtum gerecht verteilt und die Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit umlenkt. Und das weltweit. Zu Recht fordern die Globalisierungskritiker Sozialklauseln in den WTO-Verträgen, etwa durch die Aufnahme der Kernkonventionen der ILO über die Rechte der arbeitenden Menschen und das Verbot von Kinderarbeit. Nicht weniger wichtig ist die Demokratisierung der globalen Institutionen, die wie die WTO heute ihre Verträge zum Teil noch im Geheimverfahren ausarbeiten.

In Fällen globaler wirtschaftlicher Macht-

konzentration ist auch an Sozialisierungen in international koordinierter Form zu denken. Angesichts der Unfähigkeit der globalen Pharmaindustrie, kostenfreie oder zumindest kostengünstige Medikamente für benachteiligte Gebiete dieser Welt bereit zu stellen, wäre zum Beispiel die WHO eine ideale Organisation, um diese Aufgabe zu übernehmen – von Medikamenten zur AIDS-Bekämpfung bis zur eigenen Generikaproduktion.

2.4. Vorrang des qualitativen vor dem quantitativem Wachstum

Die ‚Marktwirtschaft ohne Adjektive‘ pflegt auch einen zynischen Umgang mit der Ökologiefrage. Vor Jahren behauptete Otto Graf Lambsdorff in der NZZ, erst der Freihandel schaffe jenen Wohlstand, „der es den Menschen erlaubt, sich ein genügendes Umweltbewusstsein leisten zu können“. Erst muss also der Markt die Umwelt kaputt zu machen, um dann wieder von ihrer ‚Sanierung‘ zu profitieren. Dass der Markt ökologisch blind ist, leugnen nur die Neoliberalen. Sie tun es vor allem in Zeiten des Klimawandels wider besseres Wissen. Denn der Klimawandel stellt das „größte und weitestreichende Marktversagen dar, das es jemals gegeben hat“. Ich zitiere Nicholas Stern in seinem Bericht für die britische Regierung.

Das herrschende System ist auf Unendlichkeit angelegt, indem es stetiges Wachstum verheißt. Da Wachstum mit Wohlstand und Glück gleichgesetzt wird, kann sich das System immer noch einer Massenloyalität erfreuen. Erst seit den frühen 1970er Jahren wird von den ‚Grenzen des Wachstums‘ gesprochen, da eine endliche Erde ein unendliches Wachstum nicht zulässt. ‚Nachhaltigkeit‘ heißt die Maxime, die ein

weltkonformes Wachstum ermöglichen soll.

Nachhaltig im Sinne der UNO-Definition ist „eine Entwicklung, die gewährleistet, dass die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt werden, ohne Möglichkeiten künftiger Generationen zur Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse zu beeinträchtigen“ (UNCED 1992). In einer Marktwirtschaft bedeutet Nachhaltigkeit, dass die Kosten der Umweltbelastung (von der Luftverschmutzung bis zum Klimawandel) auf die Preise geschlagen werden. Die erneuerbaren Energien werden günstiger, die fossilen Energien teurer. Damit verändern sich auch die Produktionsstrukturen. Ist die Mobilität – wie im fossilen Kapitalismus – zu billig, wird zentrale Produktion rentabel, muss dagegen die Mobilität ihre (Transport-)Kosten decken, wird die dezentrale Produktion günstiger und eine Re-Regionalisierung der Industriepolitik möglich. Die EU sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Was soll der Unsinn, wenn die Milch von München nach Athen gekarrt und dann wieder den Hamburgern als griechischer Joghurt verkauft wird? In den WTO-Verträgen braucht es Ökoklauseln, z. B. für die Durchsetzung der verschiedenen Umweltabkommen, etwa zur Erhaltung der Biodiversität, der Fischbestände, der Meere gegen Verschmutzung usw. Verstöße gegen das Protokoll von Montreal zum Schutz der Ozonschicht oder gegen den Klimaschutzvertrag von Kyoto müssten genauso Handelssanktionen nach sich ziehen wie Verstöße gegen die Wettbewerbsregeln.

Wir müssen Visionen entwickeln, wie wir Wirtschaftsdemokratie mit ökosozialem Umbau der Wirtschaft verbinden können. Ein vom Volk gewählter Wirtschafts- und Sozialrat könnte diesen Umbau durch die Kreditvergabe nach ökologischen und

sozialen Richtlinien steuern. Es ginge um eine ökologische Re-Industrialisierung durch die Förderung von erneuerbaren Energien, Ökosanierungen usw. Wie das fossile Energieregime die Macht- und Profitbasis des Kapitalismus ist, so könnte eine alternative, insbesondere solare Energiegewinnung die technologische Voraussetzung für eine dezentrale, solidarische Wirtschaftsordnung sein. Aber noch hätscheln Regierungen lieber die Autoindustrie, als dass sie die Chance packen, die industrielle Produktion auf geschlossene Stoffkreisläufe umzulenken.

2.5. Vorrang des Friedens vor der Gewalt

Gewalt beginnt, bevor sie ausbricht. Sie beginnt zum Beispiel verbal. So wenn der ‚Killerinstinkt‘ als besonderes Qualitätsmerkmal eines Managers bezeichnet wird. Helmut Maucher, ehemaliger Nestlé-Chef, sagte schon 1991, er habe „das ethische und soziale Gesäusel“ satt. Verlangt seien Manager mit „Kampfwillen“ und „Killerinstinkt“. Von dem aus dem Leben geschiedenen Spross aus dem britischen Bankhaus Rothschild hiess es, er sei halt ein „Familiennmann“ gewesen; um das Unternehmen erfolgreich zu führen, habe ihm der „notwendige Killerinstinkt“ gefehlt. Von einem Unternehmensberater las ich ein geradezu schlagendes Argument für die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU. Er wollte dem „Fischbassin Schweiz“ zur Kräftigung des (Rest-)Bestandes einige „Killerfische“ verschreiben. ‚Ecole de Guerre économique‘ heisst eine Managerschule, die 1997 ihren Betrieb in Paris eröffnete. Ob Krieg auf dem Schlachtfeld oder Wettbewerb auf den Märkten – „die Mechanismen sind etwa die gleichen“, dozierte ein amerikanischer Unternehmensberater in Luzern. Der Mann arbeitet bei

einer Unternehmensberatungsfirma als Direktor der Business-Wargaming-Abteilung.

Gewalt beginnt aber auch mit dem behaupteten Vorrang des Marktes vor der Demokratie. Der Marktfundamentalismus, den die Neoliberalen vertreten, ist wie jeder Fundamentalismus demokratiefeindlich. Absolute Wahrheiten haben in der politischen Auseinandersetzung nichts zu suchen. Sind sie religiös, so fallen sie unter die Obhut der Toleranz. Setzen sie ihren Wahrheitsanspruch über die Demokratie, dann gibt es keine Toleranz gegenüber der Intoleranz.

Beim Befreiungstheologen Franz Hinkelammert habe ich den Begriff „Faschismus des Marktes“ gelesen. Die Probe aufs Exempel macht wieder mal der Wirtschaftsredakteur der NZZ Gerhard Schwarz. Drei Jahre nach der Wende erklärte er vor einem tschechischen Publikum in Prag, es gelte Abschied zu nehmen von der „bequemen“ These, „Marktwirtschaft und Demokratie gehörten zusammen wie Zwillinge“. Er verwies auf Beispiele wie Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan. Besonders angetan hatte es ihm Chiles Militärdiktatur unter General Pinochet, die bekanntlich die neoliberale Ideologie von Milton Friedman und seinen „Chicago Boys“ durchsetzte. Schwarz sprach von einem „wirtschaftspolitischen Modellfall“. Zwar verdanke das Land „seinen Weg zu Marktwirtschaft und Wachstum einer brutalen Diktatur“. Aber der Zweck des Marktes heiligt offenbar jedes Mittel. Ja, Herr Schwarz empfahl diesen „wirtschaftspolitischen Modellfall“ auch den ehemals ‚realsozialistischen‘ Ländern. Ihr Systemwechsel laufe sonst „permanent Gefahr, in einen zum Scheitern verurteilten ‚Dritten Weg‘ zwischen Plan und Markt zu münden“. Dass ‚Marktwirtschaft‘ wichtiger sei als Demokratie, hätte das Weltblatt während der

Zeit des Kalten Krieges in dieser Offenheit niemals zu sagen gewagt.

Aber im Grund ist die Unvereinbarkeit von Kapitalismus und Demokratie eine altbekannte Sache. Schon Ragaz meinte: „Herrschaft des Stärkeren ist doch das Gegenteil von Demokratie. Unser wirtschaftliches System ist seinem Wesen nach Autokratie. Es stellt den Unternehmer dem Arbeiter als Herrn gegenüber. Es schafft im sozialen Leben ein Untertanentum. Es zerteilt das Volk in Besitzende und Besitzlose, Herren und Knechte. Von dieser sozialen Autokratie her wird sich auch eine politische entwickeln.“

Der Neoliberalismus will seine absoluten Wahrheiten aber nicht nur innerhalb von Staaten, sondern auch global durchsetzen. Ragaz analysiert schon 1918 einen Militarismus, der mit dem „Großmachtsystem im Wirtschaftsleben“ zusammenhängt, „sein Schwert und Panzer“ sei. Der Militarismus ist für Ragaz „die notwendige Frucht jener Denkweise, die dieses letzte Zeitalter beherrscht hat, wonach der ‚Kampf ums Dasein‘ die Grundordnung des Menschenlebens [...] sei“.

Heute spricht ‚Accra‘ vom „Imperium“, das seine Interessen mit „wirtschaftlicher, kultureller, politischer und militärischer Macht“ behauptet. Ich zitiere als unverdächtigen Zeugen Thomas Friedman, Sonderberater der ehemaligen US-Außenministerin Madeleine Albright: „Die unsichtbare Hand des Marktes wird ohne sichtbare Faust nicht funktionieren ... Und die sichtbare Faust, die die globale Sicherheit der Technologie von Silicon Valley verbürgt, heißt US-Armee, US-Luftwaffe, US-Kriegsmarine und US-Marinekorps.“

Was sich heute abzeichnet, ist ein Kampf um die knapper werdenden Ressourcen von Öl und Gas. Die USA, die EU, China und Indien beginnen sich für diesen ‚End-

kampf‘ hochzurüsten. Schauplätze dürften der Nahen Osten, das Kaspische Becken oder Zentralasien sein, jener Grossraum also, in dem sich angeblich noch 85 Prozent des Öls und 90 Prozent der Gasvorräte befinden. Wenn, ja wenn wir die Energiewende nicht hinkriegen, d.h. jährlich nicht mehr als 2 Tonnen CO₂ pro Kopf der Weltbevölkerung emittieren.

Ragaz verlangte schon 1918 eine „Weltwirtschaftsordnung“ anstelle eines mörderischen Verdrängungskampfes um Ressourcen, oder eines ‚Standortwettbewerbes‘, wie wir heute sagen; denn zum „Friedenszustand der Völker“ gehöre eine „Weltwirtschaft, die nicht daran orientiert ist, wie die Völker einander am besten berauben und vom Tische Gottes stossen, sondern wie sie einander helfen, damit alle satt werden. Nicht Aufhäufung von Reichtum, von Gütern und Kapital, sondern Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse wird auch das Endziel der Weltwirtschaftsordnung werden [...].“

Der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, wird nicht das Ende der Geschichte sein. Sonst wäre wohl bald einmal die Geschichte selbst an ihrem Ende.

**Vortrag 25./26. Februar beim diesjährigen Studienseminar der Herrnhuter Brüdergemeine in Ebersdorf/Thüringen*

Willy Spieler, geboren am 6. August 1937 in Glarus, aufgewachsen in Glarus und Zürich. Katholisch sozialisiert, vor allem im Benediktinerkollegium Engelberg, dem ich mich nach 5 Jahren in einem ersten emanzipatorischen Anflug entzog. Das Präsidium des Schweizerischen Studentenvereins 1961/62 konfrontierte mich mit dem damaligen Parteikatholizismus. Ich zog den „Skandal“ vor, der SP beizutreten. Nach Juristerei und Philosophie an den Universitäten Zürich und Löwen (Belgien) verfas-

ste ich sozialetische Schriften wie „Kirche und Mitbestimmung“ (1976 hg. von der Nationalkommission Justitia et Pax). Ich vertrat ab 1977 die „Christen für den Sozialismus“ in der Redaktion der



Willy Spieler

Neuen Wege. Sozialismus interessierte mich auch in der Praxis, z.B. in meiner früheren Wohngemeinde Küsnacht, wo ich 1982 bis 1990 Gemeinderat (Fürsorgevorstand) war, oder später im Zürcher Kantonsrat, insbesondere als Präsident der SP-Fraktion (bis 2001). Die Neuen Wege habe ich noch bis zur 100-Jahr-Feier unserer Zeitschrift im Jahr 2006 redigiert.

Predigt über Gen. 8, 22*

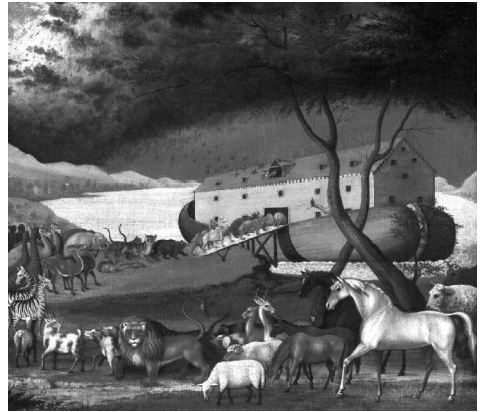
„Solange die Erde steht ...“

Von Reinhard Gaede

Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht.“

Diese Zusage gibt Gott am Ende der Sintflutgeschichte Noah und den Menschen. Die Geschichte ist uns gewiss seit unserm Besuch im Kindergottesdienst oder beim Vorlesen aus der Kinderbibel vertraut. Unsere Enkelkinder spielen mit Holzteilen, die sie zur Arche zusammensetzen, da hinein kommen die Tiere, von jeder Art ein Pärchen. Und als Mobile für die Kinder hängt bei uns die Arche mit dem Regenbogen. Eine schöne Geschichte, deren Worte und Bilder über Jahrtausenden eindrücklich geblieben sind.

Unheimlich aber die Geschichte davor: Die Sintflut. Am Anfang war in Gottes Augen noch alles gut, wie der erste Schöpfungsbericht, geschrieben von Priestern in Babylon, sagt. Gott scheidet Licht und Dunkel, Wasser und Land, schafft den Men-



Edward Hicks, Noahs Arche

schen nach seinem Bild. Das Chaos wird zurückgedrängt. Die Welt erhält den Feiertag, den Schabbat, der zur Schöpfung gehört, den Menschen teilnehmen lässt an der Ruhe Gottes. Dann aber das Unheimliche, nicht Erklärbare. Der Mensch fällt heraus aus der Einheit mit Gott, entfremdet

sich seinem Schöpfer, entfremdet sich seinem Mitmenschen, wird schließlich sich selbst fremd, weil er seine Taten nicht verantworten kann. So erzählt der zweite ältere Schöpfungsbericht zur Zeit des Königs Salomo. Die Urgeschichte deutet die Geschichte der Menschheit. Der Kirchenvater Augustin spricht über die Geschichte vom Sündenfall mitten im Paradies so über Gott und die Menschen:

*„Alles ist dein und ist gut,
weil du, der Gute, es schufst.
Wir aber können nur sündigen:
wenn wir die Ordnung verletzen,
wenn wir statt Deiner
das von Dir Geschaffne zu lieben begehren.“*

Der Mensch gehorcht der Schlange, dem Geschöpf, nicht mehr dem Schöpfer. Er fällt aus der Einheit mit Gott heraus, als er sich selbst zum Zentrum der Welt macht, sein will wie Gott, als er lernen will Nützliches und Schädliches zu unterscheiden, ohne auf die Weisung Gottes hören zu müssen. Die Reaktion Gottes: Gericht: Vertrieben wird der Mensch aus dem Paradies - und doch begleitet wird er noch von der Fürsorge Gottes. Von ihm bekommt er seine Kleider. Nun lebt der Mensch in der zweitbesten Welt. Nicht alles ist mehr gut. Unheimlich das Anwachsen der Bosheit: Der Brudermord des Kain, die Blutrache des Lamech. So deutet die Urgeschichte die Geschichte der Menschheit. Adam, der Mensch, ist aus Erde geschaffen. Erde heißt im Hebräischen Adamah. Und Eva, die Gefährtin, ihm als Partnerin gegeben, steht für Leben, Weitergabe des Lebens, im Hebräischen Chaiah.

„Als aber der Herr sah, dass der Menschen Bosheit groß war auf Erden und alles Dichten und Trachten ihres Herzens nur böse war immerdar“, so beginnt die Geschichte von der Sintflut. Erinnerung an die größten vorstellbaren Katastrophen der Welt und deren

Deutung. Weltweit sind Sagen von größten Flut-Katastrophen verbreitet, mehr als 250, eine der ältesten und bekanntesten ist das Gilgamesch-Epos um 2700 vor Christus. Anders als bei vielen Flutsagen sieht die Urgeschichte also den Grund für das Unheil in der Bosheit der Menschen und anders als bei ihnen wird der Zwiespalt nicht im Rat der vielen Götter, sondern in dem Schöpfer selbst gesehen. Gott sieht seinen ursprünglichen Plan der Liebe vereitelt, seine heilige Liebe zurückgestoßen. Der Mensch, das Geschöpf, hat die Verbindung zum Schöpfer verloren. Die Schöpfung, sein Werk, sieht er missraten. Logisch der Beschluss: Das Missratene muss untergehen.

Hier halten wir inne und werfen einen Blick auf die Zeitereignisse. Nicht mit Plan, aber im Zusammenhang mit gebündelter Wirkung arbeiten Menschen auf die Gefährdung, Verwüstung und das Untergehen von Lebens-Welten hin nach der Devise: Nach uns die Sintflut.

Raubbau an der Natur wurde schon in großem Maße in Antike und Mittelalter betrieben. Schlimm wurde das bei der rasant fortschreitenden Industrialisierung und bei dem raschen Wachstums der Weltbevölkerung, noch schlimmer nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die Bevölkerung wuchs, damit die industrielle Produktion und der Energiebedarf, gleichzeitig wurden Gewässer und Luft verschmutzt, trotz einiger Umweltschutzbemühungen ab 1970. Die Biosphäre verarmte. Tier- und Pflanzenarten, teils durch Fang und Jagd ausgerottet, teils durch Vernichtung ihrer Lebensräume zum Tode verurteilt, starben und sterben in einem Maße aus wie nie zuvor in der Geschichte. Die Bewältigung unserer Umweltkrise wird zu einem zentralen Thema unseres Lebens- und Überlebens. Dazu kamen die Gefahren durch atomare Waffen seit

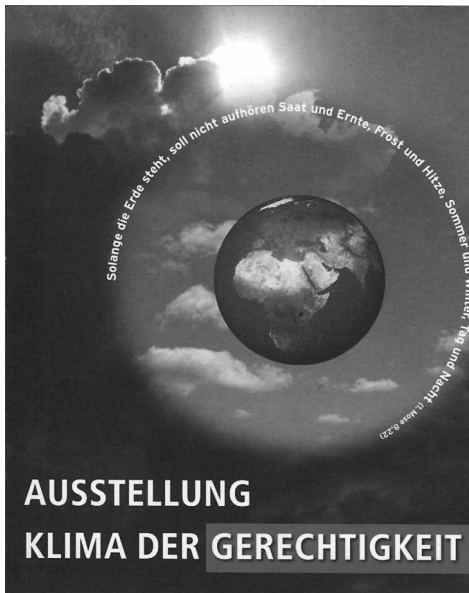
der Zerstörung der Städte Hiroshima und Nagasaki im August 1945. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges konnten sich die USA und die Sowjetunion 60- 40 fach vernichten. Der Ökumenische Rat der Kirchen hat auf seiner Vollversammlung im Februar 2006 in Porto Alegre/ Brasilien die Abschaffung der Atomwaffen gefordert. Die atomare Katastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 hat ein Gebiet von der Größe Bayerns ganz aus der Schöpfung herausgerissen. Tausende Menschen sind gestorben, viele noch heute erkrankt. Die westfälische Kirche hatte 1986 dazu aufgerufen, auf Techniken zu verzichten, deren Anwendung durch menschliches Versagen zu unüberschaubaren Folgen führen kann. Mit Besorgnis verfolgen wir die Meldungen, wie sich der Ölkonzern British Petroleum, BP, lange Zeit vergeblich bemüht, die von ihm verursachte Ölpest vor den Küsten der USA zu stoppen. Die Bilder von sterbenden, vom Öl verschmierten Vögeln, die Gesich-

ter verzweifelter Fischer sind eine stumme Anklage.

Die Bilder der Ausstellung der Vereinigten Evangelischen Mission, VEM, der Missionsgesellschaft unserer westfälischen Kirche, die im Haus der Kirche zu sehen ist, sind ebenfalls bedrückend.

Der Klima-Wandel ist deutlich zu sehen, und er wird vom Menschen verursacht mit deutlich sichtbaren Schäden: Der Kilimandscharo verliert seine Gletscher. Der so genannte „weiße Berg“ mit Eis im heißen Land Tansania wird keinen Schnee mehr haben. Dadurch steigen die Durchschnittstemperaturen. Fernsehbilder zeigen in der Antarktis Eisbären ebenso wie Eskimos, die sich nicht mehr auf sicherem Eis bewegen können. Eisbären ertrinken, Jäger können nicht mehr jagen. In der Südsee fliehen schon Menschen vor den Folgen der Überflutung ihrer Heimat. Auch tief liegende Staaten wie Bangladesch oder Holland sind bedroht. In den trockenen Gebieten breitet sich Dürre aus, oder es kommt zu Überschwemmungen

Der Klimawandel trifft Mensch und Natur weltweit in einem Ausmaß, das historisch ohne Beispiel ist. Die Lebensgrundlagen und das Wohlergehen von Millionen Menschen, besonders in den Entwicklungsländern, sind extrem gefährdet. Der Klimawandel ist kein Schicksal; er ist Folge eines Mangels an Verantwortung, eines Mangels an Gerechtigkeit gegenüber den besonders betroffenen Menschen in Entwicklungsländern, den indigenen Völkern, nachfolgenden Generationen und der Schöpfung. Die Bekämpfung des Klimawandels ist der zentrale Prüfstein für eine solidarische Weltgesellschaft; eine Weltgesellschaft, die lernen muss, mit den allen Menschen zur Verfügung stehenden Gemeinschaftsgütern verantwortungsbewusst und gerecht umzugehen.



Die Sintflutgeschichte ist also für uns heute eine aktuelle Geschichte, sie enthält das Wissen: Es kann eine Zerstörung der Erde geben.

Doch dann das leuchtende Zeichen: Der Regenbogen. Das Zeichen: Gott hat sich geändert, hat seinen Zorn hinter sich gelassen. Er toleriert den Menschen auch in seiner Bosheit. Er schließt einen neuen Bund mit Noah, und alle Menschen sind einbezogen und ebenso Tiere und die ganze Erde.

Wie Jesus später sagt: Gott lässt seine Sonne scheinen über Gerechte und Ungerechte. Ein neuer Anfang mit seiner Schöpfung. Seine Geduld gilt allen Menschen.



John Everett Milais:
Die Rückkehr der Taube zur Arche (Gen 8, 12)

Seine Liebe gilt Israel, seinem auserwählten Volk, durch das er der ganzen Menschheit seine Botschaft kundtun will. Und als sein Volk untreu wird, schickt er immer wieder seine Boten, die Propheten. Zuletzt seinen Sohn, der sein Leben opfert, um die Liebe Gottes zu überbringen. Die Menschen, mit denen Gott seinen Bund schließt, haben alle ihre Fehler und Schwächen: Mose, der den Befreiungszug führen darf, hatte einen der Unterdrücker seines Volkes erschlagen. Sara, die die Mutter des Gott-esvolkes werden soll, hatte ungläubig gelacht über die Worte der Verheißung. David, der König nach dem Herzen Gottes hatte Ehebruch begangen und seinen Nebenbuhler sogar in den Tod schicken lassen. Petrus hatte seinen Freund und Lehrer verleugnet, Judas ihn verraten.

Die Geduld und Treue Gottes hat kein Ende trotz aller Schuld der Menschen.

Gott hat seinen Sinn geändert und will aller Welt das Leben garantieren: Blicken wir auf den ungeheuren Leichtsinn und die Verantwortungslosigkeit in Politik und Wirtschaft, sehen wir, dass Gott ganze Regionen bisher vor dem Schlimmsten bewahrt hat. Zwischen 1950 und 1980 wurden 32 Unfälle mit US-amerikanischen Kernwaffen bekannt, radioaktive Verseuchung in mehreren Fällen festgestellt. Noch ist die Welt da trotz allen Vernichtungspotentials, das sie hätte schon zerstören können. „Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht“, hat Gott verheißen. Die chaotischen Elemente der Zerstörung sind immer noch da, aber sie sollen den Bestand der Welt nicht gefährden. Der Rhythmus der Jahreszeiten und der Tage sind ein Hinweiszeichen für die Erhaltung der Welt durch Gottes Güte.

Und der Mensch? Er soll Antwort geben und diesem Bund treu bleiben. Immer

wenn die Bibel von Schöpfung spricht, ist zugleich gesagt, dass Menschen, Pflanzen, Tiere zusammengehören und der Mensch den Auftrag hat, die Erde wie einen Garten „zu bebauen und zu bewahren“ (1. Mose 2, 15). Diese Perspektive der christlichen Tradition brauchen wir heute mehr denn je. Das ökonomisch eng geführte Denken sieht nur den Grad der Verwertung: Wald als Festmeter Holz, Flüsse als Abwässer-Kanäle, Meere als Gelegenheit für Öl-Bohrungen. Aber die Natur ist nicht das Objekt menschlicher Begierde. Nach biblischem Zeugnis sind Menschen, Pflanzen und Tiere Lebewesen der Schöpfung, aufeinander angewiesen. Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung – Diese Selbstverpflichtung der ökumenischen Christenheit ist die rechte Antwort auf Gottes Treue unter dem Regenbogen.

Die Bibel öffnet uns die Augen für die Schönheit. Schon die Blumenpracht auf eine Landes- oder Bundesgartenschau kann uns die Augen öffnen für die Treue des Schöpfers. Alle Schönheiten der Welt und alle Gaben für die Grundbedürfnisse alles Lebendigen kommen von Gott.

Der Regenbogen erinnert uns an das dreifache Zeugnis der Bibel, wenn wir fragen: Was bedeutet die Natur für uns? Erst wenn uns klar wird, was sie uns bedeutet, wird uns auch klar, dass wir mit allen Kräften sie vor Verwüstung und Zerstörung bewahren müssen.

„Die Himmel erzählen die Ehre Gottes, und die Feste verkündigt seiner Hände Werk. Ein Tag sagt's dem andern und eine Nacht tut's kund der andern.“ Ps. 19. Der Psalmist hört die verborgene Stimme, die Stimme im Schweigen. Sie preist die Herrlichkeit Gottes, erzählt von der Ehre des Schöpfers. In alle Länder dringt die Kunde der göttlichen Weltordnung als eine Richtschnur; die Bahnen der Himmelskörper, der Wech-

sel von Tag und Nacht sind sprechend für diese Ordnung, aufrufend zum Lob des Schöpfers. Nicht stumm ist die Materie. Der Gang der Sonne spiegelt Situationen menschlicher Lebensfreude, so belebend wie sie ist. Wir sollen die Schönheit der Schöpfung bemerken, Ehrfurcht vor dem Leben empfinden und eben darin den Schöpfer loben. Das Lob Gottes zieht in die Dankbarkeit über die Gabe des Lebens in die Freude am Leben.

Und doch gibt es Tragik und Traurigkeit. Davon spricht der Apostel: *„Denn das ängstliche Harren der Kreatur wartet darauf, dass die Kinder Gottes offenbar werden. Die Schöpfung ist ja unterworfen der Vergänglichkeit – ohne deren Willen, sondern durch den, der sie unterworfen hat – doch auf Hoffnung; denn auch die Schöpfung wird frei werden von der Knechtschaft der Vergänglichkeit zur herrlichen Freiheit der Kinder Gottes. Denn wir wissen, dass die ganze Schöpfung bis zu diesem Augenblick mit uns seufzt und sich ängstet.“* (Römer 8,19-22) Mensch und alle Kreaturen sind miteinander verbunden zur Gemeinschaft der Hoffnung, aber auch zur Gemeinschaft des Leidens. Das Gesetz der Endlichkeit und des Vergehens ist wie eine schwermütige Melodie. Neben jubelndem Leben stummer Tod. „Das Gras verdorrt, die Blume verwelkt.“ Ewigkeit hat allein Gott und sein Wort (Js. 40,8). Und doch preist Jesus die Lilien auch dem Feld und sagt: Nicht einmal Salomo in aller seiner Herrlichkeit war gekleidet wie sie. So sind die Blumen Symbole für beides: Für die Vergänglichkeit und Herrlichkeit des Lebens in der Schöpfung. Es gibt Grenzen des Geschöpfes, das zwischen Angst und Mut auf seinen Schöpfer angewiesen bleibt. In ihrem Seufzen wartet die Kreatur auf die Erlösung des von ihr entfremdeten Menschen, wartet mit dem Menschen auf

Erlösung von dem Gesetz der Vergänglichkeit.

Die Erlösung wird Mensch und Natur betreffen, den ganzen Kosmos. Davon spricht der Prophet: *„Und ich sah einen neuen Himmel und eine neue Erde; denn der erste Himmel und die erste Erde sind vergangen, und das Meer ist nicht mehr ... Und er zeigte mir einen Strom lebendigen Wassers, klar wie Kristall ... und auf beiden Seiten des Stromes Holz des Lebens, das trägt zwölfmal Früchte, jeden Monat bringt es seine Frucht, und die Blätter des Holzes dienten zur Heilung der Völker.“* (Offb. 21,1; 22, 1–2) Mensch und Natur werden von Vergänglichkeit und Verderbtheit erlöst. Die durch die Sünde des Menschen verderbte Schöpfung ist nun durch die neue Schöpfung überboten. Das Meer, Symbol des Chaos, hat aufgehört zu sein. An Stelle der bösen Stadt tritt die heilige ewige Gottesstadt. Sie bringt den Himmel auf die Erde. In ihr erlöst Gott von Tod und Schmerz. Die ursprüngliche Herrlichkeit der Schöpfung strahlt auf: Kristallklares Wasser, Fülle der Früchte für alle Zeit, heilende Blätter. Die Erlösung zeigt eine Heilung der verdorbenen und zerstörten Natur und lässt die neue Schöpfung Quelle der Heilung für den Menschen sein.

Weil im Kommen Christi das Reich Gottes beginnt, sprechen die Geschichten

über Jesus von einer Teilnahme der Schöpfungselemente und Kreaturen an seinem Weg. Löwen und Schafe, Kinder und Schlangen sieht der Prophet Jesaja in Frieden beieinander wohnen, Engel und Sterne, Menschen und Tiere – so sieht es der Evangelist – sind bei dem Kind. Die Erde erbebt, als Jesus stirbt, sie erbebt wieder, als Christus aufersteht. Die Sonne verfinstert sich, als er seine Augen schließt, sie geht auf, als er aus dem Grab steigt. Erlösung ist Erlösung der Welt nicht nur des Menschen, Und jetzt in den Sakramenten werden Gaben der Schöpfung Brot und Wein, Wasser und Licht Träger erlösender Kraft, Wahrzeichen der Erlösung.

Was bedeutet die Natur für uns? Warum sollen wir sie bewahren? Wenn wir Gott in seinem Wort hören, hören wir auch wieder seine Schöpfung reden. Sie wird von der Herrlichkeit des Schöpfers erzählen. Sie wird mit uns seufzen unter dem Gesetz der Vergänglichkeit. Sie wird reden von der unzerstörbaren Hoffnung auf seine Erlösung und von unserm Auftrag, die Schöpfung zu bewahren. Amen

**Im Rahmen der Veranstaltungen des Kirchenkreises Herford zur Ausstellung „Klima der Gerechtigkeit“ wurde der Gottesdienst am 4.7.2010 in der reformierten Petri-Kirche, Herford, gehalten.*

Stimmen im Gottesdienst:

Wir sind dankbar für die kleinen und großen Schritte, die zur Eindämmung des Klimawandels schon gegangen wurden und die uns weiter führen:

- Nicht nur die Kirchen haben die Aufgabe erkannt und aufgegriffen, Lobbyarbeit für unser Klima zu betreiben.
- Kirchliche Werke wie Brot für die Welt und Misereor arbeiten schon lange in dem Agenda-Prozess für Umwelt und Entwicklung zusammen mit anderen Gruppen, um die deutsche Politik zum Umdenken zu bewegen.
- Sowohl in der Eine-Welt-Arbeit wie auch in den vielen Umweltgruppen von Greenpeace bis zum BUND haben sich viele Menschen auf den Weg gemacht, um den Klimawandel zu stoppen.

Für Kinderrechte in Honduras

Von Jürgen Schübelin

Elmer Villeda ist kein Mann, dem man so schnell Angst einjagen kann. Dafür hat er in seinem Leben schon zu viel miterlebt und gesehen: Als Arzt der honduranischen Marine während der heimlichen US-Operationen zur militärischen Unterstützung der Contra gegen die damalige sandinistische Regierung von Nicaragua oder danach als Verantwortlicher für ein Projekt mit hochtraumatisierten Kindern – und nun seit über zehn Jahren als Direktor des Kindernothilfe-Programms in Honduras, dem Land, in dem – gemessen an seiner Einwohnerzahl – die weltweit höchste Zahl an Kindern und Jugendlichen Opfer von Morden und anderen Gewaltverbrechen werden.

Dr. Villeda ist, was man mit Fug und Recht einen Kinderrechts-Aktivisten nennt. Und für ihn war das, was sich – unter Kinderrechts-Aspekten analysiert – seit dem 28. Juni des vergangenen Jahres in dem kleinen mittelamerikanischen Land abspielte, ein einziger Alptraum: „Dieser Putsch gegen die verfassungsmäßige Regierung und der anschließende, erbittert geführte Kampf um die Macht im Land, hat in Honduras niemandem mehr Schaden zugefügt als den Hunderttausenden von Kindern in Lebensbedingungen von Armut und extremer Armut!“ Die ersten drei Wochen nach dem Staatsstreich und der nächtlichen Deportation von Präsident Mel Zeleya ins Nachbar-Land Costa Rica, mit schwer bewaffneten Militärs auf den Straßen und der Verhängung von Ausgangssperren, waren, erinnert sich Villeda, eine Phase, „in der wir jeden Moment mit

allem rechnen mussten, bis hin zu einem Blutbad an den Anhängern der gestürzten Regierung.“

Das Regime des Putsch-Präsidenten Micheletti ließ den Menschen nach der Verkündigung von überraschenden Ausgangssperren an mehreren Tagen gerade einmal 30 Minuten Zeit, um sich in Sicherheit zu bringen und sorgte damit vor allem in den großen Städten Tegucigalpa, San Pedro Sula oder La Ceiba für Szenen unbeschreiblicher Panik: „Schulkinder hatten keinerlei Chance, rechtzeitig nach Hause zu kommen, der Verkehr kollabierte und Tausende Kinder und Jugendliche irrten verzweifelt durch die Straßen, auf der Suche nach einem Unterschlupf.“ Noch gefährlicher stellte sich die Lage für die Straßenkinder in den großen Städten dar: „Sie bekamen vielfach gar nicht mit, dass schon wieder ein ‚toque de queda‘ verhängt wurde und erreichten ihre Verstecke in verlassenem Häusern, auf Baustellen oder unter Brücken nur mit größter Mühe. Dort waren sie dann bis zu 48 Stunden zusammengepfercht, ohne Nahrungsmittel oder Wasser, immer in Angst, den Soldaten oder schwer bewaffneten Zivilpatrouillen auf den Straßen in die Hände zu fallen.“

Die renommierte Kinderrechtsorganisation „Casa Alianza“ mit ihrem Schutzhaus- und Rechtshilfe-Programm für Straßenkinder mitten im Stadtzentrum von Tegucigalpa reagierte in dieser dramatischen Lage beherzt und konsequent - und öffnete ihre Türen Tag und Nacht für Kinder, die verzweifelt einen sicheren Unterschlupf suchten. Spenden aus Deutschland ermöglichten im Rahmen eines Humanitäre-Hilfe-Projektes die Beschaffung von großen Men-

gen zusätzlicher Lebensmittel und Decken. Campiert wurde auf dem ganzen Gelände des Schutzhauses. „Inmitten dieses Elends hat es uns sehr gefreut, dass viele Kinder, die in größter Not Hilfe erfahren haben, inzwischen beschlossen haben, nicht mehr zu dem Leben auf der Straße zurück zu kehren, sondern in dem Projekt zu bleiben“, sagt Elmer Villeda.

Eine ganz ähnliche Schutzhaus-Funktion mussten in den Wochen nach dem Putsch auch andere honduranische Projektpartner von Kindernothilfe übernehmen, etwa gegenüber arbeitenden Kindern, die nach den überraschend verhängten Ausgangssperren ebenfalls keinerlei Möglichkeit mehr hatten, sicher nach Hause zu kommen.



Dr. Elmer Villeda mit Straßenkindern

Mit welcher Brutalität die neuen Machthaber mit Kindern und Jugendlichen umgingen, deren sie – beispielsweise im Zusammenhang mit Protestaktionen gegen das Micheletti-Regime – habhaft wurden, dokumentiert eine Liste, in der ein Netzwerk der honduranischen Kinderrechts-Organisationen 79 gravierende Fälle von bewussten Rechts-Verletzungen an Kindern detailliert beschreibt. Da ist beispielsweise der Fall eines kleinen Jungen, der in Hand-

schellen an einen Stuhl gefesselt, verhört und misshandelt wird – oder die Tatsache schwerer Verletzungen durch Schusswaffen, Knüppel, Fußtritte und Faustschläge, die Kinder erlitten haben.

Für Elmer Villeda gibt es in diesem Zusammenhang allerdings auch keine Entschuldigung dafür, dass Erwachsene, die sich entscheiden, an einer Protestaktion gegen die Putsch-Regierung teilzunehmen, dafür ihre Kinder mitnehmen: „Es macht mich einfach zornig, dass immer wieder auch ganz kleine Kinder mitgeschleppt und für die spektakulären Fotos instrumentalisiert werden, obwohl alle Beteiligten wissen, dass die Gegenseite Wasserwerfer, Tränengas, Knüppel und Schusswaffen einsetzen wird.“

Doch auch jenseits der offenen Repression, der immerhin mit einigen internationalen Protesten verbundenen Inhaftierung von Kindern und Jugendlichen nach Razzien und Demonstrationen, ist der Schaden, den der Staatsstreich vom 28. Juni 2009 den Schwächsten in dem ohnedies bitterarmen Land zugefügt hat, bislang nicht einmal annähernd zu beziffern: „Die Aussetzung der zwischenstaatlichen und multinationalen Entwicklungshilfe für Honduras, mit der die Regierungen und UN-Organisationen versuchten, Druck auf das Micheletti-Regime auszuüben“, sagt Dr. Villeda, „hat in den allermeisten Fällen nur die Allerschwächsten getroffen – und zum Zusammenbruch von Sozial-, Bildungs- und Gesundheits-Programmen geführt, welche die neuen Machthaber ohnedies nicht interessieren!“

Dieser Rückfall in die dunklen Jahre der Militärregimes in Lateinamerika, die Tatsache, dass sich die Putschisten mit ihrem Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung letztlich durchgesetzt haben – und die Wahl des neuen konservativen Präsi-

denten Porfirio Lobos, Ende 2009, bis ins letzte Details nach den vom Micheletti-Regime gesetzten Regeln stattfand, ist für das vierköpfige Team von KNH-Honduras aber auch ein Beleg dafür, wie fragil das Gefüge der Menschenrechte insgesamt ist. „Für uns“, sagt Elmer Villeda, „ist es eine bittere Erkenntnis, uns eingestehen zu müssen, wie wenig die Sache der Kinder in einer solchen Krise zählt. Im Vordergrund stehen die Interessen der Unternehmer, der Familien mit den großen Ländereien, der Politiker, der Militärs, der Leute im Staatsapparat – niemand von den Mächtigen in diesem Land hat sich in den zurückliegenden Monaten für die Rechte der Kinder interessiert.“

Der einschlägige Beleg für diese Kritik ist nach Meinung des Kinderrechtsaktivisten die überraschende Entscheidung des Micheletti-Regimes, Mitte Oktober 2009 alle öffentlichen Schulen im Land zu schließen und die Kinder – über zwei Monate vor dem offiziellen Schuljahresende – in die Zwangsferien zu schicken, um auf diese Weise den diversen Protestaktionen der Lehrgewerkschaften ein Ende zu bereiten. „Das einzige, was die Regierung auf diese Weise erreicht hat, ist, die Armut zu vergrößern“, ereifert sich Dr. Villeda. „Die Kinder verlieren nicht nur das Schuljahr, sondern auch die Möglichkeit der Schulspeisung, und sie bleiben wochenlang sich selbst und der Straße überlassen.“ Mit einem groß angelegten Sommer-Schul-Programm, an dem sich fast alle der von Kindernothilfe in Honduras geförderten Projekte und Einrichtungen beteiligen, versucht das KNH-Team in Tegucigalpa, ein Zeichen zu setzen und die Folgen des Unterrichtsausfalls für die betroffenen Mädchen und Jungen durch ein buntes Angebot von Workshops, Sport- und Kulturveranstaltungen zu reduzieren.

Was war für Elmer Villeda und sein Team in diesen dramatischen Monaten seit dem 28. Juni der schwierigste Moment? „Am meisten betroffen gemacht hat uns dieses Gefühl des Alleingelassen-Werdens, von den meisten anderen Kinderrechtsorganisationen und Netzwerken im Land, mit denen wir befreundet sind und mit denen wir teilweise seit Jahren intensiv zusammenarbeiten. Dann, als es darauf ankam, haben wir so wenig Rückhalt erfahren,“ antwortet der KNH-Honduras-Direktor. Als Reaktion auf die offene Repression gegen Kinder und Jugendliche sowie auf den Tod eines Jungen bei einer Kundgebung in der Umgebung des Flughafens von Tegucigalpa im Juli 2009 hatte die Kindernothilfe-Honduras eine großformatige Anzeige in verschiedenen Tageszeitungen geschaltet und im Internet veröffentlicht, in der die Konfliktparteien eindringlich aufgefordert wurden, die Kinderrechte zu achten und den Schutz der Kinder in jeder Situation bedingungslos zu gewährleisten. „Wenn sich andere Organisationen an diesem Aufruf beteiligt hätten, wenn wir mehr gewesen wären, die sich an die Öffentlichkeit wandten, wäre es möglich gewesen, der Gewalt wirkungsvol-



Casa Alleanza

ler entgegen zu treten“, resümiert Elmer Villeda.

Die Erfahrungen dieser Monate haben die Arbeit vieler Nichtregierungsorganisationen in Honduras aber auch das kleine KNH-Team vor Ort verändert: „Wir sind uns bewusst geworden, wie schwach wir als Vertreter der Zivilgesellschaft sind, um einer Krise dieses Ausmaßes zu begegnen, und wie schwer es ist, selbst Organisationen, die uns am nächsten stehen, dazu zu bewegen, ihre Meinung lautstark zu sagen, sich einzumischen, Zivilcourage zu zeigen.“ Trotzdem gibt es für Elmer Villeda auch positive Aspekte im Blick auf die politische Zukunft in Honduras: „Es ist gut, dass das Thema der Menschenrechtsverletzungen in unserem Land auch international wieder mehr Aufmerksamkeit erfahren hat und den Menschen in Honduras bewusst wurde, welchen Wert einem Leben in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zukommen.“

Richtig stolz ist der Arzt und Kinderrechts-Aktivist aber vor allem darauf, dass es – auch nach Meinung zahlreicher internationaler Beobachter – nicht der Druck der Regierungen aus aller Welt war und auch nicht die unzähligen, am Ende allesamt gescheiterten Vermittlungs- und Verhandlungsbemühungen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) oder der

Vereinten Nationen, die dem Putsch-Regime den wirkungsvollsten Widerstand entgegen zu bringen vermochten, sondern die Gegenwehr der kleinen Leute aus Honduras und ihrer unterschiedlichsten Organisationen: „Wir werden mit aller Kraft weiter daran arbeiten“, versichert Dr. Villeda, „dass gerade auch das Engagement für die Kinderrechte als Beitrag zur Wiederherstellung der Demokratie seine Wirkung zeigt!“

Jürgen Schübelin ist von Beruf Sozialwissenschaftler (M.A.) und außerdem gelernter Tageszeitungsredakteur (Badische Zeitung, Freiburg). Er hat 12 Jahre lang in Lateinamerika als Entwicklungshelfer für EIRENE, Brot für die



Jürgen Schübelin

Welt und die AGEH gearbeitet, war nach seiner Rückkehr nach Deutschland anderthalb Jahre als Redakteur beim „überblick“ in Hamburg tätig, ehe ihn die Kindernothilfe im Oktober 1999 zu ihrem Lateinamerika- und Karibik-Referatsleiter berief. Mitglied beim BRSD ist er ebenfalls seit 1999 – und lebt mit seiner Familie in Duisburg. Zur Zeit arbeitet er im Katastrophengebiet Haiti.

Der überwiegende Teil der honduranischen Bevölkerung gehört zu den Mestizen, Nachfahren von europäischen Einwanderern und den Ureinwohnern des Landes. Sie stellen etwa neunzig Prozent der Bevölkerung. Die Übrigen sind Ureinwohner (sieben Prozent), Afrikaner (zwei Prozent) und Europäer (ein Prozent). An der Nordküste lebt eine weitere Volksgruppe, die sich eine vollständig eigenständige Kultur und Sprache bewahrt hat: Die Garifuna, die indianische und afrikanische Vorfahren haben, leben vor allem in Küstendörfern an der gesamten Karibikküste von Honduras Belize und z. T. Nicaragua und Guatemala. Der Name Honduras kommt von dem spanischen Wort hondura, welches Tiefe bedeutet. Die Bevölkerung konzentriert sich auf das Hochland im Nordwesten, das Gebiet um Tegucigalpa sowie den pazifischen Süden. (Wikipedia)

REZENSIONEN

„Herrlichen Tagen führe Ich euch noch entgegen!“

Gerd Fesser: *„Herrlichen Tagen führe Ich euch noch entgegen!“ – Das wilhelminische Kaiserreich 1890–1918, Donat-Verlag Bremen 2009, 286 S. geb. € 18,50*

Von Friedrich W. Bargheer

Warum schreibt 2009 jemand ein Buch über Kaiser Wilhelm II. und seine Ära? Wohl deswegen, weil auch das, 90 Jahre danach, immer noch zu dieser deutschen Vergangenheit gehört, die nicht vergehen will. Für die Aktualität spricht z.B. auch Detlev Beines gerade in Weimar erschienene Studie „Ist Kaiser Wilhelm II. schuld am Irakkrieg?“ Und wer die Debatten um den Völkermord an den Armeniern verfolgt, wird nicht verdrängen können, dass das Deutsche Kaiserreich nicht nur als Teil damaliger Rahmenbedingungen mit verstrickt war. - Dies war auch nicht der erste Völkermord im 20. Jahrhundert. Was Kaiser, Reich und ihre militärisch verlängerten Arme ab 1904 in Deutsch-Südwest anrichtet haben, damit muss sich bis heute jede Bundes-Entwicklungsministerin auseinandersetzen, die Namibia oder die Südafrikanische

Republik besucht. Fesser beschreibt die Ereignisse S. 90ff. und kommt (91) zum Ergebnis: „Es war Völkermord“. Da hapert's immer noch an einer deutsch-afrikanischen Wahrheitskommission – mit Geld oder Wirtschaftshilfen lassen sich die stolzen Herero und Nama ihre noch immer offenen Wunden nicht zupflastern. Und es hilft der deutschen Seite nach vier Generationen überhaupt nicht zu beteuern „Ich war's nicht.“ Wie auch? Nur in gemeinsamem Erinnern, nach dem in Südafrika jüngst erprobten Aussöhnungsmuster, könnte Solidarität mit den Nachkommen der Leidenden von damals versöhnend wirken. Es ist ja pure Verdrängung, wenn wir heutigen meinen, nichts mehr mit Wilhelm und seiner Ära zu tun zu haben. Freilich gehören wir seit '68 nicht mehr zur Generation „Untertan“, der Heinrich Mann ein literarisches Denkmal gesetzt hat. Das Schicksal Wilhelms, den die Mama wegen seiner Körperbehinderung nicht lieb hatte - und daraus wurde die viel schlimmere Behinderung der Emotionen, ist nicht jedermanns Geschick. Aber besitzt, was



Felix Schottlaender über die „Mutter als Schicksal“ geschrieben hat, als Phänomen nicht allgemeine Relevanz? Wie eine unheilvolle Wolke liegt seit Generationen über Deutsch- und Preußen-Land diese Tradition der Gefühllosigkeit, Indolenz, Verdrängung, Verstocktheit und seelischen Verrohung – vom Soldatenkönig über seinen Sohn, den Alten Fritz, den „guten“ Kaiser (Wilhelm I) bis zu seinem unglücklichen Enkel und darüber hinaus. Diese Saat sollte aufgehen zur apokalyptischen Ernte in Gestalt von Führer, totalem Krieg (keine „Erfindung“ von Goebbels – der war nach Fesser durch warlords des Ersten Weltkriegs inspiriert!), SS und Holocaust ...

Krieg bedroht eben das Humanum im Kern und von Grund auf. Nach 1918 haben sich selbst nobelpreis-gekrönte Häupter der Weimarer Republik renitent geweigert, sich von den deutschen Gräueln zum Beispiel in Südwest, in Belgien, Frankreich (Giftgas-Einsätze) und Tsingtau/China (Boxer-Aufstand) zu distanzieren – merkwürdige Blaupausen eines gruseligen Urtyps „deutschen Wesens“, an dem nach der Vorstellung der Hauptmatadoren von damals die ganze Welt genesen sollte – diese Stoecker, Har-nack – aber eben auch Planck, Thomas Mann und andere Pa-

trioten, von denen wir heute lieber anderes lesen würden, als bei Fesser steht.

Alexander Mitscherlich hat uns das Phänomen als „Unfähigkeit zu trauern“ ins Stammbuch geschrieben, Oskar Hammelsbeck hat sich, bezogen auf „Kirchlichen Unterricht“, gleich nach 1933 im Kirchenkampf über die merkwürdige Indolenz protestantischer Amtsträger gewundert – auch sie: überwiegend Untertanen, Mitläufer?

Das lässt sich nicht alles einfach Wilhelm „anhängen“, Fesser tut das auch nicht. Mag sein literarisches Historiengemälde mit der gebührenden methodischen Abständigkeit geschrieben sein – ohne innere Parteinahme des Gemüts wäre das Buch, das Unmengen Quellen und ausgewählte Literatur verarbeitet, nicht möglich. An einer Stelle sehe ich sogar Sympathie durchschimmern: bei der biographischen Miniatur über Philipp Scheidemann S. 212ff, der sich am 9. November 1918 ein Herz fasste, sich auf den Balkon des Reichstags stellte und ausrief: „Es lebe die deutsche Republik!“ Da war der Kaiser schon fort, Ebert Reichskanzler, und in Kiel hatten Matrosen Soldatenräte gebildet.

Man braucht nur einmal ins Kirchliche Jahrbuch von, sagen wir, 1920 zu blicken, und es wird klar: Kaum jemand



Der Autor

Dr. Gerd Fesser, Jg. 1941, Historiker und Publizist, veröffentlichte zahlreiche Bücher, Schriften und Studien zur deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, darunter eine Biographie des Reichskanzlers Bismarck, Darstellungen zur deutschen „Welt-politik“ der Jahre 1897-1914 und zum preußisch-französischen Krieg von 1806/07, Aufsätze in der „ZEIT“ sowie in Fachzeitschriften und Sammelbänden. Fesser lebt in Apolda. Im Donat Verlag erschienen von ihm „Von der Napoleonzeit zum Bismarckreich“, „Der Traum vom Platz an der Sonne“ sowie die vom ihm herausgegebenen und kommentierten Aufzeichnungen des ehemaligen Hofmarschalls Wilhelms II. „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhof“ von Robert Graf von Zedlitz-Trützschler.

Donat Verlag
Borgfelder Heerstraße 29
D-28357 Bremen
Telefon: (0421) 1733107
Telefax: (0421) 275106
E-mail: info@donat-verlag.de
www.donat-verlag.de



hat sich damals vorstellen können, daß und wie nach dem Umbruch November 1919 Leben in Deutschland, auch in der Kirche, überhaupt weitergehen könne. Es ist dann ja auch noch knüppeldick gekommen ...

So weit einige Schlaglichter auf ein wahres Kabinett-Stück gegenwärtiger deutschsprachiger Geschichtsschreibung, auf eine literarisch qualifizierte Lektüre ohne unnötige Verdoppelung der längst vorliegenden Beurteilungen von Personen und Epoche. LeserInnen profitieren vom souveränen Umgang mit Quellen und Sekundärliteratur und von der geglückten Komprimierung der Stoffmengen. Gliederung und Komposition überzeugen. In fünf Kapiteln wird die Bündelung der Daten und Fakten präsentiert: (1) Der Namensgeber: Kaiser Wilhelm II. S. 9ff. (2) Europäische Rahmenbedingungen 40ff. (3) Strukturen und Ereignisse des Kaiserreichs 74ff. (4) Deutschland im Ersten Welt-

krieg 140ff. (5) Gestalten der Kaiserzeit 193ff.

Bilanz gezogen wird auf anderthalb Seiten 222f.: „Das Kaiserreich ist im Gefolge eines Krieges entstanden und im Gefolge eines Krieges untergegangen. Dazwischen aber hat es den Deutschen die lange Friedensperiode der Jahre 1871 bis 1914 gebracht. In dieser Zeit gab es ein stürmisches Wirtschaftswachstum, große Leistungen und Erfolge der Wissenschaft und ein reiches künstlerisches Leben ... – Neben auftrumpfendem Kraftgefühl und ungebremster Aggressivität“ (gab es aber) „ein tief sitzendes Gefühl von Angst und Unsicherheit“.

Mit Fessers Buch haben wir eine über Lob erhabene Publikation in der Tradition bester deutschsprachiger Geschichtsschreibung. Zugleich ein Plädoyer für den Segen des Friedens. Doch damit nicht genug: Fessers Darstellung verstrickt dich beim Lesen; das Buch liest sich einfach so gut!

Die Linke im Epochenumbruch

Edelbert Richter, Die Linke im Epochenumbruch. Eine historische Ortsbestimmung, VSA, Hamburg, 2009, 302 Seiten.

Von Ulrich Duchrow

Von 1990–2002 war der Vf. als SPD-Abgeordneter Mitglied des Deutschen Bundestages. Davor gehörte er in der DDR der Bürgerrechtsbewegung an, der die friedliche Revolution gelang. Angesichts des Verrats

der SPD an den demokratischen und sozialen Zielen der Arbeiterbewegung unter Gerhard Schröder, wandte er sich von seiner Partei ab und versucht in diesem Buch, mit Hilfe einer gründlichen Reflexion über Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Linken herauszufinden, welche Chance die gegenwärtige Krise bietet, um mit Hilfe einer sozialen und ökologischen tief greifenden Erneuerung des demokratischen Sozialismus zur Abwendung der voraussehbaren Katastrophe für Menschheit und Erde beizutragen.

Mit beeindruckender, souveräner Kenntnis sowohl der historischen Zusammenhänge wie auch der politischen und ökonomischen Theorien weist er nach, dass der herrschende Neoliberalismus nach der gleichen Logik funktioniert, wie der „Realsozialismus“. Beide fragen nicht nach dem Ergehen der konkreten Menschen und der Erde. Er sagt deshalb diesem System den gleichen Untergang voraus, wie ihn der Leninismus erfahren hat – freilich unter großen Gefahren, da die USA eine Dominanz erlangt haben, die der SU nie beschieden war, und sich außerdem die ökologische Situation weiter zuspitzt hat.

Er schlägt der Linken vor, sich auf die Europäische Union zu konzentrieren, die im Prinzip zurzeit die einzige

Kraft ist, die der Herrschaft der unter Flankenschutz der USA agierenden Finanzmärkte entgegentreten und eine lebensfähige Alternative entwickeln könnte. Er ist sich bewusst, dass die gegenwärtige Politik der EU, wie sie im Lissabonvertrag festgeschrieben wurde, neoliberal und imperial orientiert ist. Gerade darum sieht er aber die Chance für die Linke, hier eine prägende Kraft zu werden, da eine immer größere Anzahl von Menschen nach mehr sozialer Gerechtigkeit und weniger Krieg fragt. Dazu muss die Linke freilich ihre Vernachlässigung der Außenpolitik beenden (ein weiterer Schwerpunkt des Buches). Sie darf sich nicht wie bisher vorwiegend auf die soziale Frage in der Innenpolitik konzentrieren, da diese im Zeitalter der globalisierten Märkte gar nicht ohne internationale Zusammenarbeit gelöst werden kann. Das gilt noch mehr für die ökologische Frage, die R. durchgehend in den Mittelpunkt rückt (bes. S. 151ff.). Dabei ist es für die LeserInnen sicher interessant, vorgeführt zu bekommen, dass und wie Karl Marx die Ökologie bereits zentral im Blick hatte: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die





Springquellen alles Reich-
tums untergräbt: die Erde
und den Arbeiter“ (Marx, das
Kapital I, 529f., S. 153).

Im Schlusskapitel „Chan-
cen der Krise“ ist es beson-
ders interessant, wie R. die tra-
ditionelle Rolle der
Wissenschaften im westlichen
und östlichen System dar-
stellt. Er kritisiert, dass sie
sich in ihrer scheinbaren Neu-
tralität der jeweiligen Macht
angepasst haben. Er sieht
aber Anzeichen dafür, dass in
verschiedenen Wissenschaf-
ten andere Ansätze sichtbar
werden, die Empathie für das
Leiden von Menschen und
Erde in das wissenschaftliche
Handeln einbeziehen. Über
diese Frage ließe sie viel bei
dem buddhistischen Ökono-
men Karl-Heinz Brodbeck ler-
nen („Die Herrschaft des Gel-
des“, 2009). Auch im Blick auf
die Kritik der Moderne als

Hintergrund der Fehlentwick-
lungen in Kapitalismus und
Realsozialismus und auf die
Neuansätze unter dem Ge-
sichtspunkt des konkreten Le-
bens als zentralem Kriterium
für Theorie und Praxis ließe
sich Richters Argumentation
weiter untermauern mit Hilfe
der Arbeiten von Franz Hin-
kelammert („Das Subjekt und
das Gesetz“, 2006).

Es ist der Linken zu wün-
schen, dass sie ihre gegenwärtige
Orientierungssuche unter
solch grundlegenden Fra-
gestellungen wie in diesem
Buch weiterentwickeln
würde. Noch mehr freilich ist
unserer Gesellschaft zu wün-
schen, dass viele Menschen
auf die hier vorgeschlagene
Weise die falschen Alternati-
ven des Kalten Krieges hinter
sich lassen und sich für ein zu-
kunftsfähiges Handeln inspi-
rieren lassen.

Erlösung aus der Sklaverei

*Dick Boer: Erlösung aus der
Sklaverei. Versuch einer bibli-
schen Theologie im Dienst der
Befreiung. Edition ITP-Kompass
Bd.8 Münster: 2008, 24,80 €*

Von Reinhold Fertig

„Die Exoduserzählung stiftet
Unglauben.“(72) Die zentrale
Erzählung des ersten Testa-
mentes vom Auszug des

Volkes Israel aus Ägypten stif-
tet Unglauben. Und Gott in
dieser Erzählung fordert „mi-
litanten Atheismus, Bekämp-
fung von allem, was sich als
Gott aufspielt“ (10) Das be-
hauptet der niederländisch re-
formierte Theologe Dick Boer.
Fromme Ohren erschrecken
diese Sätze, gestandene Un-
gläubige machen sie zumin-
dest stutzig – umso mehr,

wenn sie in einer biblischen Theologie stehen. Offenkundig will deren Autor alle provozieren: solche, die sich als gläubige Christen und solche, die sich als ungläubige Atheisten verstehen. Dass der Autor seine biblische Theologie bescheiden ‚einen Versuch‘ nennt, entschärft die Provokation nicht. Römische Inquisition, die vormalig vom jetzigen Papst geführte Glaubensbehörde, würde, wenn sie denn Kenntnis erlangte von diesem Buch, davor zumindest warnen und seinen Autor einen Versucher, einen Verführer nennen – wohl mit Zustimmung ihrer säkularen Nachfolger, CIA, BND, Verfassungsschutz etc.

Bevor wir urteilen, wollen wir etwas genauer hinschauen, aufmerksamer lesen und kritischer fragen:

Unglauben an wen oder was? Warum?

„Im Allgemeinen ist ‚Gott‘ die Verabsolutierung und damit die Sanktionierung der irdischen Macht, die die übergroße Mehrheit der Menschen zur Knechtschaft verdammte. Als solcher kann ‚Gott‘ immer wieder viele Gesichter haben“ Doch letztlich hat er „immer das Gesicht eines stink-normalen Machthabers“ (71) Zum Unglauben und zum Widerstand gegen diesen Gott und seine Söhne, die Herrscher der Imperien damals und heute, stiftet die

Exoduserzählung an. Deswegen gibt Dick Boer seiner „biblischen Theologie im Dienst der Befreiung“ den Namen „Erlösung aus der Sklaverei“. Denn „diese Worte aus einem Lied der niederländischen Arbeiterbewegung treffen haargenau, worum es in der Bibel geht“ (3)

Weil es um Befreiung von aller Knechtschaft geht, greift Dick Boer – inspiriert von der Bibel – den „harmlosen Atheismus“ an, der mit seiner Behauptung, es gäbe keinen Gott, verkennt, dass es bis heute „Götter in Menge“ gibt: „das Kapital, der Markt, aber auch die Menschheit a la Feuerbach, die sich wie ein Gott über jede Kritik erhebt und ihre Humanität rücksichtslos durchsetzt“ (10)

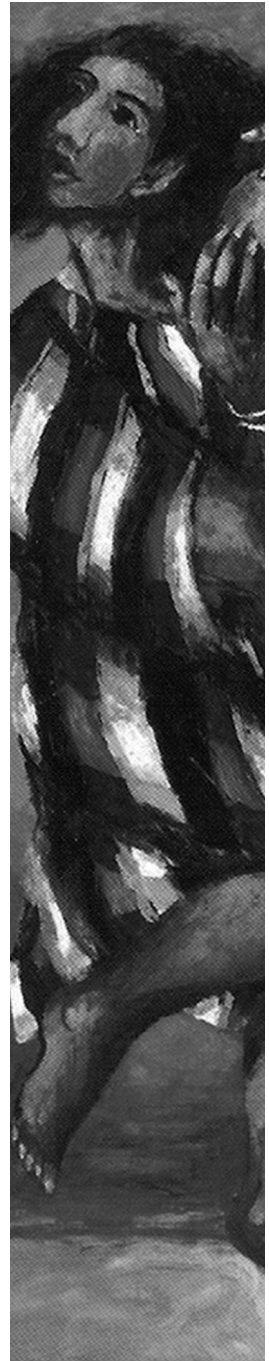
Dagegen hilft nur „praktischer, militanter Atheismus“, der Glaube an den biblischen Gott des Bilderverbotes, der „radikalste Unglaube gegenüber allem, was die herrschenden Mächte uns als letzte Wahrheit vorgaukeln wollen.“

Kaum haben wir versucht, Boers Thesen vom radikalen Unglauben und praktischen militanten Atheismus der Bibel zu verstehen, lesen wir den Satz:

„Die Bibel bewirkt, dass Menschen glauben.“

Was gilt jetzt?

Radikaler Unglaube an die Götter, an alles und alle, die für sich göttliche Autorität,





Übermenschsein beanspruchen, praktisch militanter Atheismus sind unabdingbare Voraussetzung, auf Befreiung aus jeder Sklaverei zu hoffen, an die Möglichkeit ihrer Realisierung in dieser Welt und Geschichte zu glauben und solidarisch daran mit allen Kräften zu arbeiten.

Glaube in diesem biblischen Sinn setzt Kritik voraus und bewirkt kritische Haltung und Praxis.

So kritisiert Boer die Bibel, dafür, dass sie „auch wenn sie von Befreiung spricht, durchgehend patriarchal redet und damit zeigt, für wie selbstverständlich sie eine patriarchale Gesellschaft hält.“ (24)

Boer kritisiert das Credo der christlichen Gemeinde, weil darin der Hinweis auf das zentrale Werk des biblischen Gottes fehlt, „dass er das Sklavenvolk Israel aus seiner Sklaverei erlöst.“ (57)

Boer kritisiert die Befreiungsbewegungen, die immer wieder der Versuchung erlegen sind, alte Herrschaftsstrukturen mit neuem Personal zu reproduzieren. Davon erzählt exemplarisch die biblische Geschichte von der Produktion und Anbetung des goldenen Stierkalbes.

Boer kritisiert den naiven Fortschrittsoptimismus und simplifizierende Religionskritik mancher Marxisten.

Seine biblisch inspirierte Kritik ermutigt und gibt Kraft

für die historisch konkreten Kämpfe gegen Unterdrückung mit der „universalen Perspektive der Erlösung aus der Sklaverei – dass alle Tränen abgewischt werden“ (24)

So wichtig Visionen und Träume sind, biblische Theologie bleibt nicht dabei stehen, sondern zielt auf Praxis.

Für Privilegierte bedeutet dies Klassenverrat.

„Ja die biblische Theologie selber ist ohne Klassenverrat undenkbar: Der Gott, von dem die Rede ist, verrät die ‚Klasse‘ der Götter, indem er sich einem Sklavenvolk zuwendet; sein ‚Knecht‘ Moses, von der Tochter des Pharao adoptiert, verrät die Klasse‘ seines ägyptischen Hofstaates, um das Sklavenvolk in das Reich der Freiheit zu führen. Eine wichtige Rolle im Klassenverrat des Moses spielt übrigens, dass er ‚auszieht‘ zu diesen Sklaven und ihre ‚Zwangsarbeit‘ sieht.“ (37)

So spannend und provokativ wie Dick Boer über das Buch Exodus schreibt, so mitreißend behandelt er auch andere biblische Themen: Von Schöpfung, Bund und Einzug bis hin zu Paulus und, nicht zu vergessen, dem real existierenden Israel.

BUNDESNACHRICHTEN

Aufruf Bundesweites Bündnis

„Wir zahlen nicht für eure Krise“

WIR ZAHLEN NICHT FÜR
EURE KRISE! GEMEINSAM
GEGEN ERWERBSLOSIG-
KEIT, KOPFFPAUSCHALE
UND BILDUNGSABBAU!

Lediglich eine Woche hat es gedauert, bis die Bundesregierung 500 Mrd. (Bürgschaften, Kredite, Finanzhilfen) für die Banken mobilisiert hat. Eineinhalb Jahre später knallen bei vielen Hedgefonds schon wieder die Champagnerkorken, werden wieder Milliarden-Boni ausbezahlt, sonnt sich die Deutsche Bank in Riesengewinnen und wird massiv gegen Griechenland spekuliert. Kein einziges Gesetz zur Regulierung des Finanzsektors, zur Schließung von Steueroasen oder zu dem Verbot von hochriskanten Finanzspekulationen wurde verabschiedet. Die Verluste wurden sozialisiert, und die Gewinne können wieder privat angehäuft werden. Die nächste Spekulationsblase baut sich bereits auf.

Wer zahlt die Zeche? Gleichzeitig müssen Millionen Menschen damit rechnen, dass die größte Finanz- und Wirtschaftskrise auf ihrem Rücken ausgetragen wird.

Zahlreiche Betriebe sind von Insolvenz bedroht. Viele Beschäftigte wissen nicht, ob ihr Arbeitsplatz nach dem Auslaufen der Kurzarbeit noch bestehen wird. Die Ausbildungsstellen gehen massiv zurück, und noch weniger Auszubildende werden übernommen. Die Zahl der im Niedriglohn-Sektor Beschäftigten nimmt dramatisch zu, ebenso prekäre Arbeitsverhältnisse. Eine wachsende Zahl von Beschäftigten kann von ihrem Lohn nicht mehr leben. Die Hoffnung der Erwerbslosen auf einen Arbeitsplatz wird weiter zerstört – dagegen werden sie von Westerwelle, Sarrazin & Co. zu den Sündenböcken der Misere gemacht.

Privater Reichtum und öffentliche Armut – Kommunen verarmen.

Fast drei Jahrzehnte lang wurde über die Steuerpolitik massiv zu Gunsten der Reichen, Vermögenden und Kapitalbesitzer umverteilt, während die Belastung der Beschäftigten und Rentner/innen gewachsen ist. Leidtragende sind auch die öffentlichen Haushalte, insbesondere die Kommunen. Ihre Einnahmen gehen in der Krise dramatisch zurück. Viele Kommu-



Bundeswe in Berlin

Berlin:

Auftakt 12 Uhr, Rotes Rat
abschlusskundgebung 15

Frankfurt/M.:

Auftakt 12 Uhr, Hauptbah
abschlusskundgebung 15

Wir zahlen für eine soli

Der Kapitalismus steckt in sei
929. Sie hat verschiedene Ge
es Klimawandels, Kriege um
lungerrevolten, Finanzmarkt
ehend von den Industrieländ
iden hart getroffen, weil no
aschutz und Entwicklung bl
onkurrenz um Märkte und P
en droht. Millionen Mensche
ohnungen und ihre Lebensp

**Zeit für Systemwechsel -
für eine solidarische Ge**

Die Entfesselung des Kapitals
ruck der Finanzmärkte habe
rwiesen. Ein anderes Weltw
ines, das Mensch und Natur
ien globaler Solidarität, ökol
nd demokratischer Kontrolle
ildung, Gesundheit, Alterssi
ität, Energie, Wasser und Infra
ehandelt werden, sondern al
en, die allen Menschen zur V

nen reagieren auf die Steuer-
einbrüche und ihre finanzi-
elle Misere mit Personalab-
bau, Gebührenerhöhung und
Abbau der öffentlichen Da-
seinsvorsorge, zu Lasten der
Bürger/innen und der Be-
schäftigten. Dabei sind die
Mängel in der Bildung, im Ge-
sundheitswesen, im sozialen
Bereich und in der Ökologie
unübersehbar. Wir brauchen
mehr Geld für Bildung, Sozia-
les und Ökologie und eine
deutlich bessere Finanzaus-
stattung der Kommunen.

Schwarz/Gelb gibt den Rei-
chen – und schlägt auf die Ge-
sundheit. Die Politik von
Schwarz/Gelb verteilt weiter
um, zu Gunsten der Reichen
und Erben. Das Wachstums-
beschleunigungsgesetz ent-
zieht den Kommunen weitere
1,6 Mrd. Euro. Die Verursa-
cher der Krise bleiben ver-
schont, und für die Zeit nach
der NRW-Wahl wird schon
jetzt eine Sparpolitik zu La-
sten der Mehrheit der Bevöl-
kerung angekündigt. Die Bun-
desregierung plant eine
Gesundheitsreform, bei der
ausschließlich die Beschäftig-
ten und Versicherten zu
Kasse gebeten werden. Die
Kapitalseite wird verschont.
Mit der Einführung der Kopf-
pauschale würde der Mana-
ger den gleichen Krankenkas-
senbeitrag bezahlen wie die
Putzfrau. Das wäre die Zer-
schlagung der Reste des Soli-
darprinzips im Gesundheits-

wesen – so wie schon mit der
Pflegeversicherung gesche-
hen.

Nicht auf unserem Rücken!
Die Folgen der Krise sollen
wir tragen – und gleichzeitig
mit einer Verschlechterung
unserer Arbeits- und Lebens-
bedingungen den Auf-
schwung bezahlen. Die kapi-
talistische Profitlogik und die
massive Umverteilung von
Unten nach Oben, die eine
wesentliche Ursache für die
Krise sind, sollen auch die Ba-
sis für den erhofften Auf-
schwung bilden. Die Wirt-
schaftsverbände in Deutsch-
land setzen weiter auf die Er-
oberung der Exportmärkte
durch Lohn- und Sozialdum-
ping, zu Lasten der Beschäftig-
ten hier und in den ande-
ren Ländern. Im Verbund mit
der Bundesregierung versu-
chen sie, auch allen anderen
EU-Ländern einen rabiaten
Lohn- und Sozialabbau aufzu-
zwingen. Wir sind mit unse-
rer Losung „Wir zahlen nicht
für eure Krise“ Teil eines eu-
ropaweiten sozialen Wider-
stands. Die deutsche Regie-
rung verstärkt den Druck auf
andere europäische Länder in
einer Politik von Verarmung
und Wiederbelebung des
Neoliberalismus. Dieses Mo-
dell geht nicht nur zu Lasten
der Menschen, sondern auch
der Ökologie und des Klimas.
Längst hat sich die Finanz-
und Wirtschaftskrise mit der
Ökologie- und Klimakrise ver-

schränkt, Kriege werden verstärkt. Eine Fortsetzung dieses „Modells“ ist nicht im Interesse der Mehrheit der Menschen.

Jetzt auf die Straße gehen! Gemeinsam können wir uns dagegen organisieren: in den Betrieben, vor den Arbeitsagenturen, an den Unis und Schulen und auf der Straße. Wir wollen Gegenwehr gegen die Politik von Schwarz/Gelb, gegen Arbeitsplatzvernichtung, Sozialabbau und Umweltzerstörung stärken. Wir wehren uns gegen Entsolidarisierung und Spaltung – gemeinsam können wir eine Bewegung aufbauen!

Wir fordern:

- Kein Sparprogramm auf Kosten der Allgemeinheit – die Verursacher der Krise müssen zahlen!
- Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von Oben nach Unten, z.B. durch Erhöhung von Vermögenssteuer und Körperschaftsteuer. Einführung einer Finanztransaktionssteuer.
- Ausbildungsplätze für alle und unbefristete Übernahme in ein Vollzeitarbeitsverhältnis.
- Beschäftigung sichern, Arbeitsplätze schaffen – statt Massenarbeitslosigkeit Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich (Ziel: 30-Stunden-Woche) und Ausbau der Beschäftigung

im sozialen und ökologischen Bereich.

- Lohndumping beenden – gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro die Stunde (lohnsteuerfrei).
- Schluss mit der Hetze gegen Arme und MigrantInnen!
- Statt Hartz IV eine Grundversicherung von 500 Euro Eckregelsatz ohne Repressionen, Abschaffung der Agenda 2010.
- Mehr Geld für Bildung, Soziales, Ökologie – mehr Geld für die Kommunen
- Kostenlose gute Bildung für alle.
- Weg mit der Rente mit 67
- Statt Kopfpauschale Einführung der Bürgerversicherung und für ein solidarisches, paritätisch finanziertes Gesundheits- und Pflegesystem.
- Finanzsystem regulieren und kontrollieren, Banken vergesellschaften und Spekulationsgeschäfte verbieten.
- Krisenbewältigung nicht mit Militärprodukten und Aufrüstung!

Gegen die Kürzungspolitik der schwarz-gelben Regierung gingen am 12. Juni in Berlin 20 000 und in Stuttgart über 22 000 Menschen auf die Straße. Der BRSD ist wie sein Bündnispartner Attac mit den Demonstrationen solidarisch.



Der ökumenische Kirchentag in München 2010 und der BRSD

Von Reinhard Gaede

Bei meist bedecktem Himmel und niedrigen Temperaturen beteiligten sich mehr als 130.000 Dauerteilnehmer und täglich mehr als 11.000 Tagesgäste an dem Christentreffen unter dem Leitwort „Damit Ihr Hoffnung habt“.

Beim Abschlussgottesdienst auf der Theresienwiese, an dem 100.000 Gläubige teilnahmen, riefen die beiden Präsidenten des Kirchentages die Christen in Deutschland dazu auf, einen „neuen Aufbruch“ zu wagen, um gemeinsam gesellschaftliche und kirchliche Probleme zu lösen. Der katholische Kirchentagspräsident Alois Glück sagte: „Wir sind Christen in dieser Welt und für diese Welt. Diese Verantwortung müssen wir gemeinsam wahrnehmen. Die Ökumene lebt“, betonte er. Der evangelische Kirchentagspräsident Eckhard Nagel kritisierte das Wachstumsdenken in Politik und Wirtschaft. „Wir brauchen ein Wachstum an Mitmenschlichkeit, an Rücksichtnahme und Achtsamkeit. Der Traum von der Einheit und Vielfalt der Kirchen“ sei in München schon zu einem Teil Wirklichkeit geworden, sagte er. Der rheinische Präses und Rats-

vorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Nikolaus Schneider, warnte vor einer Situation, in der „die Mächtigen das rechte Maß verlieren und die Grenzen des Anständigen überschreiten, und die Armen noch ärmer und die Schwachen noch hoffnungsloser werden“.

Themenschwerpunkte des fünftägigen Christentreffens mit mehr als 3.000 Veranstaltungen waren die Wirtschafts- und Finanzkrise, friedenspolitische Fragen, der Krieg in Afghanistan, die Situation der Kirchen und der Ökumene sowie der interreligiöse Dialog mit Juden und Muslimen. Stärkstes Symbol des Ökumenischen Kirchentages war ein in dieser Form einmaliger Kirchentagsgottesdienst, der auch die stärkere Einbindung der orthodoxen und anderen christlicher Kirchen in den Kirchentag verdeutlichte: Fast 20.000 Mitfeiernde teilten am Freitag auf dem Odeonsplatz im Rahmen einer orthodoxen Vesper an 1.000 eigens dafür aufgestellten Tischen gesegnetes Brot miteinander.

Eine gemeinsame Abendmahlsfeier von Katholiken und Protestanten gab es aber wegen theologischer Vorbe-



halte der katholischen Kirche nicht. Zur Tatsache, dass konfessions-verschiedene Ehepartner nicht gemeinsam die Eucharistie feiern können, unterstrich Alois Glück unter starkem Beifall: „Wir brauchen hier dringend eine Lösung!“ Viele Referenten sowie Reform- und Basisgruppen forderten eine Zulassung des gemeinsamen Abendmahls.

Der Kirchentag stand auch unter dem Eindruck des Missbrauchsskandals, der die katholische Kirche in den vergangenen Monaten erschüttert hat.

Vor rund 6.000 Zuhörern

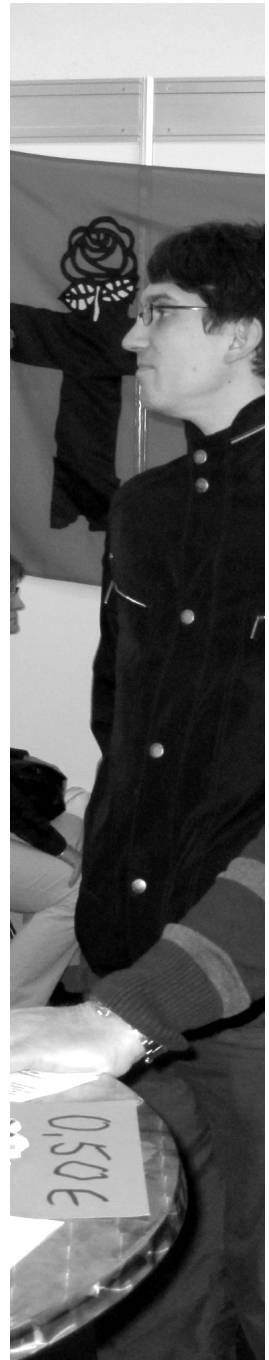
Theologie, Tübingen, fakultätsunabhängig, Präsident der von ihm gegründeten Stiftung „Weltethos“, hat eine „zweite Reformation“ gefordert. Sie solle die katholische Kirche grundlegend verändern und „nicht zur erneuten Spaltung, sondern zur Einheit führen“, erklärte er auf dem Ökumenischen Kirchentag. Angesichts der „Welle der Missbrauchsvorwürfe“ sei die katholische Kirche in eine tiefe Vertrauens- und Führungskrise geraten, die sich auch auf evangelische und orthodoxe Glaubensgemeinschaften auswirkte. Zudem nötige ein „autoritäres



forderten der Jesuitenpater Klaus Mertes, Leiter des Berliner Canisius-Kollegs, und der katholische Theologe und Psychologe Wunibald Müller unter großem Applaus die Einführung des Frauenpriestertums und die Abschaffung des Zwangszölibats.

Hans Küng, emeritierter Professor für ökumenische

und unbelehrbares Lehramt“ die Kirchen immer wieder zu neuen Konflikten. Nach Ansicht H. Küngs kann die Kirche nicht bei „mittelalterlichen Regelungen und dogmatischen Formulierungen“ stehen bleiben. H. Küng mahnte eine Orientierung der Kirchen am Lebensweg Jesu an. Die „unerträgliche Diskrepanz“





zwischen dem Lebensmodell Jesu und dem Verhalten kirchlicher Hierarchien müsse beendet werden. So fordere Jesu Leidensgeschichte heute dazu auf, sich für Benachteiligte und mehr Gerechtigkeit in der Welt einzusetzen. Der Geist Jesu motiviere daneben zu einem Handeln in Güte.

Der BRSD war auf der Agora im Themenbereich „Christsein in der offenen Gesellschaft“ vertreten. Neben uns war der Stand der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der PDS. Im Stand trafen sich die alte Bekannte endlich wieder, lernten sich alte und neue Mitglieder kennen. Viele Gespräche wurden geführt. Die Besucher konnten unsere Zeitschrift und die religiös-sozialistische Tradition kennen ler-

nen. Die Vorstandsmitglieder waren intensiv beteiligt und freuten sich gleichzeitig über Unterstützung.

Kontakte zu verwandten Gruppen wurden geknüpft. „Engel brauchen nicht mehr Lohn, wir schon“, so ein Button der kirchlichen Mitarbeitenden bei ver.di. „Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass ein Reicher in das Reich Gottes gelangt“ (Markus 10, 25) Das Kamel wurde das Symbol für die gerechte Umverteilung von Reichtum zugunsten der Armen. Das Netzwerk Ökumenischer Kirchentag hatte einen Aufruf dazu veröffentlicht: „Fair teilen statt sozial spalten“ www.oekt-netz.de, der natürlich ganz in unserm Sinne ist.

Bilder und Fotos

Reinhard Gaede	3, 64–66
Rosemarie Müller: Vom Weltgericht, Agentur des Rauhen Hauses, Hamburg	9
Sieger Köder	14, 59
Heinrich Bedford-Strohm	16
Bundesarchiv Berlin	17
Wieland Zademach	24
Klipstein 209, Henschel Verlag Berlin	25
Franz Segbers	27
Staatliche Museen Berlin, Timm, Henschel Verlag	29
Markus J. Feger	30
Horst Haitzinger, Neue Westfälische 2.4.10 31.10.09; 23.12.09	31, 35
Medienpark Müller	44
Wikipedia (gemeinfrei)	44, 47, 58

Vereinigte Ev. Mission.....	46
Jürgen Schübelin, Kindernothilfe.....	51–53
Donat Verlag, Bremen	55
Petra Pau, Mohn Verlag, Gütersloh	57
Jossi Stern, Brunnen Verlag.....	60

Autoren

Prof. Dr. Friedrich W. Bargheer

Hinter dem Böhmerhof 1
32825 Blomberg

Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Hainspitze 4
96482 Ahorn

Prof. Dr. Christoph Butterwegge

Universität zu Köln
Humanwissenschaftliche Fakultät
FG Erziehungs- und Sozialwissenschaften
Institut II: Politikwissenschaft
Gronewaldstr. 2
50931 Köln

Prof. Dr. Ulrich Duchrow

Alfred-Jost-Str. 7
69124 Heidelberg

Reinhold Fertig

Hochstr. 31
64720 Michelstadt

Jürgen Schübelin

Hansegracht 11
47051 Duisburg

Prof. Dr. Franz Segbers

Nonnbornstr. 14a
65779 Kelkheim

Willy Spieler

Butzenstr. 27
CH 8038 Zürich

Dr. Wieland Zademach

Fritz-Henkel-Str. 38
53572 Unkel

Mitarbeit: CuS versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, theologischer und politischer Diskussion, Aktualisierung religiös-sozialistischer Theologie und Politik, Aufarbeitung religiös-sozialistischer Geschichte und von Beiträgen, die sich um die Entwicklung einer Befreiungstheologie und einer entsprechenden Praxis in und für Europa bemühen. **Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, auch mit Bildern.** (Allerdings können wir dafür nicht haften.) Auch Texte, die der Meinung der Redaktion nicht entsprechen, aber für unsere Leserinnen und Leser interessant sind, werden veröffentlicht. Gleiches gilt für LeserInnenbriefe. Wer regelmäßig geistesverwandte fremdsprachige Zeitschriften liest, sollte uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen.

Artikel: Da die Redaktionsarbeit unentgeltlich erfolgt, haben wir nur in Ausnahmen Zeit für das Eingeben von Manuskripten. Wir bitten, uns Texte folgendermaßen zuzusenden:

- **Texte** in einem der PC-/Mac-üblichen Formate (RTF, TXT oder DOC) auf CD oder per E-Mail.
- **Bilder** bitte digital als JPG-, TIFF-, EPS- oder PDF-Format mit mindestens 300 dpi Auflösung. Keine Internetbilder (!), da sie nicht den Anforderungen des Offsetdrucks entsprechen. Im Notfall als scanfähiges Foto per Post.
Adresse: cus@brsd.de oder reinhard-gaede@gmx.de, bzw. Reinhard Gaede, Wiesestr. 65, 32052 Herford.

Sprache: Wir wünschen uns eine Sprache, die die weibliche und männliche Form gleichermaßen berücksichtigt.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden die MitarbeiterInnen der Redaktion. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

CuS. Christ und Sozialist. Christin und Sozialistin. Kreuz und Rose

Blätter des Bundes der Religiösen Sozialistinnen und Sozialisten Deutschlands e.V./www.BRSD.de

Erscheint seit 1948 (vorher gab es bis zur Unterdrückung durch den Hitler-Faschismus: Das Sonntagsblatt des arbeitenden Volkes 1924–1933, das Rote Blatt der Katholischen Sozialisten 1929–1930 und die Zeitschrift für Religion und Sozialismus 1929–1933).

Helmut Gollwitzer: Warum bin ich als Christ Sozialist? Warum wird ein Mensch Sozialist?

Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionären Veränderung oder aus beidem.

Ein Mensch wird Sozialist, wenn er die gesellschaftlichen Schäden nicht nur als Einzelphänomene erfährt oder beobachtet, sondern die Vordergrundsphänomene durchschaut auf ihren Zusammenhang hin: den Zusammenhang, den sie untereinander haben und den Zusammenhang mit den Grundstrukturen der gegenwärtigen Gesellschaft, mit der in ihr dominierenden Produktionsweise.

Solche Vordergrundsphänomene waren schon seit dem Frühkapitalismus: Arbeitslosigkeit, krasse Ungleichheit der Chancen und der Lebensverhältnisse, verheerende Wirkung der kapitalistischen Krisen auf ungezählte Existenzen, Ökonomische Ursachen internationaler Konflikte (Kriege), militärisch-industrieller Komplex (Rüstungsindustrie, Waffenhandel), Versklavung anderer Völker (Kolonialismus). – Hinzugekommen sind heute: Ressourcenvergeudung, Unmenschlichkeit der Städte, Landschaftszerstörung, Erhöhung der Produktivität durch verschärfte Zerstückelung und Mechanisierung der Arbeit (Taylorisierung) und der Effektivitätskontrolle, Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen und Entqualifizierung der Arbeit durch neue Technologie, Diskrepanz zwischen Befriedigung der Konsumbedürfnisse und Frustration in den Lebensbedürfnissen, Kommerzialisierung der zwischenmenschlichen Beziehungen und der Sexualität, Zerfall der Familie, Unterwerfung der Bürger unter bürokratisch-technokratische Apparate.

Hinzu kommt, dass gleichzeitig mit der Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der breiten Masse in den Industriestaaten die materielle Verelendung der Mehrheit der Weltbevölkerung ein in der Geschichte noch nie gesehenes Ausmaß erreicht hat. Die Frage drängt sich auf, ob der Wohlstand hier und das Elend dort ursächlich zusammengehören wie zwei Seiten derselben Medaille. (Auszug aus: Warum bin ich als Christ Sozialist?, CuS 1980)

Abonnements:

Per Post:

BRSD-Sekretariat Michael Bschorr
Bobes Feld 14 · 33818 Leopoldshöhe

Per Fax:

Fax 05202/884 884

Per E-Mail:

mib@brsd.de

Bezugspreise (inkl. Versand):

Inland € 20,- pro Jahr · Ausland: Europa € 24,-,
Welt € 28,50 pro Jahr · Förderabonnement € 25,-
oder mehr. Bitte überweisen Sie den Betrag
jeweils zum Jahresbeginn an den BRSD e.V.

KD-Bank · BLZ 350 601 90 · Kt.-Nr. 2119 457 010

Internationale Überweisungen:

IBAN DE 15350601902119457010

BIC GENODED1DKD

Kündigungen werden zum Jahresende wirksam